

Texte zur Arbeiterbewegung

K. P. Wittemann

Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945

Der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik

*Darstellung ihrer grundlegenden
politischen Auffassungen und ihrer Ent-
wicklung zwischen 1945 und 1952*

SOAK-Verlag

S. 164 - 271

Texte zur Arbeiterbewegung
SOAK Verlag Hannover 1977

Gedruckt ab Manuskript des Autors
Gesamtherstellung und Vertrieb:
SOAK GmbH
Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1
Tel. 17618

ISBN: 3 - 88 209 - 004 - 9

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

1. <u>Grundlegende politische Auffassungen</u> <u>der KPO</u>	1 - 37
1.1. Einleitung	1 - 3
1.2. Grundlegende politische Auffassungen der KPO	3 - 34
1.3. Zusammenfassung	34 - 37
2. <u>Thalheimers Analysen der weltpolitischen</u> <u>Lage und der Lage in Deutschland nach</u> <u>dem 2. Weltkrieg</u>	38 - 79
2.1. Einleitung	38 - 39
2.2. Die weltpolitische Lage	40 - 51
2.3. Die Lage in Deutschland 1945/46	52 - 73
2.4. Die Konsequenzen für die Kommunisten in Deutschland	73 - 76
2.5. Zusammenfassung	77 - 79
3. <u>Das Verhältnis der Analysen Thalheimers</u> <u>1945/46 zu den grundlegenden politischen</u> <u>Positionen der KPO</u>	80 - 96
3.1. Problemstellung	80 - 82
3.2. Vergleich	82 - 96
4. <u>Die Sammlung der Gruppe Arbeiterpolitik</u> <u>von 1945 bis zum Herbst 1948</u>	97 - 138
4.1. Die Ausgangsposition 1945	97 - 98
4.2. Die ersten örtlichen Aktivitäten ehema- liger KPO-Mitglieder an den Beispielen Stuttgart und Salzgitter	98 - 123
4.2.1. Die Herausbildung der Gruppe Arbeiter- politik in Stuttgart	98 - 107
4.2.2. Die Herausbildung der Gruppe Arbeiter- politik in Salzgitter	107 - 123
4.3. Zusammenfassende Darstellung des Samm- lungsprozesses	124 - 131
4.4. Die überregionale Formierung der Gruppe Arbeiterpolitik bis 1948	131 - 138

5. <u>Das Selbstverständnis der Gruppe</u>	
<u>Arbeiterpolitik 1948/49</u>	139 - 163
5.1. Der programmatische Artikel vom Ende	
1948 "Warum 'Arbeiterpolitik'?"	139 - 147
5.2. Die Einschätzung der Lage in der	
deutschen Arbeiterbewegung	147 - 154
5.3. Die Argumentation gegenüber KPD-Mit-	
gliedern in der Broschüre "Offene Worte	
an Kommunisten" vom Oktober 1949	154 - 161
5.4. Zusammenfassung	161 - 163
6. <u>Die Entwicklung der Gruppe Arbeiterpolitik</u>	
<u>und ihrer Zeitschrift 1948 bis 1952</u>	164 - 271
6.1. Die Tradition des Namens "Arbeiterpolitik"	164 - 167
6.2. Die Zeitschrift "Arbeiterpolitik" und	
die weiteren Publikationen der Gruppe	
Arbeiterpolitik	168 - 176
6.2.1. Die "Arbeiterpolitik"	168 - 170
6.2.2. Die Beilagen der "Arbeiterpolitik"	170 - 171
6.2.3. 2 Beispiele für Ausgaben der	
"Arbeiterpolitik"	171 - 175
6.2.4. Weitere Publikationen der Gruppe	
Arbeiterpolitik	176
6.3. Die Organisation, der Umfang und die	
Außenwirkung der Gruppe Arbeiterpolitik .	176 - 188
6.4. Die örtlichen Gruppen der GAP	188 - 271
6.4.1. Einleitung	188 - 189
6.4.2. Berlin	189 - 193
6.4.3. Bremen	194 - 202
6.4.4. Frankfurt und Offenbach	202 - 206
6.4.5. Hamburg	206 - 217
6.4.6. Mannheim	217 - 219
6.4.7. Nürnberg	219 - 223
6.4.8. Salzgitter	223 - 251
6.4.9. Solingen	251 - 255
6.4.10. Stuttgart	255 - 266
6.4.11. Exkurs: Die GAP in der Ostzone	267 - 271

7. <u>Die grundlegenden politischen</u>	
<u>Positionen der GAP 1952</u>	272 - 317
7.1. Einleitung	272 - 278
Exkurs: Die Haltung der GAP zur UAPD	273 - 277
7.2. Die Einschätzung der politischen Lage	
Westdeutschlands, der Lage der Arbeiter-	
bewegung und der Aufgaben der Gruppe	
Arbeiterpolitik 1952	278 - 295
7.3. Die Einschätzung der Sowjetunion	296 - 317
8. <u>Skizze der Entwicklung der Gruppe</u>	
<u>Arbeiterpolitik seit 1952</u>	318 - 348
Nachschrift	349
<u>Anhang: Kurzbiographien</u>	350 - 416
(Becker, Ludwig; Becker, Richard; Bergmann, Otto; Bolze, Waldemar; Brandler, Heinrich; Breckenmacher, Hans; Burkhardt, Otto; Cavier, Theodor; Deisen, Willy; Ehlers, Adolf; Elf- lein, Paul; Engert, Otto; Galm, Heinrich; Grönsfelder, Karl; Hanke, Rudolf; Heitepriem, Otto; Janus, Richard; Kienhorn, Walter; Kirchner, Kuno; Knepper, Fritz; Kunz, Hans; Lambrich, Fritz; Meyer, Robert; Mößner, Gustav; Müller, Otto; Ochs, Eugen; Pless, Philipp; Rahm, Willi; Schmidt, Alfred; Schöttle-Thalheimer, Bertha; Scholz, Heinz; Schwab, Wilhelm; Sewald, Erich; Siewert, Robert; Söchtig, Erich; Thalheimer, August; Weber, Michael; Weber, Wilhelm; Wegener, Heinrich; Wegener, Willi; Werner, Gerhard; Wiesener, Rudolf.)	
Quellen- und Literaturverzeichnis	417 - 426

6. Die Entwicklung der Gruppe Arbeiterpolitik und ihrer Zeitschrift 1948 bis 1952

6.1. Die Tradition des Namens "Arbeiterpolitik"

Als sich in den ersten Nachkriegsjahren diejenigen sammelten, die später die GAP bildeten, war für sie entschieden, daß die Voraussetzungen des ursprünglichen Ansatzes der KPO – die Durchsetzung der Politik in der KPD, die dem Weg der proletarischen Revolution in Deutschland entsprach – durch die historische Entwicklung weggefallen waren; damit war auch ein Ausdruck dieses Konzeptes hinfällig geworden, nämlich der Name "Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition)", denn die neu entstehende Gruppierung verstand sich nicht mehr als "geschlossene kommunistische Richtung innerhalb und außerhalb des organisatorischen Rahmens" ¹⁾ der KPD und der KI, sondern als Kristallisationspunkt oder zumindest als Teil einer kommenden revolutionären Organisation des deutschen Proletariats. Seit wann die Gruppe den Namen "Gruppe Arbeiterpolitik" führte, ließ sich nicht genau feststellen; nach der Erinnerung eines Mitgliedes der Gruppe in Salzgitter nannte sie sich dort bereits 1946/47 so, also schon zu einem Zeitpunkt, als die Zeitschrift mit diesem Titel noch nicht erschien ²⁾.

Angesichts der Tatsache, daß diese Gruppe viele in ihren Reihen hatte, die schon seit vielen Jahren in der kommunistischen Bewegung aktiv gewesen waren, war es beinahe folgerichtig, daß die Gruppe mit ihrem Namen an eine Tradition der deutschen Arbeiterbewegung anknüpfte. "Arbeiterpolitik" war der Titel einer Zeitung der KPO, die 1929 zunächst als Wochenzeitung, seit Anfang 1930 als Tageszeitung erschienen war, ehe sie 1932 aus finanziellen Gründen wieder nur als Wochenzeitung herausgebracht werden konnte ³⁾, doch geht die Tradition dieses Namens noch weiter zurück, nämlich auf die sogenannten "Bremer Linksradikalen" ⁴⁾

1) KPO-Plattform, S. 3

2) Vergl. Interview vom 4. 11. 1974, S. 10

3) Vergl. Tjaden: KPO, S. 132 und S. 294

4) Gruppe Arbeiterpolitik: Die Bremer Linksradikalen. Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1919. Bremen 1969; im folgenden zitiert als GAP: Bremer Linksradikale. – Der Ausdruck "Linksradikale" hatte im ersten Weltkrieg eine andere Bedeutung als in späteren Phasen der Arbeiterbewegung, als die Begriffsbestimmung, wie sie Lenin in seiner Arbeit "Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im

die 1916 eine Zeitschrift mit dem Titel "Arbeiterpolitik" ⁵⁾ gegründet hatten. Daß dieser Name erst von der KPO für eine ihrer Zeitungen und nach 1945 von der Gruppe als Namen der Organisation und als Titel der Zeitschrift aufgenommen wurde, hatte weiterreichende Gründe als die historischen Verbindungen zwischen den "Bremer Linksradikalen" und einigen Mitgliedern der KPO und der GAP.

Als die "Arbeiterpolitik" im Juni 1916 zum ersten Mal in Bremen erschien hatte ihre Redaktion versucht, in einem Rückblick auf die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zu umreißen, was unter Arbeiterpolitik zu verstehen wäre: "Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht mehr. Am 4. August 1914 trat sie von ihrer historischen Rolle als Vorhut des proletarischen Befreiungskampfes zurück. Aber es war keine Katastrophe, mit der dieser Rücktritt erfolgte, sondern es war das natürliche Ende einer politischen Bewegung, deren Untergang längst vorbereitet war. Als revolutionäre Klassenkampfpartei hatte sie ihre historische Laufbahn begonnen; im Gegensatz zur gesamten bürgerlichen Welt wollte sie dem Proletariat zur politischen Macht verhelfen ... Sie wurde zur Partei der proletarischen Massen, weil sie den alten Gegensatz zur bürgerlichen Welt immer noch in der Theorie aufrechterhielt, und weil sie in der Politik mit der revolutionären Phrase nicht sparte ... Sie redete viel vom Endziel; aber den Weg des Kampfes mochte sie nicht beschreiben. Sie mochte es nicht, und sie konnte es auch nicht ... Die Organisation der Massen wurde die Hauptsorge, sie wurde schließlich zum Selbstzweck. ... In ihrer organisatorischen Arbeit lag die historische Aufgabe der Sozialdemokratie; in ihr lagen aber auch die historischen Wurzeln ihres Niederbruchs. Und nur aus diesem Niederbruch kann sich der Aufstieg entwickeln. Der organisatorische Sinn der proletarischen Massen ist durch eine fünfzigjährige Schulung entwickelt worden.

noch 4) Kommunismus" gegeben hatte, vorherrschend wurde; Linksradikalismus war danach eine Abweichung vom Kommunismus. Vorher waren die Linksradikalen diejenigen, die die Burgfriedenspolitik der meisten Parteien der II. Internationale im 1. Weltkrieg kritisierten; auch in der Zeit vor dem 1. Weltkrieg wurden z.B. die Anhänger Rosa Luxemburgs teilweise als Linksradikale bezeichnet.

5) Vergl. GAP: Bremer Linksradikale, S. 13

Er wird sich über alle veränderten Formen hinweg immer wieder betätigen und bewähren. Zugleich aber hat diese Entwicklung zur Erstarrung der Organisationsformen geführt, deren Fesseln das Proletariat gerade in den jetzt tobenden Parteikämpfen immer aufs neue empfindet und erkennt. Das macht die Massen souverain den jetzigen Organisationen gegenüber, wie sie es zuversichtlich zu ihrer eigenen organisatorischen Kraft macht" ⁶⁾.

Die in diesem Artikel angesprochene Entwicklung der SPD hatte sich für die GAP an der KPD wiederholt: hier war erneut eine Partei als revolutionäre Klassenpartei angetreten und war schließlich gescheitert, weil sie den Weg der proletarischen Revolution nicht erkannte und ihn somit auch nicht beschreiten konnte ⁷⁾. Wenn es in dem Artikel von 1916 hieß: "Eine bedeutungsvolle Epoche der Arbeiterbewegung liegt hinter uns, und wir stehen am Beginn einer neuen Epoche, in der sich das Proletariat des Wortes einer seiner größten und besten Führer bewußt wird, daß in der Politik allein die Tat entscheidet. Wir erleben den Niederbruch, und wir stehen doch gleichzeitig am Beginn des Aufstiegs. Die Politik der Instanzen hat ihr großes historisches Fiasko erlebt. Es beginnt die Epoche der Arbeiterpolitik" ⁸⁾, so waren das Formulierungen, die auch 1948 in der ersten Ausgabe der neuen "Arbeiterpolitik" hätten stehen können, wenn auch mehr die Notwendigkeit des neuen Anfangs als die Gewißheit darüber, das er aktuell eintreten würde, im Vordergrund gestanden hätte.

Wie stark sich die GAP auch heute in der revolutionären Tradition der deutschen Arbeiterbewegung sieht, wird daran deutlich, daß die Gruppe 1965, als sie nach der Spaltung der Gruppe im Jahre 1959 erstmals wieder eine gedruckte Ausgabe der "Arbeiterpolitik" herausbringen konnte, die Kontinuität, in der sie steht, mit den Worten betonte: "Der Name "Arbeiterpolitik" (Arpo)... ist seit einem halben Jahrhundert eine Auszeichnung und eine Verpflichtung. In den düsteren Tagen des ersten

6) Arbeiterpolitik - Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus, 1. Jahrgang Nr. 1, Bremen, 24. Juni 1916. Zitiert nach: Arpo-Briefe 15/6/ Beilage Bremen, S. 10

7) Daran, daß die GAP bzw. die KPO aus diesem Fehler der KPD nicht das Ausbleiben der proletarischen Revolution in Deutschland erklärte, weil damit nicht geklärt werden kann, wieso sich dieser Fehler in der deutschen Arbeiterbewegung durchsetzen konnte, sei hier nur erinnert.

8) Ebenda

Weltkriegs, als die so stark, so mächtig erscheinende Sozialdemokratische Partei, der Stolz und die Hoffnung der klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands, zerbrach, schufen Bremer Arbeiter unter Entbehrungen, Verleumdungen und Verfolgungen aller Art ein Organ der linksradikalen Richtung, die 'Arbeiterpolitik'. Es war das Bestreben, in dieser Wochenzeitung ... die politische Situation und die geschichtlichen Triebkräfte klar, scharf und unabhängig von den zufälligen Tageserscheinungen vom Standpunkt des dialektischen Materialismus aus zu sehen und der Arbeiterklasse darzulegen... Die Entwicklung gab zu der Zeit der 'Arbeiterpolitik' recht; sie wurde die beste Stütze des wieder kämpfenden Proletariats. Diese Zielstrebigkeit, der entschlossene Klassenstandpunkt als Maßstab ist heute notwendiger denn je. Mit dem Titel 'Arbeiterpolitik' dokumentieren wir unsere Verbundenheit mit den diesem Titel verknüpften Zielen und Leistungen" ⁹⁾.

Die Aufnahme des Namens "Arbeiterpolitik" durch die KPO und später die GAP bedeutete allerdings nicht die Aufnahme der theoretischen Position, die sich mit dem bedeutenden Mitarbeiter der ersten "Arbeiterpolitik", mit Anton Pannekoek, verbindet. In der Auseinandersetzung mit diesen Auffassungen hatten gerade viele Mitglieder der KPO wie Brandler und Thalheimer in vorderster Linie gestanden; weder die KPO noch die GAP verstanden sich als Anhänger der theoretischen Auffassungen Pannekoeks, und ein Vergleich der theoretischen Positionen von KPO/GAP einerseits und der Pannekoeks und seiner Anhänger andererseits würde erweisen, daß auch objektiv eine solche Verbindung nicht bestand.

Bedeutete die Aufnahme des Namens "Arbeiterpolitik" eine Verdeutlichung der Tradition, in der sich die Gruppe sah, so hieß das nicht, daß damit die historischen Verbindungen, die die Mitglieder dieser Gruppe zum "Spartakus-Bund" Rosa Luxemburgs, Leo Jogiches' und Karl Liebknechts hatten, dadurch in den Hintergrund gedrängt worden wären: die Verwendung des Namens "Arbeiterpolitik" war nicht als Abgrenzung zu dieser Tradition gemeint, wie in verschiedenen Artikeln in der "Arbeiterpolitik" zu Themen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung deutlich wurde ¹⁰⁾.

9) Arpo-Briefe 6/3/1 10) Vergl. Arpo 2/1/1 f; 3/2/4 ff; 4/2/2 f; 4/5/3.

6.2. Die Zeitschrift "Arbeiterpolitik" und die weiteren Publikationen der Gruppe Arbeiterpolitik

6.2.1. Die "Arbeiterpolitik"

Nachdem die GAP sich politisch vor die Aufgabe gestellt sah, ihr Material einem größeren Kreis zugänglich zu machen, begann sie im November 1948 mit der Herausgabe der Zeitschrift, die wie die Gruppe den Namen "Arbeiterpolitik" trug. Zwar war es seit der Währungsreform möglich, auch ohne Lizenz von den Alliierten Papier zu kaufen, doch es fand sich keine Druckerei, die damals bereit gewesen wäre, eine Zeitschrift ohne Genehmigung durch die Besatzungsmächte zu drucken. Da nach den politischen Auffassungen der GAP weder die Gruppe noch die Zeitschrift durch eine Lizenzierung unter die Aufsicht der Alliierten geraten durfte, mußte die Zeitschrift ohne eine solche Erlaubnis erscheinen, d.h. illegal ¹⁾.

Ein Mitglied der GAP aus Bremen nahm Kontakt zu einem gelernten Drucker auf, den er aus der gemeinsamen Arbeit in der SAP kannte. Dieser Drucker - Robert Meyer ²⁾ - hatte während der Zeit des Faschismus illegal politisch weitergearbeitet und konnte nach entsprechenden politischen Diskussionen mit verschiedenen GAP-Mitgliedern dafür gewonnen werden, die Zeitschrift "Arbeiterpolitik" zu drucken. Aus Sicherheitsgründen wurde Meyer von der übrigen Gruppe abgeschirmt und hatte nur zu wenigen GAP-Mitgliedern Kontakt; so gelang es, die Zeitschrift ohne Entdeckung durch die Besatzungsmacht herzustellen ³⁾. Zur Tarnung wurden einige Exemplare der "Arbeiterpolitik" mit falschen Angaben über Verlag, Druckort und Lizenz-Inhaber versehen ⁴⁾.

Die ersten Ausgaben der "Arbeiterpolitik" erschienen im Format Din-A-5 mit 8 Seiten Umfang und einer Auflage von 1 000 Exemplaren zum Preis von 0,30 DM. Bis Ende 1949 erschien sie einmal im Monat, doch

1) Vergl. Teil 4.4. dieser Arbeit

2) Vergl. die Kurzbiographie Robert Meyer im Anhang

3) So berichtet Robert Meyer: "Ich habe nach jedem Druck sorgfältig alle Spuren vernichtet und kein einziges Exemplar, nicht einmal einen Makulaturbogen, behalten. Wie in der Nazi-Illegalität, so blieb ich auch in der Besatzungs-Illegalität unentdeckt". Mitteilung von Robert Meyer vom 2. April 1974, S. 2; im folgenden zitiert als: Meyer I.

4) So trug ein Exemplar die Nummer 2 des 1. Jahrgangs der Arpo folgenden aufgestempeltes Impressum: "Verlag Volk und Zeit. Karlsruhe Lizenz-Nr. US-B 1138. Lizenzträger und Herausgeber E. Schöpfli. Druck Karlsruher Buchdruckwerkstätten."

seit März 1949 konnte ihr Umfang zunächst auf 12 Seiten pro Ausgabe und seit August dieses Jahres auf 16 Seiten gesteigert werden, was allerdings mit einer Preiserhöhung auf 0,40 DM verbunden war. Bis Ende 1949 hatte sich die Zeitschrift sowohl von der redaktionellen Seite als auch vom Vertrieb her so weit stabilisiert, daß sie zweimal pro Monat herausgebracht werden konnte; zugleich war es möglich - von zwei Ausnahmen abgesehen - den Umfang bei 16 Seiten zu halten und den Preis auf 0,20 DM pro Heft zu senken. Diese Steigerung im Umfang von 8 Seiten pro Monat Ende 1948 auf 32 Seiten pro Monat Anfang 1950 wurde von einer Steigerung der Auflage von 1 000 auf 2 500 Exemplare begleitet ⁵⁾.

Mitte 1950 fand die GAP mit Hilfe eines Druckers, der früher der KPO angehört hatte und der mit der GAP sympathisierte, in Stuttgart eine Druckerei, die die Zeitschrift im Lohndruck anfertigte ⁶⁾. Anfang August 1950 erschien die erste in Stuttgart gedruckte Ausgabe der "Arbeiterpolitik"; mit dem Wechsel des Druckortes wurde zugleich das Format auf DIN 4 umgestellt, während die Seitenzahl nach kurzer Zeit von 8 auf 12 Seiten stieg, was eine Steigerung des Umfanges um 50 % gegenüber der alten Aufmachung bedeutete. Das größere Format ermöglichte es, die optische Gestaltung der Zeitschrift zu verbessern, weil nun ein zweispaltiger Umbruch möglich war. Die technische Verbesserung der Zeitschrift zog allerdings im Jahre 1951 zwei Preiserhöhungen um jeweils 0,05 DM nach sich, so daß die "Arbeiterpolitik" seit dem 2. August -Heft 0,30 DM pro Ausgabe kostete. Die Auflage der Zeitschrift stieg weiter an, wenn auch keine genauen Zahlen festgestellt werden konnten; die Schätzungen für die Auflage belaufen sich auf mindestens 2 500, höchstens 5 000 Exemplare, wobei die Auflage bis etwa 1952/53 anstieg und dann stagnierte ⁷⁾.

Seitdem die Zeitschrift in Stuttgart gedruckt wurde, erschien sie mit Impressum, das zunächst Theodor Bergmann als Verantwortlichen auswies ⁸⁾; mit dem 10. Heft des Jahrganges 5, das die Ausgabe für die 2.

5) Vergl. Meyer I, S. 1

6) Vergl. Th. Bergmann II, S. 14; Th. Bergmann III, S. 27

7) Vergl. Interview mit Paul Elflein am 11.4.1973, S. 2, im folgenden zitiert als: Elflein I; Söchtig, S. 15; Interview vom 18.1.1975, S. 14

8) Vergl. Arpo 3/15/8

Maihälfte 1952 war, ging die presserechtliche Verantwortlichkeit auf Bertha Schöttle-Thalheimer ⁹⁾ über, nachdem TH. Bergmann aus der Redaktion der Zeitschrift und aus der Gruppe ausgeschieden war. Daß die Zeitschrift nach fast zwei Jahren des illegalen Erscheinens seit August 1950 mit Impressum und damit "offiziell" herausgebracht wurde, lag daran, daß die Lizenzierung und die damit verbundene Zensur für Zeitungen und Zeitschriften durch die Alliierten weggefallen war, seit mit Gründung der BRD in den Westzonen ein neuer deutscher Staat entstanden war. Zwar schätzte die GAP diesen Staat nicht als eine selbständige Kraft ein und sah in seiner Existenz keine grundlegende Änderung der Lage in Deutschland ¹⁰⁾, doch sie nahm die formell nun vorhandene Pressefreiheit in Anspruch, um die Vorteile einer legalen Herausgabe der "Arbeiterpolitik" zu nutzen.

6.2.2. Die Beilagen der "Arbeiterpolitik"

Im Februar 1951 begann die GAP mit der Herausgabe der "Norddeutschen Arbeiterstimme", die als "Beilage zur 'Arbeiterpolitik'" einmal pro Monat erschien ¹⁾; allerdings hatte die Gruppe das Ziel, "die 'Norddeutsche Arbeiterstimme' zu einer selbständigen Zeitung zu machen" ²⁾. In einem Artikel in der ersten Ausgabe dieser Beilage umriß die GAP sowohl die intendierte Funktion der "Arbeiterpolitik" als auch die ihrer Beilage: "Die 'Arpo' ... ist und kann unter den gegebenen Umständen nur sein das Organ zur Sammlung und Schulung der fortgeschrittensten Elemente aus allen Lagern der Arbeiterbewegung. Sie muß deshalb, im Gegensatz zur oberflächlichen und den marxistisch-revolutionären Standpunkt verfälschenden oder preisgebenden Schreibweise der offiziellen Arbeiterpresse, den konsequent revolutionären Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus den Arbeitern klarzumachen versuchen" ³⁾. Die neue Beilage sollte ein erster Schritt sein, "um neben der 'Arpo' eine Zeitung herauszubringen, die in leichter und verständlicher Form größere Kreise der Werk-

9) Vergl. Arpo 5/10/14

10) So hieß es im Juli 1949 in Arpo 2/7/6: "Die ganze Macht liegt im Westen bei den kapitalistischen Besatzungsmächten. Sie übertragen einen Teil an deutsche Behörden, soweit diese ihre Absichten ausführen...".

1) So der Untertitel der "Norddeutschen Arbeiterstimme"; vergl. auch Arpo 4/4/5 und Arpo 4/15/12. 2) Arpo 4/4/5

tätigen ... gewinnen wird" ⁴⁾. War die "Norddeutsche Arbeiterstimme" als ein Anfang eines mehr an den Lesebedürfnissen breiter Arbeiterkreise orientierten Blattes konzipiert, so konnte sie durch die Erscheinungsweise als Beilage zur "Arbeiterpolitik" über den Kreis der Leser dieser Zeitschrift in den Orten Norddeutschlands, also im wesentlichen Hamburg, Bremen, Nienburg, Braunschweig und Salzgitter, nicht hinauskommen, wodurch sie mehr den Charakter einer regionalen Beilage – vor allem für Salzgitter – annahm, wenn auch diese Entwicklung sich erst später durchsetzte.

Für die Gruppen um Stuttgart erschien zeitweise eine "Südwestdeutsche Beilage" ⁵⁾. Daneben gab es unregelmäßig erscheinende Beilagen oder Sonderdrucke für einzelne Gruppen ⁶⁾. Eine gesonderte Publikation erschien zeitweise unter dem Titel "Op Utkiek" für die Betriebe des Hamburger Hafens ⁷⁾.

6. 2. 3. 2 Beispiele für Ausgaben der "Arbeiterpolitik"

Um den Charakter der Zeitschrift "Arbeiterpolitik" zu verdeutlichen, sollen zwei ihrer Ausgaben näher beschrieben werden, und zwar eine aus der Anfangszeit – die Ausgabe März 1949 – und eine aus dem Ende des in dieser Arbeit behandelten Zeitraumes – die Ausgabe vom 1. Oktober 1952.

Die März-Ausgabe des Jahres 1949 umfaßte auf 12 Seiten im Format Din-A-5 sieben Artikel und einige kurze Meldungen. Der Leitartikel setzte sich unter der Überschrift "Lohnerhöhung und Preisdruck!" mit der wirtschaftlichen Entwicklung seit der Währungsreform auseinander. "Warenhortung und Papierlöhne vor, Preissteigerung und Lohnstabilität nach der Währungsreform" ¹⁾ waren für die GAP "das Geheimnis der Währungsreform und der Sanierung des deutschen Kapitals" ²⁾. Die Entwicklung seit Juni 1948 hatte die "Illusion der Betriebsgemeinschaft" ³⁾,

3) Norddeutsche Arbeiterstimme 1. Jahrgang, Nr. 1, S. 1; die Norddeutsche Arbeiterstimme wird im folgenden zitiert als: Nd. Arsti 1/1/1 (= Jahrgang/ Nummer/ Seite).

4) Ebenda

5) Vergl. Burkhardt I, S. 3

6) Dem Verfasser dieser Arbeit sind eine Beilage für Hamburg vom November 1950 und ein Sonderdruck für Hamburger Hafenarbeiter aus dem Mai 1952 bekannt.

7) Vergl. Scholz, S. 1; vergl. auch Teil 6.4.5. dieser Arbeit

Fußnoten zu Teil 6. 2. 3. auf der nächsten Seite

die in der Notlage nach 1945 entstanden war, zerstört, während die Versuche, die Arbeiter durch Versprechungen wie die, daß die Preise schon wieder sinken würden, oder durch Drohungen mit der "Lohnpreisspirale" zum Stillhalten zu bewegen, gescheitert waren. Für die GAP stand fest: "Die Geduld der Arbeiter ist am Ende; die ersten größeren Kämpfe haben begonnen... Die ersten Kämpfe haben bewiesen, daß die Belegschaften bereit sind, den Unternehmern Einhalt zu gebieten, die es wagten, die Teuerungszulagen zu streichen" ⁴⁾. Für die anstehenden Kämpfe war für die GAP "das gemeinsame organisierte Vorgehen der besten klassenbewußten Betriebsräte und Gewerkschaftler (entscheidend d. V.), das den Willen der Arbeiter auch gegen die Gewerkschaftsführung durchsetzen kann" ⁵⁾, denn von dieser Führung war es nicht zu erwarten, daß sie die notwendigen Kämpfe einleiten würde. In diesem Kampf konnten für die GAP Lohnerhöhungen nur der erste Schritt sein, denn "um den ständig steigenden Preisen zu begegnen, müssen die Arbeiter die Preise kontrollieren vom Betrieb bis zum Verbrauch" ⁶⁾. Einen anderen Schritt hin zur Kontrolle der Produktion sah die GAP auch dadurch für notwendig an, daß die Kapitalisten drohten, die Arbeiter bei Streiks auszusperrern, worauf die Antwort nur die Fabrikbesetzung sein könnte.

Da der Kampf um die Kontrolle der Produktion sich anzubahnen schien, begann in dieser Ausgabe der "Arbeiterpolitik" eine Serie "Der Kampf um die Arbeiterkontrolle der Produktion zur Rettung der Wirtschaft vor der kapitalistischen Anarchie"; der erste Teil dieser geschichtlich angelegten theoretischen Abhandlung umfaßte gut ein Viertel des Heftes ⁷⁾. Die weiteren Artikel befaßten sich mit Prozessen gegen Arbeiter, die an verschiedenen Protestaktionen teilgenommen hatten ⁸⁾, mit dem Lastenausgleich ⁹⁾, dem Ruhrstatut ¹⁰⁾, der Entwicklung der SPD in Bayern ¹¹⁾

1) Arpo 2/3/1 2) Ebenda 3) Ebenda 4) Arpo 2/3/1 f 5) Arpo 2/3/3

6) Arpo 2/3/2

7) Vergl. Arpo 2/3/8 ff. Die Fortsetzung erschien in der nächsten Ausgabe der Arpo.

8) Vergl. den Artikel "Proletarische Abwehrfront gegen kapitalistische Klassenjustiz", Arpo 2/3/3 f.

9) Vergl. den Artikel "Der Lastenausgleich - ein geplatzter Schwindel", Arpo 2/3/ 6 f.

10) Vergl. den Artikel "Das Ruhrstatut", Arpo 2/3/6 f; der erste Teil des Artikels war in der vorangegangenen Nummer erschienen.

11) Vergl. den Artikel "Der Weg der SP Bayerns 1948", Arpo 2/3/7 ff.

und der Lage der Hafenarbeiter in Hamburg¹²⁾. Unter den Meldungen war eine, die sich mit den Wandlungen des Verhältnisses der KPD zu den Westmächten befaßte: diese Meldung war deshalb wichtig, weil sie verdeutlichte, daß die KPD im Nachhinein der GAP mit ihrer Einschätzung recht geben mußte¹³⁾.

In den frühen Ausgaben der "Arbeiterpolitik" versuchte die GAP in verschiedenen Artikeln, wichtige Erfahrungen der kommunistischen Bewegung zu vermitteln: als Beispiele sind neben dem schon erwähnten Artikel zur Produktionskontrolle die Artikel "Gewerkschaftsfraktionen - Zellen der Gewerkschaftseinheit"¹⁴⁾ und "Wirtschaftsdemokratie oder Produktionskontrolle"¹⁵⁾ zu nennen. Den Hauptteil der Zeitschrift nahmen Analysen zu den aktuellen Entwicklungen ein wie z.B. die Demontage¹⁶⁾, die Entwicklung des Verhältnisses der Siegermächte des 2. Weltkrieges¹⁷⁾, die Politik der Gewerkschaften¹⁸⁾ und die Entwicklung der KPD¹⁹⁾, während Berichte aus den unmittelbaren Aktionen der Arbeiter erst im Laufe der Zeit größeren Raum einnahmen.

Der Leitartikel der Nr. 19 des 5. Jahrganges der "Arbeiterpolitik" vom 1. Oktober 1952 behandelte "Die Auflösung der SRP"²⁰⁾ durch das Bundesverfassungsgericht. Die Auflösung der SRP wurde darauf zurückgeführt, daß die herrschende Klasse sich an der Propaganda dieser Partei gegen die westlichen Besatzungsmächte stieß; die anderen Elemente der SRP-Politik, vor allem die Angriffe gegen die Arbeiterorganisationen, würden von den bürgerlichen Parteien übernommen: "Soweit die SRP-Faschisten sich der Einreihung Westdeutschlands in die amerikanische Aufmarschfront widersetzen, so weit hat man ihnen die Flügel gestutzt und das Maul gestopft. Soweit sie aber spezifisch faschistische Auffas-

12) Vergl. den Artikel "Die Lage der Hamburger Hafenarbeiter", Arpo 2/3/11 f.

13) Vergl. die Meldung "Einst und jetzt", Arpo 2/3/12.

14) Vergl. Arpo 2/4/2 ff 15) Vergl. Arpo 2/2/4 f

16) Vergl. Arpo 2/1/2 ff; Arpo 2/9/12 f.

17) Vergl. den Artikel "Von Potsdam zum Atlantikpakt", Arpo 2/5/1 f; oder den Artikel "Zur Pariser Außenministerkonferenz", Arpo 2/6/1 ff.

18) Vergl. z.B. den Artikel "Arbeitsgemeinschaft oder Klassenkampf", Arpo 2/4/3 ff; oder die Arbeiterkorrespondenz "Der Reformismus entlarvt sich", Arpo 2/5/8 ff.

19) Vergl. den Artikel "Neue KPD-Parolen", Arpo 2/10/1 ff; oder "Die Bolschewisierung der KPD", Arpo 2/10/1 ff. Die genannten Beispiele beziehen sich jeweils auf das Jahr 1949. 20) Arpo 5/19/1

sungen von der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Aufgaben haben und gegenüber der Arbeiterschaft, ihren Massenorganisationen und Parteien, vertreten, werden sie mit offenen Armen (von der herrschenden Klasse d. V.) aufgenommen ... In der Tat sind die klügeren, aufgeschlosseneren bürgerlich-klassenbewußteren Nazis längst in der CDU, FDP, DP und im Staatsapparat gelandet" ²¹⁾. Von daher erschien die Auflösung der SRP als Ausdruck der Sammlung der bürgerlichen Kräfte, als Ausdruck "jenes Abbaus der bescheidenen bürgerlich-demokratischen Freiheiten... Letzten Endes zeigt dieser Prozeß, wie wenig lebensfähig die bürgerliche Demokratie in Deutschland ist" ²²⁾. Für die GAP wurde "mit ... der neuen Armee, den unerhörten Belastungen, die der Aufmarsch gegen die SU bringt, die Unvereinbarkeit der bürgerlich-demokratischen Freiheiten mit den realen Klassenaufgaben der Herrschenden immer deutlicher" ²³⁾. Dagegen wandten sich weder die SPD noch die Gewerkschaften, denn beide, "die die 'westliche Freiheit' gegen den 'östlichen Totalitarismus' verteidigen, verteidigen nicht die Demokratie, sondern beschleunigen ihr eigenes Ende, denn die Verteidigung der westlichen Freiheit erfordert die Knebelung der proletarischen Massenorganisationen" ²⁴⁾. Angesichts dieser Lage fragte sich die GAP: "Wann werden die Arbeiter begreifen, daß die Verteidigung ihrer Lebenshaltung und ihrer politischen Rechte nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie außerparlamentarisch und ohne jede Rücksicht auf die 'Demokratie' der deutschen Bourgeoisie und ihrer Schutzherren angepackt wird?" ²⁵⁾.

Ein anderer Artikel dieses Heftes war ein Bericht über den Gewerkschaftstag der IG Metall unter dem Titel "Allerlei Kritik - keine Opposition" ²⁶⁾, der eine andere Seite des desolaten Zustandes der Arbeiterbewegung darstellte. Weitere Artikel behandelten die Politik der KPD und der SED, dazu kamen drei Berichte aus der Hamburger Arbeiterbewegung. Außerdem enthielt dieses Heft eine Folge der seit Dezember 1950 unter zunächst wechselnden Überschriften, dann seit April 1951 einheitlich unter dem Titel "Weltpolitische Übersicht" erscheinenden Arbeiten Heinrich Brandlers ²⁷⁾. Fast ein Viertel dieser Ausgabe der "Arbeiterpolitik" nahm die

21) Arpo 5/19/2 22) Ebenda 23) Ebenda 24) Ebenda 25) Ebenda

26) Vergl. Arpo 5/19/4 ff

27) Vergl. Arpo 5/19/3 f

fünfte Folge des Abdrucks von August Thalheimers Arbeit "Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion" ²⁸⁾ ein.

Im Vergleich zu den früheren Ausgaben tritt besonders hervor, daß die einzelnen Artikel ausführlicher sind, was durch den vergrößerten Umfang ermöglicht wurde. Bei den späteren Ausgaben fällt auf, daß die örtliche und regionale Berichterstattung größeren Raum einnimmt; für sie war zeitweise eine eigene Rubrik "Berichte aus den Bezirken" eingerichtet ²⁹⁾. Eine grundsätzliche Änderung des Konzeptes der "Arbeiterpolitik" läßt sich für die Zeit bis 1952 nicht feststellen, wenn man davon absieht, daß – bedingt durch die technische Verbesserung der Zeitschrift und durch die Konsolidierung der Gruppe – die Berichte von Ereignissen in der Arbeiterbewegung zunahmen, was – auf Grund der Vergrößerung des Umfanges – allerdings nicht auf Kosten der theoretischen Artikel ging. Die wesentliche Veränderung der "Arbeiterpolitik" lag nicht im Konzept, sondern in dem, was in der Arbeiterbewegung und allgemein in Westdeutschland und in der Welt vor sich ging und dementsprechend geschildert, analysiert und kommentiert werden mußte.

Neben den Artikeln und Berichten enthielt die "Arbeiterpolitik" jeweils noch andere Bestandteile, so zum Beispiel besonders hervorgehobene Zitate von bedeutenden Angehörigen der Arbeiterbewegung wie Marx, Lenin, Luxemburg und Thalheimer, die teils zur Ergänzung der eigenen Argumentation wie beispielsweise ein Lenin-Zitat, das sich gegen die Imitation der Erfahrungen der russischen Revolution wendet ³⁰⁾, teils zur Charakterisierung einer aktuellen Situation verwandt wurden ³¹⁾. Zur Auflockerung der Zeitschrift verwandte die Redaktion einige Male Gedichte, die mit "Pezo" gekennzeichnet waren, so z.B. eine Parodie auf "Das Lied von der Partei" ³²⁾.

Außerdem enthielt die "Arbeiterpolitik" wichtige Mitteilungen der Redaktion, Anzeigen für Broschüren der Gruppe, Ankündigungen von Veranstaltungen der GAP und Hinweise auf Bezugsquellen von linker Literatur.

28) Vergl. Arpo 5/19/6 ff. Vergl. auch Teil 7.3. dieser Arbeit

29) Diese Rubrik erschien erstmals in der Arpo 3/17/9; unregelmäßig erschienen auch die Rubriken "Aus der Arbeiterbewegung", "Aus der Ostzone", "Gelesen und kommentiert", "Aus der Internationale" und "Aus Briefen und Berichten". Brandlers regelmäßig in jedem Heft erscheinende "Weltpolitische Übersicht" kann auch als ständiger Bestandteil der "Arbeiterpolitik" aufgefaßt werden.

30) Vergl. Arpo 4/14/12 31) Vergl. Arpo 4/4/7 32) Arpo 5/12/12

6.2.4. Weitere Publikationen der Gruppe Arbeiterpolitik

Neben der "Arbeiterpolitik", den regionalen Beilagen und Sonderpublikationen für spezielle Gruppen wie die Hafenarbeiter gab die GAP noch einige Broschüren heraus: die "Offenen Worte an Kommunisten" ¹⁾ im Jahre 1949, die "Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg" ²⁾, die "Potsdamer Beschlüsse" ³⁾, beide im Jahre 1950, "Der Hessen-Streik und seine Lehren" ⁴⁾ im Jahre 1951 und die "Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion" ⁵⁾ ein Jahr später. Die "Offenen Worte" und der "Hessen-Streik" waren von der Redaktion der "Arbeiterpolitik" verfaßt worden, die zu den drei anderen Broschüren jeweils Vorworte schrieb, während der Hauptteil der Broschüren jeweils von August Thalheimer erarbeitet worden war. Bei den Broschüren der Jahre 1950 und 1951 betrug die Auflage jeweils 2 500 Exemplare ⁶⁾, bei den beiden anderen konnte sie nicht in Erfahrung gebracht werden.

6.3. Die Organisation, der Umfang und die Außenwirkung der Gruppe Arbeiterpolitik

Hatte sich die GAP auf nationaler Ebene einerseits dadurch gebildet, daß verschiedene örtliche Zirkel untereinander politische Kontakte aufgenommen hatten, so hatte es andererseits von vornherein eine von allen diesen Gruppen anerkannte politisch-theoretische Führung gegeben, die durch Heinrich Brandler und August Thalheimer im kubanischen Exil und durch Waldemar Bolze verkörpert wurde ¹⁾. Um diese führenden Mitglieder der ehemaligen KPO sammelten sich die örtlichen Gruppen zunächst

1) Vergl. Teil 5.3. dieser Arbeit 2) Vergl. Teil 2.1. dieser Arbeit

3) Vergl. Teil 2.1. dieser Arbeit

4) Gruppe Arbeiterpolitik: Der Hessen-Streik und seine Lehren. Die Aufgaben der klassenbewußten Gewerkschaftler. Stuttgart o. J., ; im folgenden zitiert als: GAP: Hessen-Streik.

5) August Thalheimer: Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion. (Die Sowjetunion von heute und die sozialistische Revolution in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern). Geschrieben ab 1946 in Kuba, gedruckt Stuttgart 1952, Reprint Bremen o. J.; im folgenden zitiert nach der am leichtesten zugänglichen Ausgabe-Bremen o. J. - als: Thalheimer SU- Vergl. auch Teil 7.3. dieser Arbeit.

6) Vergl. Meyer I, S. 1

1) Vergl. Interview vom 18.1.1975, S. 9; Th. Bergmann I, S. 5

theoretisch und nach der Konferenz in Rieseberg 1947 zunehmend auch organisatorisch. Zunächst kam Waldemar Bolze endgültig nach Deutschland zurück und war seit 1948 in Salzgitter tätig; Heinrich Brandler konnte 1947 von Kuba nach Europa zurückkehren, doch es dauerte bis 1949, bis er die Erlaubnis der Alliierten erhielt, von England aus nach Deutschland einzureisen, wo er sich zunächst in Stuttgart niederließ²⁾. August Thalheimer mußte sich darauf beschränken, von Kuba aus durch schriftliche Arbeiten zu wirken, weil er bis zu seinem Tode keine Einreiseerlaubnis nach Deutschland erhielt³⁾.

Um die politische Leitung der GAP herauszubilden, sah sich die Gruppe nicht vor die Notwendigkeit gestellt, formalisierte organisatorische Zusammenhänge zu entwickeln, da es eine anerkannte Führung auch ohne formale Wahl oder ähnliches gab. Stellte sich von daher nicht die Aufgabe, die Beziehungen innerhalb der Gruppe formal zu fassen, so wirkte die Struktur der GAP sogar eher in die Richtung informeller Regelung der anstehenden Fragen. Die Gruppe war – wie gezeigt – nicht aus einer Klassenbewegung der deutschen Arbeiter nach 1945 entstanden, sondern war der Ausdruck des Versuches eines Teils der politisch aktiven Arbeiter, gegen die die kommunistische Bewegung zersetzende Besatzungspolitik der UdSSR und gegen die auf Unterdrückung der proletarischen Revolution in Deutschland zielende Besatzungspolitik der Westalliierten den Weg des Kommunismus in diesem Land auszuarbeiten. Weil diese Gruppe viel mehr aus den Auseinandersetzungen unter den kommunistischen Arbeitern hervorgegangen war als aus den Bewegungen der Arbeiterklasse insgesamt, fehlte ihr das vereinheitlichende Moment, nämlich das einer Aktivität des Proletariats im nationalen Rahmen. Erst eine solche Bewegung hätte die örtlichen Besonderheiten zurücktreten lassen und hätte das Allgemeine der Lage in Westdeutschland verdeutlicht. Weil eine solche Bewegung fehlte, waren die lokalen Gruppen der GAP stark von der jeweiligen Situation am Ort geprägt, so daß das verbindende Moment zwischen den einzelnen Gruppen viel stärker die gemeinsame Theorie sein mußte als der national einheitliche Klassenkampf des deutschen Proletariats. Durch diese Situation fehlte auch die Notwendigkeit,

2) Vergl. Weber II, S. 85 f. Später lebte Brandler in Hamburg.

3) Vergl. ebenda, S. 321

eine Leitung der GAP in dem Sinne herauszubilden, daß diese in der Lage gewesen wäre, Aktionen im nationalen Rahmen anzuleiten. Wenn auch die Gruppe versuchte, die Arbeit der zentralen Instanz zu verbessern und über die theoretisch-politische Funktion hinauszubringen, so waren diesen Versuchen durch den Zustand der Arbeiterbewegung enge Grenzen gezogen ⁴⁾. Da die überörtliche Arbeit sich im wesentlichen auf theoretisch-politische Tätigkeit beschränken mußte und dafür die Zeitschrift "Arbeiterpolitik" das angemessene Mittel war, war die Führungsgruppe der GAP mit der Redaktion der Zeitung eng verflochten ⁵⁾.

Zur Leitung bzw. Redaktion gehörte zu Anfang vor allem Waldemar Bolze, der bei dieser Arbeit sehr aktiv von Theodor Bergmann unterstützt wurde ⁶⁾. Als Brandler nach Deutschland zurückkehrte, war er - ohne daß es dazu einer Diskussion oder einer Wahl bedurft hätte - Mitglied dieses Kreises ⁷⁾. Später stießen zu diesem Kreis noch Hermann Jahn und Rudi Hanke, die beide nach 1933 in die kommunistische Bewegung gekommen waren. Während Jahn in der damaligen SBZ in der SED gearbeitet hatte und dort so in Widerspruch zur Parteilinie gekommen war, daß er sich seiner Verhaftung durch die Flucht in die Westzone entziehen mußte ⁸⁾, war Rudi Hanke in Paris mit der KPO-Emigrantengruppe in Verbindung gekommen; er hatte sich seit dieser Zeit - unter starkem Einfluß Brandlers - erhebliche Kenntnisse über die Arbeiterbewegung angeeignet, ohne jedoch selbst aus ihr hervor oder durch sie gegangen zu sein ⁹⁾. Nach dem Tode Waldemar Bolzes Ende 1951 gehörten seit der Jahreskonferenz 1952 der Leitung der Gruppe Brandler, Th. Bergmann, Hanke, Jahn und Karl Wörner sowie Emma Kümmerle als Kassierer an; die beiden zuletzt genannten gehörten zu Gruppe in Stuttgart, wo die Leitung seit der Rückkehr Brand-

4) Vergl. Interview vom 18. 1. 1975, S. 15

5) Vergl. Th. Bergmann I, S. 8 und S. 15

6) Vergl. ebenda, S. 8; Interview vom 18. 1. 1975, S. 15

7) Vergl. Th. Bergmann I, S. 8 und S. 15

8) Vergl. ebenda, S. 8; Interview vom 18. 1. 1975, S. 15

9) Vergl. Th. Bergmann II, S. 6; Kienhorn, S. 15 f; Interview vom 18. 1. 1975, S. 16

lers nach Deutschland ihren Sitz hatte ¹⁰⁾. Th. Bergmann schied im Frühjahr 1952 aus der Leitung und der Redaktion aus.

Ohne formal Mitglied der Redaktion zu sein, gehörten noch einige andere zum leitenden Kreis der GAP. Dabei ist vor allem Erich Söchtig zu nennen: "Er hat bestimmt große Bedeutung gehabt ... Politisch bestand sein Einfluß darin, daß Salzgitter materiell der stärkste Stützpunkt der Gruppe Arbeiterpolitik war, und deshalb hatte das, was er sagte, auch Bedeutung. Das ist so: wer die stärkste Grundlage hat, dessen Wort ist auch am wichtigsten. Und diese Grundlage hatte er, da gibt es nichts! Was er gesagt hat, galt etwas, im Gegensatz zu dem, (was diejenigen sagten d. V.), die diesen Einfluß und diese Erfahrungen nicht gehabt haben" ¹¹⁾. Diese Einschätzung der Rolle Söchtigs verdeutlicht die Art, in der in der GAP Einfluß ausgeübt wurde, entscheidend war nicht die formelle Funktion, sondern die tatsächliche Funktion, bei Söchtig vor allem sein Einfluß in Salzgitter. Bei anderen wie Brandler war es mehr die große politische Erfahrung in der Arbeiterbewegung, die seinem Urteil Gewicht verlieh.

Diese Art, die Meinung der Gruppe herauszuarbeiten, schlug sich auch in den Jahreskonferenzen der GAP nieder, deren formelle Zusammensetzung nur sehr grob geregelt war: zwar sollten alle Gruppen Delegierte schicken, aber ein Delegiertenschlüssel oder ähnliches waren nicht gebräuchlich ¹²⁾. Ein solches Verfahren war auch deshalb möglich, weil kontroverse Abstimmungen kaum vorkamen; beim einzigen bekannten Fall einer solchen Abstimmung wurde auch von der unterlegenen Gruppe nicht die Gültigkeit dieser Entscheidung in Frage gestellt ¹³⁾.

10) "Bis 1948 hatte die Leitung der Gruppe Arbeiterpolitik keine festen Zelte, sie war an verschiedenen Orten lokalisiert, war dann von 47 bis 48 im wesentlichen in Salzgitter und dann von 1948 ... im wesentlichen in Stuttgart". Th. Bergmann II, S. 5 f. Vergl. auch Interview mit Paul Elflein am 6. 10. 1974, S. 11; im folgenden zitiert als: Elflein IV.

11) Interview vom 18. 1. 1975, S. 30 f

12) Vergl. Th. Bergmann I, S. 9

13) Dieser Streitpunkt war 1952/53 der Wahlauf Ruf zugunsten der SPD. Vergl. auch Teil 8. dieser Arbeit

Als die erste Jahreskonferenz der GAP kann man die in Rieseberg bezeichnen ; die zweite fand an der Jahreswende 1947/48 in Salzgitter statt, die dritte ein Jahr später wahrscheinlich in Solingen. Von der vierten Jahreskonferenz - Ende 1949 und Anfang 1950 - konnte der Ort nicht ermittelt werden, ebenso wenig von der fünften; die sechste Jahreskonferenz fand Ende 1951 in Salzgitter statt ¹⁴⁾. Über die ersten vier Konferenzen ist fast nichts bekannt, da es nach Mitteilungen von Teilnehmern keine schriftlichen Unterlagen gab. Seit der fünften Jahreskonferenz wurden in der "Arbeiterpolitik" Berichte über diese Treffen abgedruckt. Die auf der Konferenz 1951/52 verabschiedeten Resolutionen, die weiter unten dargestellt werden, wurden ebenfalls in der "Arbeiterpolitik" abgedruckt ¹⁵⁾.

Die überregional angewandte Methode, die anstehenden politischen Fragen ohne formalisierte Entscheidungswege zu lösen, fand auch bei den lokalen Gruppen Anwendung; hier gab es geregelte organisatorische Zusammenhänge nur soweit, wie es die jeweiligen Aufgaben erforderten. Während an einigen Orten vor allem der Vertrieb der Zeitschrift und gelegentlich Veranstaltungen organisiert werden mußten, stellte sich z.B. in Salzgitter zusätzlich die Aufgabe, die umfangreiche Arbeit in den Betriebsräten und der IG Metall zu koordinieren und anzuleiten. Diese relativ lockeren Organisationsformen hatten nach Auffassung der damaligen Mitglieder der Gruppe im wesentlichen ihre Ursache darin, daß mit diesen Formen die anstehenden Aufgaben gelöst werden konnten; jede straffere Organisation hätte eher dazu geführt, daß sich die Gruppe darauf konzentriert hätte, die eigenen Instanzen zu beschäftigen, als daß ein solcher Schritt die Außenwirkung der Gruppe verbessert hätte. Eine Veränderung der Organisationsformen konnte nur im Gefolge einer Veränderung der Situation in der Arbeiterbewegung eintreten, was dann nach 1952 auch geschah, allerdings dann in Richtung auf eine teilweise Auflösung der Gruppe.

Die GAP lehnte es - wie bereits erwähnt - ab, sich von den Besatzungsmächten lizenzieren zu lassen, denn es galt damals zu wählen: "Lizenzierung durch die Besatzungsmächte und Vertretung ihrer Besatzungspolitik

14) Vergl. Th. Bergmann II, S. 4. Vergl. auch Interview mit Theodor Bergmann am 11. 2. 1974, S. 1; im folgenden zitiert aus Th. Bergmann IV.

15) Vergl. Arpo 4/1/4 f und Arpo 5/1/7; vergl. auch Teil 7.2.

oder Lizenzierung durch die deutschen Werktätigen und Vertretung ihrer Interessen gegenüber allen Mächten. Wir wählen das letztere. Wir wollen den Arbeitern die ganze Wahrheit sagen" ¹⁶⁾. Die Gruppe wandte sich im Februar 1949 gegen Versuche, formal neue kommunistische Gruppierungen mit Lizenzanträgen bei den Alliierten zu gründen; solche zugelassenen Organisationen "unterwerfen sich mit ihrem Lizenzantrag den Beschränkungen ihrer Betätigung (durch die Besatzungsmächte d. V.), erkennen den Rahmen der Militärdemokratie an und liefern rein technisch den Behörden die Kenntnisse, die zu organisatorischer Lähmung und Verbot führen können, falls sie einmal diesen Rahmen überschreiten sollten" ¹⁷⁾. Solche Organisationen dienten nur dazu, die kommunistischen Arbeiter hervorzulocken und sie unter die Kontrolle der Alliierten zu bringen. Um das zu verhindern, lehnte die GAP die Lizenzierung ab und blieb selbst mit ihrer Zeitschrift außerhalb der Besatzungslegalität; die GAP trat erst Mitte 1950 legal auf, als sich die politische Situation in diesem Punkt geändert hatte.

Wenn bisher in dieser Arbeit von "Mitgliedern der Gruppe Arbeiterpolitik" geschrieben wurde, so wurde damit eine Bezeichnung verwandt, deren Inhalt nicht genau bestimmbar ist. Ein formales Kriterium für eine Mitgliedschaft in der GAP gab es nicht; zwar gab es – etwa seit 1950 – Mitgliedskarten, doch "manche Leute ... (betrachteten d. V.)... die Abnahme einer Mitgliedskarte und das regelmäßige Kleben von Beitragsmarken für einen Firlefnanz aus der guten alten Zeit" ¹⁸⁾, ohne daß diese Leute deshalb in ihrem Einsatz für die Gruppe, auch finanziell gesehen, zurückgestanden hätten hinter denen, die eine Mitgliedskarte hatten. Die Anhänger der Gruppe kannten sich untereinander, teilweise schon aus der KPO oder der KJO, und mußten sich deshalb nicht durch abstrakte Zeichen für die Gruppenzugehörigkeit ausweisen; durch den engen persönlichen Kontakt wußte jeder auch vom anderen, wie aktiv sich der einzelne im Betrieb, der Gewerkschaft und in der Gruppe selbst einsetzte. Gerade diejenigen, die aus der KPO kamen, hatten dort eine umfängliche Schulung durchlaufen, hatten bereits politische Erfahrungen sowohl in der

16) Arpo 2/2/1

17) Ebenda

18) Th. Bergmann I, S. 9 f

Weimarer Republik als auch unter dem Faschismus gesammelt und waren von daher gut in der Lage, auf sich gestellt oder mit einigen anderen aus dem gleichen Betrieb die notwendigen politischen Schritte zu gehen, so daß von daher eine langwierige Diskussion über viele Tagesfragen nicht notwendig war, um diesen Kommunisten eine Orientierung zu geben. Von dieser Seite bestand also kein Druck, eine umfassende Gruppenarbeit zu organisieren, was es wiederum fließend macht, wer nun quasi als Mitglied zur Gruppe gehörte, wer aktiver Sympathisant oder wer lediglich Leser der Zeitung war ¹⁹⁾.

Wenn man diejenigen als Mitglieder rechnet, die regelmäßig die Zeitung lasen, die Veranstaltungen der Gruppe besuchten, sie finanziell unterstützten und in ihrem Wirkungsbereich die politischen Positionen, wie sie in der Zeitung formuliert wurden, vertraten, kann man in etwa zu einer Schätzung der Mitgliederzahl der Gruppe kommen, die auf ungefähr 300 bis 350 hinausläuft ²⁰⁾. Diese Schätzung ist aber nicht nur wegen ihrer Ungenauigkeit wenig aussagekräftig, sondern vor allem deshalb, weil sie - besonders wenn man sie mit den Zahlenangaben von KPD und SPD in Vergleich setzt - das politische Gewicht der GAP falsch darstellt. Wenn z.B. in Salzgitter die GAP rund 120 Mitglieder hatte und die SPD 15 bis 20mal so viele, so sagte das nichts über das Verhältnis des politischen Einflusses aus, denn die zahlenmäßig viel kleinere GAP kontrollierte sowohl die örtliche IG Metall als auch den Betriebsrat des größten Betriebes, während die SPD dort ohne Einfluß war. Noch irreführender ist eine Zahlenangabe für Stuttgart, wo die Gruppe fast nur aus solchen Kommunisten bestand, von denen jeder einzelne großes Ansehen in der örtlichen Arbeiterbewegung genoß; gerade auf diese Gruppe traf der Ausdruck "Generalstab ohne Armee" zu, mit dem bereits die KPO gekennzeichnet worden war. Die oben genannte Zahl wird dann in ihrem spezifischen Gewicht deutlicher, wenn man die GAP - wenn man von einem Teil der Gruppe in Salzgitter absieht - als Kaderorganisation

19) Alle Befragten, die sich damals zur GAP zurechneten, antworten ähnlich, wenn sie nach Mitgliederzahlen gefragt werden, daß diese Frage nicht zu beantworten wäre, da kein Kriterium für Mitgliedschaft angebar wäre, das in der Zeit bis 1952 von der Gruppe selbst verwandt worden wäre.

20) Die Schätzung beruht auf Angaben in den verschiedenen Interviews; die Zahlen zu den einzelnen Gruppen finden sich in Teil 6.4. .

charakterisiert, d.h. diejenigen, die ihr angehörten, hielten nicht nur die politische Linie für richtig und zahlten Beitrag, sondern setzten sich aktiv für die Ziele der Gruppe ein. Die Berechtigung dieser Charakterisierung wird daran deutlich, daß die Zahl der Besucher der Veranstaltungen der GAP die Zahl der Mitglieder um ein Mehrfaches übertraf ²¹⁾; auch das Verhältnis der Zahl der Mitglieder zur Zahl der Leser der Zeitung ²²⁾ deutet in diese Richtung.

Über die politische und soziale Herkunft der Mitglieder der GAP läßt sich nur wenig sagen. Alle Befragten waren sich darin einig, daß der Kern der Gruppe aus denjenigen bestand, die vor 1933 der KPO oder ihrem Jugendverband angehört hatten ²³⁾. Dazu kamen bereits in den ersten Jahren einige, die 1932 mit der KPO-Minderheit zur SAP gegangen waren ²⁴⁾; aus der SAP stießen auch einige jüngere Mitglieder zur GAP, besonders in Bremen und in Stuttgart ²⁵⁾. In einigen Orten gab es größere Gruppen von KPD-Mitgliedern, die sich der GAP anschlossen. Während diese Entwicklung in Salzgitter bereits 1947 einsetzte, trat sie in anderen Orten erst auf, als die KPD mit der "These 37" 1951 den leitenden Gewerkschaftsinstanzen die Möglichkeit gab, die Mitglieder der KPD aus den Funktionen in der Gewerkschaft zu drängen ²⁶⁾; als die Gewerkschaften die Möglichkeit nutzten, verließen viele Mitglieder der KPD die Partei. Die meisten schlossen sich der SPD an, doch einige entschlossen sich, sich an der GAP zu orientieren, besonders dort, wo sie die Gruppe durch deren praktische Arbeit kannten, so in Hamburg und in Stuttgart ²⁷⁾. Auch an einigen Orten, wo die GAP bis dahin nicht vertreten war, führte die Gewerkschaftspolitik der KPD, die - nach dem Urteil des damaligen linientreuen KPD-Mitgliedes Eberle - "der Partei die Basis, kommunistischen Betriebsräten die Funktion (und den kritischsten Mitgliedern die Zugehörigkeit zur Partei) nahm" ²⁸⁾, Mitglieder der KPD zur GAP, so in Offenbach und Mannheim ²⁹⁾.

21) Vergl. Th. Bergmann I, S. 10

22) Vergl. Teil 6.2. dieser Arbeit

23) Vergl. Th. Bergmann I, S. 11; Th. Bergmann III, S. 14 ff

24) Vergl. Th. Bergmann II, S. 12

25) Vergl. Th. Bergmann I, S. 4; Th. Bergmann III, S. 26; Meyer I, S. 1 f

26) Vergl. Teil 6.4.10 dieser Arbeit 27) Vergl. Th. Bergmann I, S. 11 f

28) Eberle: Bosch, S. 183

29) Vergl. Th. Bergmann II, S. 9 und S. 12 f; Th. Bergmann III, S. 33 f.

Zu denen, für die die Mitarbeit in der GAP die Fortsetzung ihrer Tätigkeit in der kommunistischen Bewegung war, kamen solche, die erst durch die Tätigkeit der GAP für die Arbeiterbewegung gewonnen wurden. Da die Grundlage dafür darin lag, daß es Aktivität in der Arbeiterklasse gab, war es nicht erstaunlich, daß die meisten in diesem Sinne neu Gewonnenen in Salzgitter zu finden waren ³⁰⁾; aber auch in Stuttgart schafften es die alten Kader aus der KPO, jüngere Arbeiter für den Kommunismus zu gewinnen ³¹⁾. In der Ausnahmesituation Salzgitter gelang es der GAP sogar Arbeiter zu gewinnen, die in der SPD organisiert waren ³²⁾.

So weit bekannt bestand die GAP sozial ganz überwiegend aus Arbeitern. Daneben gab es unter den älteren Mitgliedern einige, die nach 1945 bei der Kommunal- und Arbeitslosenversicherungsverwaltungen als anerkannte Gegner des Faschismus Arbeit fanden, aber bis dahin Arbeiter gewesen waren; weiterhin waren einige Mitglieder Angestellte ³³⁾, einige Rentner, einige andere Angestellte der Gewerkschaften. Die GAP hatte seit 1952 einen hauptamtlichen Funktionär, der vor allem bei der Erstellung der Zeitung aktiv war, nämlich Rudi Hanke.

Bei der örtlichen Ausbreitung der Gruppe ergibt sich ebenfalls die Schwierigkeit, ein einheitliches Kriterium zugrunde zu legen. Geht man von den Orten aus, aus denen Berichte in der "Arbeiterpolitik" auftauchten oder die bei Befragungen genannt wurden, so ergibt sich folgende Liste: Augsburg, Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Bremen, Delmenhorst, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Frankfurt/Main, Fürth, Gelsenkirchen, Göppingen, Hagen, Hamburg, Hanau, Hannover, Heidelberg, Köln, Mannheim, München, Nienburg, Nürnberg, Nürtingen, Offenbach, Salzgitter, Schweinfurt, Schwelm, Schwenningen, Solingen, Stuttgart, Verden, Wetzlar, Wolfenbüttel und Wuppertal. Nach den Berichten der vom Verfasser interviewten damaligen Mitglieder der GAP

30) Vergl. Söchtig, S. 8 und S. 21 f; Interview vom 4.11.1974, S. 11 f

31) Vergl. Scholz, S. 2; Burkhardt I, S. 2

32) Vergl. Söchtig, S. 12; Elflein IV, S. 5 f; Interview vom 4.11.1974, S. 11

33) Die Worte Arbeiter, Angestellte etc sind hier nur oberflächlich benutzt; eine theoretische Ableitung erscheint an dieser Stelle wenig sinnvoll, zumal das empirische Material so dürftig ist, als daß es eine Grundlage für eine nähere Untersuchung abgeben könnte.

kann man davon sprechen, daß es in Berlin, Bremen, Frankfurt und Offenbach, Hamburg, Mannheim, Nürnberg/Fürth, Salzgitter mit Braunschweig und Wolfenbüttel, Solingen und Stuttgart und einigen umliegenden Orten organisierte GAP-Gruppen gab, während es in den anderen Orten nur mehr oder weniger feste Kontakte gab. Auffallend ist, daß die GAP im Ruhrgebiet nur schwach vertreten war. Außerhalb der Westzonen bzw. der BRD und Berlin gab es noch Gruppen in der Ostzone bzw. der DDR und in Schweden, zu denen regelmäßige Kontakte bestanden. Vergleicht man die Ausbreitung der GAP mit der der KPO im Gebiet der späteren BRD, so hatte die GAP in den meisten Orten, wo früher die KPO vertreten gewesen war, die Kontakte wieder aufnehmen können; die Verbindungen zu Offenbach gingen allerdings nicht auf die dortige KPO-Gruppe zurück, die einen anderen Weg gegangen war³⁴⁾. Neue Gruppen, die die GAP über den KPO-Einflußbereich gewonnen hatte, waren Nienburg, Mannheim und – vor allem – Salzgitter. Auch die GAP konnte in den Gebieten, in denen die KPO nie relevant vertreten war, wie München, nie Einfluß gewinnen. Die größten und einflußreichsten Gruppen waren die in Salzgitter und in Stuttgart, sowohl bezogen auf die GAP als auch bezogen auf die jeweilige örtliche Arbeiterbewegung.

Während die KPO noch in der "Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition" (IVKO)³⁵⁾ über organisierte Beziehungen zu Kommunisten außerhalb Deutschlands verfügt hatte, beschränkten sich die Kontakte der GAP auf Verbindungen zu der englischen Gruppe um die Zeitschrift "Socialist Outlook"³⁶⁾; daneben bestanden noch Verbindungen einzelner GAP-Mitglieder ins Ausland, die aber eher persönlichen Charakter hatten³⁷⁾.

Wenn die GAP auch vor allem durch die Arbeit ihrer Mitglieder in den Betrieben und den Gewerkschaften und durch die Zeitschrift "Arbeiterpolitik" nach außen wirkte, so versuchte sie zusätzlich, durch öffentliche

34) Vergl. Teil 6.4.4. dieser Arbeit

35) Vergl. Teil 1.2. dieser Arbeit

36) Vergl. Arpo 3/13/3 f; Arpo 3/17/3; Arpo 3/23/7 f; Arpo 4/1/9; Arpo 4/6/11; Arpo 4/18/5 f; Arpo 5/15/12; Müller, S. 40

37) Vergl. Th. Bergmann III, S. 41 ff; Th. Bergmann IV, S. 16.

Veranstaltungen ihre Auffassungen zu verbreiten. Wenn auch kein vollständiger Überblick über die Veranstaltungen der GAP gewonnen werden konnte, so ist es doch möglich, an Hand der Ankündigungen und der Berichte in der "Arbeiterpolitik" einiges zu diesen Veranstaltungen zu sagen. Hatte die Gruppe nach Aktionen gegen die Demontage in Salzgitter ³⁸⁾ in verschiedenen Orten Veranstaltungen durchgeführt, so findet sich der erste Hinweis in der "Arbeiterpolitik" auf solche Aktivitäten der GAP erst, als dies im Oktober 1950 zum Thema "Wie kann der dritte Weltkrieg verhindert werden?" vier Diskussionsabende in Orten bei Stuttgart durchführte ³⁹⁾. Ende November desselben Jahres lud die GAP in Salzgitter "alle Werktätigen, die am Wiederaufbau einer geeinten und aktionsfähigen Arbeiterbewegung in Deutschland interessiert sind" ⁴⁰⁾, zu einer Versammlung ein, auf der Heinrich Brandler zum Thema "Der Ausweg aus der Krise der internationalen Arbeiterbewegung" ⁴¹⁾ sprach. Für 1951 verzeichnete die "Arbeiterpolitik" sieben Veranstaltungen. Anfang des Jahres fanden in Stuttgart und Salzgitter Lenin-Liebke-Necht-Luxemburg-Gedenkfeiern mit umfangreichem Programm statt ⁴²⁾. Ende April veranstaltete die Gruppe in Stuttgart eine "Kommunistische Maifeier" ⁴³⁾, und Ende Mai sprach ebenfalls in Stuttgart Waldemar Bolze über "Steigende Wirtschaftskonjunktur, sinkender Lebensstandard. Was sagen und was tun die Arbeiter?" ⁴⁴⁾. Auf einer Veranstaltung im September, die ebenfalls in Stuttgart stattfand, referierte Heinrich Brandler über "Deutschlands Stellung in der Welt und die Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse" ⁴⁵⁾. Im November sprach derselbe Referent in Hamburg zum Thema "Der hessische Metallarbeiterstreik. Der Hafenarbeiterstreik in Hamburg und Bremen. Die Politik der deutschen Gewerkschaften und die Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse" ⁴⁶⁾. Für Dezember 1951 verzeichnete die "Arbeiterpolitik" einen Vortrag von

38) Vergl. Th. Bergmann II, S. 9; Müller, S. 123 f.

39) Vergl. Arpo 3/19/12

40) Arpo 3/22/12

41) Ebenda

42) Vergl. Arpo 4/1/12; Arpo 4/2/10; Arpo 4/3/3.

43) Vergl. Arpo 4/7/12

44) Vergl. Arpo 4/10/10

45) Vergl. Arpo 4/18/12

46) Vergl. Arpo 4/22/2

Rudi Hanke über "Die Rechtsentwicklung des Bürgertums. Die Drohung mit dem Verbot der KPD. Hessen, Hamburg, Bremen - der erste Widerstand der Arbeiterschaft. Was weiter?"; diese Veranstaltung fand in Stuttgart statt ⁴⁷⁾. Im Jahre 1952 finden sich in der "Arbeiterpolitik" Hinweise auf drei Veranstaltungen: im Januar gab es in Stuttgart eine Lenin-Liebnecht-Luxemburg-Gedenkfeier ⁴⁸⁾; Anfang April sprach in Stuttgart Rudi Hanke über "Was bedeutet das sowjetische Friedensangebot? Bleibt die deutsche Arbeiterklasse Spielball der Großmächte?" ⁴⁹⁾, und im Juli referierte Heinrich Brandler über "Die politische Lage und die Aufgaben der Gruppe Arbeiterpolitik" in Nürnberg ⁵⁰⁾.

Daß die in der "Arbeiterpolitik" erwähnten Veranstaltungen nicht die einzigen waren, die die Gruppe in diesem Zeitraum durchführte, zeigte eine schriftliche Einladung zu einem Vortrag Heinrich Brandlers, der am Ende des Jahres in Hamburg den Vortrag "Die politische Lage und unsere zukünftigen politischen Aufgaben" hielt ⁵¹⁾. Einladungen wie diese waren nach einer Mitteilung Theodor Bergmanns üblich, während die Form der Einladung durch Anzeige in der "Arbeiterpolitik" nur selten verwandt wurde, weil die Veranstaltungen nicht so langfristig geplant wurden ⁵²⁾; nach dieser Auskunft haben die Mitglieder der Redaktion der "Arbeiterpolitik" regelmäßig in Stuttgart und Salzgitter, aber auch in Nürnberg, Hamburg und Bremen gesprochen, wobei die Referenten Brandler, Bolze, Bergmann und Hanke waren, zu denen gelegentlich noch einige andere kamen ⁵³⁾.

Das Interesse an den Veranstaltungen der Gruppe war sehr rege: aus Salzgitter sind Teilnehmerzahlen von bis zu 300 bekannt, die auch in Stuttgart erreicht wurden. Besondere Bedeutung hatten die Veranstaltungen dadurch, daß dort - wie auch in den Einladungen jeweils hervorgehoben wurde - eine "freie Aussprache" möglich war. Daß die Veranstaltungen der GAP durchaus Resonanz hatten, zeigte folgender Bericht in der "Arbeiterpolitik" von Anfang Dezember 1950 von einer Diskussion in

47) Vergl. Arpo 4/23/12

48) Vergl. Arpo 5/2/11

49) Vergl. Arpo 5/7/12

50) Vergl. Arpo 5/13/8

51) Vergl. Einladung im Besitz des Verfassers

52) Vergl. Th. Bergmann II, S. 10

53) Vergl. ebenda. - Neben den genannten GAP-Mitgliedern waren auch Hermann Jahn und Willy Böpplé als Referenten tätig; Böpplé stand allerdings nur kurze Zeit in Verbindung mit der GAP.

Bremen. Unter der Überschrift "Störversuche als Zeichen geistiger Armut" hieß es: "Zu unserer vierten öffentlichen Versammlung erschienen am Bußtag 150 Personen. Genosse Brandler sprach über die Krise der internationalen Arbeiterbewegung. Die KPD kam mit 30-40 Mann angerückt und zeichnete sich durch andauernde Zwischenrufe aus, deren Dummheit alles in den Schatten stellte, was die 'Partei neuen Typus' bisher fertigbrachte ... Nachdem er (der Anführer des Störtrupps d. V.) in der Diskussion sein Sprüchlein vorgebracht hatte, erhoben sich seine Getreuen und verließen den Saal mit ihm. So manchen unter ihnen mag es aufdämmern, daß sie die Sache zwar auftragsgemäß organisiert hatten, daß aber die Dürftigkeit ihrer Argumente auch durch noch so starkes Geschrei nicht zu verdecken ist. Das bisher versuchte Totschweigen unsere Gruppe ist der Parteileitung zu ihrem Leidwesen nicht mehr möglich." ⁵⁴⁾

6.4. Die örtlichen Gruppen der GAP

6.4.1. Einleitung

Wie bereits ausgeführt hatte die Arbeiterklasse Westdeutschlands im hier behandelten Zeitraum kaum Aktionen im nationalen Maßstab durchführen können, was sich nicht nur in einer Schwäche der Arbeiterbewegung niederschlug, die zur Folge hatte, daß die nach 1945 wiederaufgerichteten Hüllen der 1933 untergegangenen Arbeiterbewegung ihren Einfluß behaupten konnten, und die viele von der KPD enttäuschten Arbeiter in die SPD oder die Resignation trieb, sondern die Lähmung der Bewegung der Arbeiter hatte auch zur Folge, daß lokale Besonderheiten aus der Tradition oder aus örtlich begrenzten Kämpfen die vorhandene Arbeiterbewegung prägten. So bestand die GAP einerseits aus der Zeitschrift "Arbeiterpolitik" und andererseits aus einer Anzahl örtlicher Gruppen, die unter höchst unterschiedlichen Bedingungen arbeiteten. Während die "Arbeiterpolitik" die Aktivität der GAP im nationalen Rahmen wiedergibt oder besser gesagt: diese Aktivität zum großen Teil selbst war, sind die Informationen über die örtlichen Gruppen nur sehr lückenhaft und bei den einzelnen Gruppen höchst unterschiedlich in Umfang und Genauigkeit, was sich auch in der folgenden Darstellung niederschlägt. Deshalb kann die

54) Arpo 3/23/10

Länge der Ausführungen über die einzelnen Gruppen nicht als Gradmesser für die Bedeutung dieser Gruppen innerhalb der Gesamtgruppe und innerhalb der örtlichen Arbeiterbewegung genommen werden; die lokalen Gruppen, die im folgenden dargestellt werden sollen, wurden nach ihrer Bedeutung für die GAP ausgewählt, wie sie von damaligen Mitgliedern der GAP eingeschätzt wird.

6.4.2. Berlin

In Berlin hatte vor dem Sieg des Faschismus eine Gruppe der KPO bestanden, die dadurch noch an Gewicht gewann, daß die KPO-Reichsleitung ihren Sitz in Berlin hatte. Die Gruppe dürfte mehr als 200 Mitglieder gezählt haben, wozu noch eine Gruppe des Jugendverbandes kam ¹⁾; die Berliner Gruppe der KPO war Anfang 1932 stark davon betroffen worden, daß die sogenannte KPO-Minderheit die Organisation verließ und sich der SAP anschloß, wodurch die KPO in Berlin fast die Hälfte ihrer Mitglieder verlor ²⁾. Im Holzarbeiterverband, im Buchdruckerverband, im Schuhmacherverband und im DMV in Berlin hatte die Gruppe gewerkschaftliche Funktionen inne ³⁾. Nach 1933 verlor die Berliner Gruppe zunächst solche Mitglieder wie Brandler, Thalheimer und Bolze, die emigrieren mußten. 1937 wurde die Gruppe von einer Verhaftungswelle betroffen ⁴⁾.

Durch die Kriegseignisse mußten noch weitere Mitglieder der KPO Berlin verlassen, so daß 1945 nur noch eine kleine Gruppe in Berlin überlebt hatte. Hier schlossen sich die Mitglieder der ehemaligen KPO zunächst der KPD und dann der SED an; einer von ihnen war Richard Becker ⁵⁾, dessen Arbeit die GAP so beschrieb: "Nach 1945 beteiligte er sich am Aufbau des FDGB. Aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen als Gewerkschaftler und Betriebsarbeiter kam er bald in Konflikt mit den ehemaligen Reformisten und RGO - Leuten, die sich ganz den Anordnungen und Ratschlägen der Besatzungsoffiziere unterwarfen, und keine Kritik wagten. Als Mitglieder und Funktionär der KPD und späteren SED nahm er regen Anteil an der politischen Arbeit. Offen vertrat er seine Meinung gegen den neuen verhängnisvollen Kurs, der der deutschen Arbeiterklasse

1) Vergl. Tjaden: KPO, S. 121 und S. 143

2) Vergl. ebenda, S. 291

3) Vergl. ebenda, S. 226; Arpo 5/14/9

4) Vergl. Tjaden: KPO, S. 324 f; Arpo 5/14/9

5) Vergl. die Kurzbiographie Richard Becker im Anhang

unnötige Opfer auferlegt und den Kommunismus diskreditiert. Da er gegen die Bürokratie mit rücksichtsloser Schärfe auftrat und die Folgen ihrer Politik vor den Parteimitgliedern aufzeigte, zog er sich den besonderen Zorn der Kreisleitung des Bezirks Kreuzberg und der Berliner Landesleitung zu. Ihre Vorladungen zu Kreuzverhören lehnte er strikte ab und trat 1950 aus der SED aus. Der Bürokratie blieb es überlassen, ihn nachträglich auszuschließen. Nach seinem Ausschluß trat der größte Teil seiner Wohngruppe aus der Partei aus " 6).

Die Probleme kommunistischer Politik in Berlin spiegelten sich in der "Arbeiterpolitik" wieder. Unter der Überschrift "Der Ausweg für die Berliner Arbeiter" 7) analysierte die Gruppe 1950 die Lage der Arbeiterbewegung in Berlin: "Die Grenze zwischen der sozialistischen und kapitalistischen Welt geht mitten durch Deutschland und Berlin. Daher sind hier alle Gegensätze in klarster, potenziert, handgreiflichster Form, weil direkt nebeneinandergestellt" 8). So hatten die Arbeiter in beiden Teilen Berlins im Grunde dieselbe Entwicklung durchgemacht, "die Arbeiter Ost- und Westberlins sind genau dieselben" 9), und trotzdem "war die SED so völlig einflußlos in Westberlin, hat aber die 'Macht' in Ostberlin" 10), denn in Ostberlin konnte die Sowjetunion der SED die Macht "borgen", die die SED und die Arbeiter nicht selbst hervorbringen konnten. Zwar stand für die GAP - bei aller Kritik an der UdSSR - fest, daß sie "die geschaffenen Grundlagen sozialistischer Wirtschaftsordnungen schützen" 11) würde, doch die GAP betonte weiter: "Gut, aber können sich Kommunisten damit zufriedengeben?.... Wenn - was Tatsache ist - das deutsche Proletariat 1945 noch kein revolutionärer Faktor war, daher die SU uns 'befreit' hat, so ist es eben die dringendste Aufgabe, das Proletariat zum revolutionären Faktor zu machen. Dazu muß man sich und den Arbeitermassen diese Aufgabe klar und offen aussprechen Aber anstatt den Arbeitern die Wahrheit zu sagen, versteckt man sich

6) Arpo 5/14/9

7) Arpo 3/3/4

8) Ebenda

9) Ebenda

10) Ebenda

11) Arpo 3/3/5

hinter Fiktionen und Phrasen, hinter faulen allgemein-demokratischen Losungen, die am Ende von der SPD gegen die SED ausgenützt werden" ¹²⁾

Demgegenüber trat die GAP für eine "offene kommunistische Politik" ¹³⁾ ein, um damit die der SPD anhängenden Arbeiter zu gewinnen. Den Anfang dazu sah die Gruppe darin, "die ganze ungeschminkte Wahrheit zu sagen. Schluß mit der Politik der Fiktionen, der demokratischen Phrasen, der künstlichen Schaffung von Blockparteien, der juristischen Tarnung revolutionärer Enteignungen. Sagt den Arbeitern die Wahrheit und ihr werdet sie gewinnen" ¹⁴⁾. Die GAP fragte sich: "Wer hindert die SED daran? Die SU? Wenn ja, wäre es die Pflicht der Kommunisten, es dennoch zu tun, auch im Interesse der SU" ¹⁵⁾. Die GAP versuchte, diese Pflicht der Kommunisten zu erfüllen, die die SED vernachlässigte, doch dieser "Ausweg ist nicht so einfach und mühelos, wie das ständige Sich-Verlassen auf russische Hilfe. Er ist mühsam, dafür aber der einzige, der zum Erfolg führt..." ¹⁶⁾.

Bereits die Wahlen in den Westsektoren Berlin vom Dezember 1948 hatte die GAP kommentiert: "Die Berliner Wahlen zeigen noch deutlicher als die Wahlen im Westen, daß die Kommunisten teuer dafür bezahlen müssen, wenn sie auf eine selbständige Politik verzichten und sich nur als ausführendes Organ der russischen Besatzungspolitik betätigen... (denn d. V.) ... diebeste Hilfe für den reaktionären Sieg hat die SED-Politik und die dafür verantwortliche russische Besatzungspolitik geliefert" ¹⁷⁾.

Hatte die SPD 1948 noch 64,5 % der Stimmen erhalten, so sank ihr Anteil bei der Wahl 1950 auf 44,7 %, während die offiziellen bürgerlichen Parteien entsprechend anstiegen ¹⁸⁾. Die SED konnte mit ihrer Parole des Wahlboykotts keinen Einfluß gewinnen. "Dabei gäbe es in Westberlin genügend Ansatzpunkte für eine kommunistische Politik: 326 000 Erwerbslose bei 1,8 Millionen Einwohner, Riesenkredite für die Unternehmer, Kriegspropaganda des Oberbürgermeisters Reuter ... Wenn die SED trotz dieser offenkundigen Tatsachen keinen Anklang findet, so ist der

12) Ebenda

13) Arpo 3/3/7

14) Arpo 3/3/6

15) Arpo 3/3/5

16) Arpo 3/3/7

17) Arpo 2/2/5

18) Vergl. Arpo 3/24/10

Grund der, daß sie keine kommunistische Politik zu betreiben versteht"¹⁹
Dabei konnte die GAP dann einen immer deutlicher werdenden Zug der SED/KPD benennen und kritisieren, der auf Jahre hinaus die Politik dieser Parteien bestimmen sollte: "Statt die Dinge in Westberlin anzu- packen und den dortigen Arbeitern zu sagen, wie sie gegen die Kapitalisten kämpfen sollen, besteht die ganze Taktik der SED in der 'Popolarisierung der Erfolge der DDR und Ostberlins' Tatsächlich geht es in der Ostzone aufwärts, wenn auch langsam. Aber selbst wenn es schneller gehen würde, wäre das allein natürlich kein Mittel, um die westberliner und westdeutschen Arbeiter zu gewinnen. Sie für den Kommunismus gewinnen, kann man nur durch kommunistische Politik in Westberlin und Westdeutschland"²⁰⁾.

Für die GAP war "die SPD-Politik ... die Politik der Katastrophe im Dienste des USA-Imperialismus ... Die SPD will die kapitalistische Einheit Deutschlands. Die SED genießt kein Vertrauen bei den Arbeitern... Also steht vor den westberliner Arbeitern die Aufgabe, die Schaffung einer revolutionären Partei vorzubereiten, um unter ihrer Führung den sozialistischen Ausweg zu erkämpfen"²¹⁾. Zwar drängten nach Meinung der GAP "gerade die auf die Dauer unerträglichen Verhältnisse in Berlin ... auf diese revolutionäre, sozialistische Lösung"²²⁾, doch Ende 1950 mußte die GAP feststellen: "Westberlin - ehemals rot - wählt bürgerlich"²³⁾.

In einem Artikel zum 1. Mai 1951 mußte die Gruppe konstatieren, daß "die Koalitionspolitik der Führer der Sozialdemokratischen Partei die Arbeiterschaft in Fesseln"²⁴⁾ hielt bzw., daß die Arbeiterschaft sich dadurch in Fesseln halten ließ. "Es gibt noch keine Kraft, die bei der besonderen Lage Berlins der Arbeiterklasse einen Ausweg zeigen kann"²⁵⁾, war das traurige Resumee. Anfang November 1951 sah die GAP die Lage so: "Die Stimmung der Arbeiter ist kämpferisch, wie die Streikabstimmung der Transportarbeiter zeigt. Aber wie in Westdeutschland ist die reformistische DGB-Führung noch unumschränkt Herrin der Organisation,

19) Ebenda 20) Ebenda

21) Arpo 3/24/10 f

22) Arpo 3/24/11

23) Arpo 3/24/10

24) Arpo 4/10/11

25) Ebenda

weil keine organisierte Opposition vorhanden ist" ²⁶⁾. Der Angriff der bürgerlichen Parteien auf die einheitliche achtjährige Grundschule rief Widerstand in den Arbeiterbezirken hervor, doch dieser Widerstand war "sporadisch und unorganisiert, außer in Neukölln, wo tüchtige Kommunisten die SPD-Arbeiter mitgezogen haben" ²⁷⁾. Die GAP faßte die Lage so zusammen: "Auch hier hätte eine selbständige kommunistische Politik eine Möglichkeit anzupacken. Noch ist Berlin das Probierfeld des kalten Krieges der zwei großen Blocks und die Berliner Arbeiter im besonderen Maße Gegenstand der Propaganda und der liebenden 'Unterstützung', weil sie noch keine Organisation haben, die ihre Interessen gegenüber allen Besatzungsmächten in den Vordergrund stellt" ²⁸⁾. Der Bericht vom 1. Mai 1952 mußte feststellen, daß in Westberlin rund eine halbe Million Teilnehmer an der Kundgebung zu verzeichnen war, obwohl "auf die Klassenforderung der Arbeiterschaft fast ganz verzichtet" ²⁹⁾ wurde. Durch die politische Lage in Westberlin kam es dazu, daß es in der dortigen Gruppe der GAP "eigentlich nur um politische Debatten ging und kaum irgend eine politische Aktivität entfaltet werden konnte" ³⁰⁾, zumal hier auch betriebliche oder gewerkschaftliche Positionen aus der Zeit von vor 1933 nicht wieder eingenommen werden konnten, so daß die Gruppe sehr stark auf sich gestellt war. Die wenigen Ansätze von Bewegung in der Arbeiterschaft konnten angesichts der allgemeinen politischen Situation nicht soweit getrieben werden, wie es zur Lösung der abstrakt erkannten Aufgabe notwendig gewesen wäre. Die in Westberlin besonders ausgeprägte Staatsreligion des Antikommunismus und die Apathie der Arbeiter erstickten jeden Versuch kommunistischer Politik im Keim. Durch die politische Lage in Berlin, wo die die deutschen Arbeiter abstoßende Besatzungspolitik der UdSSR von den Sozialdemokraten besonders genutzt wurde, um gegen die KPD/SED, die Sowjetunion und dem Kommunismus überhaupt Front zu machen, blieben hier die Versuche der GAP, für den Kommunismus noch zu retten, was zu retten war, besonders erfolglos. Wenn es über Richard Becker in der "Arbeiterpolitik" hieß: "Seine Warnungen waren leider umsonst..." ³¹⁾, so galt das für die ganze Gruppe der GAP in Berlin.

26) Arpo 4/21/10 27) Ebenda 28) Ebenda 29) Arpo 5/10/6

30) Th. Bergmann I, S. 20 31) Arpo 5/14/9

6.4.3. Bremen

In Bremen hatte es vor 1933 eine Gruppe der KPO gegeben, die etwa 100 Mitglieder gezählt haben dürfte¹⁾; diese Ortsgruppe war – wie die Gruppe in Berlin, wenn auch nicht ganz so stark – vom Übertritt der KPO-Minderheit zur SAP betroffen worden²⁾. Die SAP hatte in Bremen einigen Einfluß unter der Arbeiterjugend; als die SAP unter aktiver Mitarbeit von ehemaligen Funktionären der SAJ in Bremen gegründet worden war, trat der damalige SAJ-Vorsitzende in Bremen, Robert Meyer, mit rund 500 Mitgliedern dieser sozialdemokratischen Jugendorganisation zur SAP bzw. SJV über³⁾.

Nach Kriegsende schlossen sich sowohl die Angehörigen der KPO als auch ein Teil derjenigen, die von der KPO zur SAP gegangen waren, und derjenigen, die von der Sozialdemokratie zur SAP gekommen waren, der KPD an. Während einige dann über die KPD bald zu SPD stießen wie z.B. Adolf Ehlers⁴⁾, und ein ehemals führender KPO-Mann wie August Enderle als Gewerkschaftsredakteur einer Bremer Tageszeitung sich ebenfalls vom Kommunismus abwandte⁵⁾, sammelten sich bald einige ehemalige Mitglieder der KPO wie Theodor Cavier⁶⁾ und ehemalige SAP-Leute zu einer Gruppe der GAP in Bremen⁷⁾. Die Arbeit dieser Gruppe veranlaßte die KPD im November 1947 in ihrem Funktionärsorgan in Bremen folgendes zu äußern: "Sie schimpfen jetzt besonders über den Marshallplan bzw. den Industrieplan. Sie schimpfen über alle Besatzungsmächte, sie schimpfe über die Demontage es wird der Versuch unternommen, die Mitglieder der beiden Arbeiterparteien, die Arbeiter in den Betrieben gegen die Besatzungsmacht zu mißbrauchen..."⁸⁾.

Bereits 1946 hatte die Gruppe in Bremen über Th. Bergmann Kontakt zu den anderen örtlichen Aktivitäten der gleichen Richtung bekommen⁹⁾ und

1) Vergl. Tjaden: KPO, S. 120 f

2) Vergl. ebenda, S. 291

3) Vergl. Meyer I, S. 1. – Bei der SAJ in Bremen blieben damals ganze acht Mitglieder!

4) Vergl. Weber II, S. 103; vergl. auch Kurzbiographie Adolf Ehlers im Anhang.

5) Vergl. Weber II, S. 109

6) Vergl. Kurzbiographie Theodor Cavier im Anhang

7) Vergl. Th. Bergmann I, S. 11; Th. Bergmann II, S. 12; Th. Bergmann III, S. 26.

8) Zitiert nach Thalheimer: Potsdam, S. 4, (Vorwort).

9) Vergl. Th. Bergmann I, S. 2 f

beteiligte sich aktiv an der weiteren Arbeit der GAP, was sich auch in regelmäßigen Berichten in der "Arbeiterpolitik" und in der "Norddeutschen Arbeiterstimme" niederschlug; so finden sich 1951 10 Berichte oder Artikel zu Ereignissen in Bremen in der "Arbeiterpolitik". Neben Berichten zur Entwicklung in den Parteien SPD und KPD handelte es sich um Berichte über betriebliche und gewerkschaftliche Ereignisse, vor allen bei den Hafenarbeitern und den Metallarbeitern. So gab es Berichte über "Entlassungen und Lohndruck im Bremer Hafen" ¹⁰⁾; die Streikbewegung der Hafenarbeiter Ende 1951 wurde in zwei Artikeln untersucht ¹¹⁾.

Die Berichte, die sich mit Aktionen im Automobilwerk Borgward befaßten, sollen hier zur Verdeutlichung der Lage der Arbeiterbewegung in Bremen referiert werden. Im Herbst 1950 hatte die IG Metall in Bremen einen Tarifvertrag abgeschlossen, der eine Lohnerhöhung um 9 Pf pro Stunde erbracht hatte. Dieses Ergebnis hatte sie zur Urabstimmung gestellt, wo es angenommen wurde, d. h. "die erforderliche 75 prozentige Mehrheit für den Streik kam ... nicht zustande, da die Abstimmungsergebnisse der Borgward-Betriebe sehr ungünstig ausfielen" ¹²⁾. Wenn es in der "Arbeiterpolitik" hieß: "Der Grund dieser 'mangelhaften Kampfbereitschaft' der Arbeiter war die skandalöse Vorbereitung der Urabstimmung durch die Gewerkschaftsinstanzen" ¹³⁾, so klingt das zuerst so, als wollte die GAP der IG Metall-Führung die fehlende Aktivität der Arbeiter anlasten, doch im weiteren wurde in dem Artikel ausgeführt, durch welche Maßnahmen die IG Metall die Urabstimmung negativ beeinflusst hatte. Hatte sich die von Sozialdemokraten beherrschte Ortsverwaltung der IGM zunächst durchgesetzt und einen Abschluß ohne Kampfmaßnahmen durchdrücken können - die Gründe für diese Politik sollen hier nicht erörtert werden -, so wurde sie durch die "Enttäuschung und Erbitterung gezwungen, diesen Tarif zum 31. Januar 1951 zu kündigen" ¹⁴⁾. Nachdem die IG Metall erfolglos verhandelt hatte, gab sie die Empfehlung, "in der

10) Vergl. Arpo 2/8/8 ff

11) Vergl. Arpo 4/21/4 f und Arpo 4/22/4 f.

12) Arpo 4/5/1

13) Ebenda. - Borgward war eine Automobilfabrik, die in Bremen die Werke Sebaldsbrück, Goliath und Lloyd betreiben ließ.

14) Ebenda

Frühstückspause in den Borgward-Werken Ressortsversammlungen einzuberufen und diese über die Pause hinaus 'etwas in die Länge zu ziehen' " ¹⁵⁾; durch diese Aktion sollten die Unternehmer der Metallverarbeitung an den Verhandlungstisch gebracht werden. Bereits einen Tag vor der Aktion der IG Metall kam es in einem Borgward-Betrieb (Goliath) zu Arbeitsniederlegungen; am nächsten Tag kam es in einem anderen Borgward-Betrieb (Sebaldsbrück) zu der geplanten Ressortsversammlung, die sich auf den ganzen Vormittag ausdehnte und wo die Belegschaft folgende Forderungen erhob: "35 Pf. Stundenlohnerhöhung und 40 DM Lohnausgleich für jeden mit Verhandlungen vertrödelten Monat" ¹⁶⁾. Die Situation schilderte die "Arbeiterpolitik" so: "Es herrschte Kampfstimmung, wie sie bei Borgward noch nie erlebt wurde... Die Belegschaft blieb an Ort und Stelle, um auf die Antwort zu warten, d.h. sie trat in den Sitzstreik" ¹⁷⁾. Der Versuch der Firmenleitung, die Arbeiter durch Drohungen zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, blieb erfolglos. Den Betriebsräten der Borgward-Werke gelang es, die IG Metall, deren Konzept einen Streik nicht vorgesehen hatte, zur Anerkennung dieser Aktion als gewerkschaftlicher zu bewegen ¹⁸⁾. Durch die Anerkennung des gegen ihren Willen entstandenen Streiks gelang es der IG Metall, die Aktion in den Griff zu bekommen; die Streikleitung wurde nicht mehr direkt von der Belegschaft, d.h. von ihren organisierten Teilen, gewählt, der Sitzstreik bei Borgward wurde am nächsten Tag nicht fortgesetzt, eine Generalversammlung aller Streikenden kam nicht zustande. Am Tag nach Streikbeginn bei Borgward weitete sich die Aktion auf zwei andere Metallbetriebe aus, so daß insgesamt 12 000 Arbeiter im Kampf standen, dreiviertel davon bei Borgward ¹⁹⁾. In einer Vertrauensleuteversammlung schaffte es die IGM-Ortsverwaltung, die Forderungen der Borgward-Arbeiter vom Tisch zu bringen und an deren Stelle eine Forderung von 20 Pf. pro Stunde zu setzen. Ein erstes Angebot der Unternehmer von 10 Pf. wurde in

15) Ebenda

16) Ebenda

17) Ebenda

18) Dies war umso leichter, als die IG Metall an keinen Tarifvertrag gebunden war, weil zum Zeitpunkt des Streikes bereits zwei Wochen ein tarifloser Zustand herrschte.

19) Vergl. Arpo 4/5/2

einer Urabstimmung deutlich abgelehnt, doch bevor es zu einem Streik für ganz Bremen kam, einigte sich die IGM mit den Unternehmern auf eine Lohnerhöhung von 16 Pf. ²⁰⁾; dieses Ergebnis wurde sowohl von den Vertrauensleuten als auch durch eine erneute Urabstimmung von den Gewerkschaftsmitgliedern akzeptiert.

Die "Lehren des Streiks" sah die GAP in folgendem: "Der Streik hat ohne jeden Zweifel das Kraftbewußtsein der gesamten, nicht nur der streikenden Arbeiterschaft, gestärkt" ²¹⁾. Zwar hatte die Belegschaft eines Werkes - Sebaldsbrück - die Kraft, die IG Metall zum Kampf zu zwingen, hatte aber nicht die Kraft, danach die Initiative zu behalten, die sofort an die IGM überging. Die Arbeiter in Sebaldsbrück hatten "instinktiv richtig handelnd den ersten Schritt zur Betriebsbesetzung getan, indem sie am ersten Streiktag den Sitzstreik durchführten" ²²⁾, doch hielten sie die begonnene Aktion nicht durch, was auch hieß, daß die bewußten Arbeiter zu schwach waren, um das instinktiv Unternommene bewußt zu machen und weiterzuführen. Dadurch kam der Unternehmer Borgward in die Lage, "die Arbeiter an ihrer schwachen Seite mit der Hungerpeitsche" ²³⁾ anzugreifen. Dagegen "müssen die Arbeiter die Unternehmer an ihrer schwachen Stelle fassen. Und diese ist der Betrieb. Eine einigermaßen organisierte Kraft hätte sich bei Borgward durch die Betriebsbesetzung... ein Faustpfand sichern können, das von ganz anderem Gewicht ist als der alleinige Ausstand" ²⁴⁾.

Den Grund dafür, daß die vorwärtsweisenden Momente dieses Streiks nicht zum Tragen kamen, sah die GAP in folgendem: "Wenn es dazu nicht gekommen ist, so lag das ausschließlich am Fehlen einer bewußten, klar-sichtigen Gewerkschaftsopposition" ²⁵⁾. Die Folge: "Die Mitbestimmungsapostel der IG Metall-Führung konnten durch die Anerkennung des Streikes die Streikleitung an sich reißen und ihm ihr Gepräge geben" ²⁶⁾. Doch die GAP sah die Möglichkeit, über diese Lage hinwegzukommen, in der sich die Gewerkschaftsführung kurzfristig an die Spitze einer Aktion stellen konnte, um sie dann systemimmanent abzubiegen. Nach Auffassung der

20) Vergl. ebenda. - Der Stundenlohn für gelernte Arbeiter lag - einschließlich dieser Erhöhung - bei 1,40 DM.

21) Ebenda

22) Arpo 4/5/3

23) Ebenda

24) Ebenda

25) Ebenda

26) Ebenda

GAP hatten die Arbeiter "das Gefühl, daß die alleinige Lohnaktion letzten Endes leerlaufen müsse" ²⁷⁾. "Wichtig im Stimmungsbild waren überall zu hörende Aussprüche der Streikenden wie: 'Man müßte Riesenaktionen gegen die Preissteigerungen durchführen!', 'Die Gewerkschaften müßten mit einem Generalstreik die Regierung zwingen, die Preise zu senken!', ... Die Stimmungen sind gute Ansatzpunkte für die Propagierung der 'Preis-kontrolle durch Ausschüsse der Werktätigen'. Das Fühlen, daß nur Massenaktionen etwas gegen die Preissteigerungen erreichen können, muß dahin gelenkt werden, daß die Massen sich zum selbständigen Eingreifen in die Wirtschaft organisieren müssen" ²⁸⁾. Diese Propaganda sollte auf die für die Arbeiterkontrolle der Produktion hinauslaufen, doch um dahin zu kommen, war "die erste Aufgabe: Organisierter Zusammenschluß der klassenbewußten Gewerkschafter innerhalb der Industriegewerkschaften, um der kampfgewillten Arbeiterschaft eine ebenso kampfgewillte Führung zu schaffen" ²⁹⁾. Diese Aufgabe war nicht gelöst, und es mußte sich zeigen, ob die Kampfbereitschaft der Arbeiter ausreichte, eine entsprechende Führung zu schaffen.

Die Auswirkungen des Streikes waren allerdings nicht so, daß die Einschätzung der GAP bestätigt wurde. Zwar zeigte sich, daß der reine Lohnkampf enge Grenzen hatte, denn bei Borgward setzten sofort nach dem Streik die Versuche ein, das Arbeitstempo zu steigern, doch "bis jetzt ist von einer Abwehr dieser Machenschaften noch nicht viel zu merken" ³⁰⁾. Bei den Betriebsratswahlen im Borgward-Betrieb Goliath sprachen die Arbeiter "trotz der Sabotage und Unfähigkeit während des Streikes dennoch den SPD-Leuten ihr Vertrauen aus ..." ³¹⁾ und wählten 12 Sozialdemokraten in den 15 köpfigen Betriebsrat ³²⁾. Im Juli 1951 mußte die "Norddeutsche Arbeiterstimme" "Massenentlassungen bei Borgward in Bremen" ³³⁾ melden, die etwa ein Viertel der Belegschaft betrafen. Zwar versuchten die Landesregierung und der von Sozialdemokraten geführte Betriebsrat, die Situation zu verschleiern, denn "sie fürchteten eine Wiederholung des Kampfes vom Februar. (Doch d. V.)

27) Ebenda 28) Ebenda 29) Ebenda

30) Arpo 4/6/11

31) Nd. Arsti 1/4/4

32) Dazu kamen zwei Unabhängige und ein KPD-Betriebsrat

33) Nd. Arsti 1/6/2

tatsächlich kam es nur zu Einzelaktionen, eine einheitliche, organisierte, geschlossene Aktion gegen die Entlassungen blieb aus... Im Ganzen ist zu sagen, daß eine gewisse Kampf Stimmung vorhanden war, diese sich aber in individuellen, spontanen Reaktionen Luft machte, weil eine wirkliche organisierende Führung fehlte" ³⁴⁾. Die KPD konnte diese Führung nicht geben, denn "es ist erstens die Gesamtpolitik der Kommunistischen Partei, mit der sie sich das Vertrauen des Proletariats verschert hat und die sie in die totale Isolierung getrieben hat. Dazu kommt zweitens die ungenügende Politik in diesem einzelnen konkreten Falle" ³⁵⁾, wo die KPD-Betriebsgruppe die Gekündigten dazu aufgerufen hatte, die Annahme der Kündigung zu verweigern, was die GAP so kritisierte: "Das bedeutet praktisch eine Spaltung der Belegschaft, denn die Losung beschränkt sich nur auf die entlassenen Kollegen und erfaßt nicht die Gesamtbelegschaft. Hier mußte die Gesamtbelegschaft mobilisiert werden unter der Losung der Herabsetzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich" ³⁶⁾, doch konnte die GAP bei Borgward die zur Durchsetzung dieser Forderung erforderlichen Kräfte nicht aktivieren, so daß sie abschließend feststellen mußte: "Die Borgward-Belegschaft hat schon einmal die Zähne gezeigt und gesiegt. Sie wird das Bewußtsein ihrer Kraft nicht umsonst zurückgewonnen haben. Aber auch die fortschrittlichsten Elemente innerhalb der Belegschaft müssen begreifen, daß die Organisation eines Kaders, der kommenden Kämpfe eine klare Richtung gibt, eine unausweichliche Notwendigkeit ist" ³⁷⁾. Die nächsten Schläge der Borgward-Geschäftsleitung, nämlich ein neues Akkord-System und die Durchsetzung eines "freiwilligen" Verzichtes der Belegschaft auf die Erstattung der Fahrtkosten zum Arbeitsplatz demonstrierte den Arbeitern "wieder einmal schmerzhaft ..., daß sie auf nichts anderes bauen können, als auf ihre eigene Kraft, die es einzusetzen gilt" ³⁸⁾, doch bis auf Widersprüche innerhalb der SPD-Betriebsgruppe, deren Mitglieder im Betriebsrat mehrheitlich den Angriffen der Geschäftsleitung zugestimmt hatten, konnte die "Norddeutsche Arbeiterstimme" keine Aktivitäten melden.

34) Ebenda

35) Ebenda

36) Ebenda

37) Ebenda

38) Nd. Arsti 1/7/4

Erst Anfang Mai 1952 kam es zu neuen Aktionen bei Borgward, die die "Arbeiterpolitik" unter der Überschrift "Goliath-Arbeiter setzen sich durch" schilderte ³⁹⁾. Einige Abteilungen des Goliath-Werkes traten in den Streik, als tariflich vereinbarte Leistungszulagen nicht in der vollen Höhe bezahlt wurden. Zwar streikte "in der Frühschicht... die eine Abteilung aus Solidarität für die andere, die Spätschicht und die Nachtschicht aus Solidarität für die Frühschicht" ⁴⁰⁾, doch es gelang der Betriebsleitung, die streikenden Abteilungen so weit zu isolieren, daß andere Werkteile nichts vom Streik erfuhren. Da weder der Betriebsrat noch die IG Metall die Aktion unterstützten, waren die Streikenden auf sich gestellt, was ihre Schwäche aufdeckte, "die mangelhafte Organisation. Keiner wußte, was für Forderungen gestellt waren" ⁴¹⁾. Als die Unternehmensleitung ein minimales Angebot machte und am nächsten Tag die Arbeiter aus den bestreikten Abteilungen aussperrte, "weil sie den mangelnden organisatorischen Rückhalt der Aktionen erkannt hatte" ⁴²⁾, mußten die Arbeiter nachgeben und die Arbeit wieder aufnehmen. Danach zog die Unternehmensleitung ihre Zugeständnisse wieder zurück, was eine andere Abteilung, die sich vorher nicht am Streik beteiligt hatte, zur Arbeitsniederlegung brachte. Sie streikte "für die Wiederanerkennung des spärlichen Kampfergebnisses. Daraufhin erneut Verhandlungen, und der Unternehmer, der doch die Kampfbereitschaft der Proleten unterschätzt hatte, fiel um" ⁴³⁾, so daß doch noch ein kleiner materieller Erfolg erreicht wurde.

Zwar versuchte die KPD, die Arbeiter zu unterstützen, doch ihr Flugblatt, das nach dem Streik und nach einer darauf folgenden Betriebsversammlung erschien, enthielt so viele sachliche Unrichtigkeiten, daß es für die Arbeiter keine Hilfe war. Zur Betriebsversammlung mußte die "Arbeiterpolitik" feststellen: "Kein einziger Kollege versuchte, die Haltung des reformistischen Betriebsratsvorstandes und der Gewerkschaftsbürokratie kritisch zu beleuchten. Kein einziger Kollege zeigte die Mängel in der Organisation der Bewegung auf..." ⁴⁴⁾. Dazu war demnach auch die GAP nicht in der Lage, die zwar die Aktionen darstellen und analysieren konnte, ohne jedoch die Kraft zu haben, die Einsichten selbst umzusetzen, so daß sie in der Rolle des Ratgebers verblieb: "Im ganzen zeigt die Bewegung

39) Arpo 5/11/9 40) Ebenda 41) Ebenda 42) Arpo 5/11/10

43) Ebenda 44) Ebenda

der Goliath-Arbeiter, daß die Arbeiterschaft teilweise schon bereit ist, auch ohne ihre Gewerkschaftsfunktionäre zu kämpfen, andererseits aber zeigte sie, daß die Arbeiter es erst noch lernen müssen, einen Kampf allein zu organisieren. Dabei müssen sie in Zukunft die Gewerkschaftsorganisation ausnutzen, d. h. sie müssen die Vertrauensmänner einsetzen und über diese den Betriebsrat, wenn er nicht spurt, unter Druck setzen" ⁴⁵⁾.

Am 1. Mai 1952 nahmen zwar mehr Arbeiter als in den Jahren davor an der Demonstration teil, doch "man trottete dahin, ohne daß von einer Kampfstimmung etwas zu spüren war. Nur die Hafen- und Werftarbeiter hatten den guten Geschmack, die rote Fahne zu tragen" ⁴⁶⁾. Wie wenig Aktivität von den Arbeitern und ihren Organisationen ausging, zeigte eine von der Deutschen Partei veranstaltete "Deutsche Maifeier", die unbehelligt stattfinden konnte" ⁴⁷⁾.

Die Potestaktion des DGB gegen das Betriebsverfassungsgesetz wurde Anfang Juni 1952 in Bremen "die größte Kundgebung seit 1945" ⁴⁸⁾; zu dieser Mobilisierung der Arbeiter hatten nach Auffassung der GAP vor allem die Gegenaufrufe der Unternehmerverbände beigetragen. "Im krassen Gegensatz zu dieser Bereitschaft der Massen stand das, was die reformistische Gewerkschaftsführung mit dieser Kampfbereitschaft anzufangen wußte" ⁴⁹⁾, nämlich nichts, doch die Reaktion der Arbeiter drückte sich darin aus, daß "in zunehmendem Maße die unbefriedigten Teilnehmer abzumarschieren begannen" ⁵⁰⁾, so daß die Gewerkschaften die Aktion unbestritten im Griff behielten.

Die Lage der Bremer Arbeiterbewegung, wie sie in der "Arbeiterpolitik" und in der "Nörddeutschen Arbeiterstimme" dargestellt wurde, war zwar einerseits durch eine sporadisch auftretende Kampfbereitschaft und auch Kampftätigkeit der Arbeiter gekennzeichnet, ohne daß sich andererseits die Kräfte entwickelt hätten, die organisierend wirken konnten und die Gewerkschaftsspitzen längerfristig unter Druck gesetzt hätten; diese

45) Ebenda

46) Arpo 5/10/7

47) Vergl. ebenda

48) Arpo 5/12/10

49) Ebenda

50) Ebenda

51) Vergl. auch Teil 8 dieser Arbeit.

konnten sich ohne eine aktive Arbeiterbewegung halten, während die Mitglieder der GAP in Bremen ohne diese Aktivität von unten nur sehr beschränkte Möglichkeiten politischer Arbeit hatten, wenn sie auch die Verbindungen zu den wenigen Aktionen halten konnten, so daß die Gruppe in Bremen nicht zum bloßen Diskussionszirkel wurde, wie die Entwicklung der Gruppe auf längere Sicht zeigen sollte ⁵¹⁾.

6.4.4. Frankfurt und Offenbach

In diesem Gebiet hatte die KPO großen Anhang gehabt, besonders in Offenbach. Hier erzielte die KPO bei Kommunalwahlen vor 1933 viermal so viele Stimmen wie die KPD ¹⁾; bei der Wahl zum Landtag in Hessen erhielt sie fast 15 000 Stimmer oder 1,9 %, wobei sie in Offenbach 9 000 Stimmen erzielte, was einem örtlichen Anteil von 18 % entsprach ²⁾. Für die KPO wurde Heinrich Galm 1931 in den Landtag Hessens gewählt ³⁾. Die KPO zählte in Frankfurt und Offenbach und Umgebung über 500 Mitglieder ⁴⁾, von denen über die Hälfte im April 1932 die KPO verließen und sich der SAP anschlossen, unter ihnen Heinrich Galm ⁵⁾.

Als nach dem Kriege Th. Bergmann die verschiedenen Orte aufsuchte, in denen vor dem Sieg des Faschismus KPO-Gruppen bestanden hatten, nahm er auch Verbindungen in Frankfurt auf. Über Philipp Pless, der 1932 bei der KPO geblieben war, bekam er auch Kontakt zu H. Galm, der damals bereits die "Arbeiter-Partei (Sozialistische Einheits-Partei)" in Offenbach gegründet hatte ⁷⁾, der sich auch Pless anschloß. Die Gruppe, die auch eine Zeitschrift mit dem Titel "Arbeiter-Partei" herausgab, entwickelte in Offenbach eine beachtliche Stärke; die AP zählte bis zu 500 Mitglieder und erreichte bei der Kommunalwahl ihren höchsten Stand im April 1948 mit fast 20 % der Stimmen ⁸⁾. Die Bemühungen von

1) Vergl. Tjaden: KPO, S. 232

2) Vergl. Drechsler: SAP, S. 202 und S. 268 f

3) Vergl. Tjaden: KPO, S. 233. Siehe auch die Kurzbiographie Heinrich Galm im Anhang.

4) Vergl. Tjaden: KPO, S. 120 f

5) Vergl. ebenda, S. 291 ff

6) Vergl. die Kurzbiographie Philipp Pless im Anhang

7) Vergl. Tjaden: KPO, Teil II, S. 6; Drechsler: SAP, S. 36; Weber II, S. 131

8) Vergl. Drechsler: SAP, S. 361

Seiten der sich bildenden Gruppe Arbeiterpolitik, Kontakte mit der AP herzustellen, scheiterten, weil Pless in der GAP keine Perspektive sah und sich auf die Galmsche AP konzentrierte⁹⁾.

Eine kleine Gruppe ehemaliger KPO-Mitglieder in Frankfurt schloß sich der GAP an¹⁰⁾. In Offenbach spaltete sich 1951 eine größere Gruppe von der KPD ab und nahm Verbindung zur GAP auf. Diese Gruppe in Offenbach ist ein Beispiel dafür, daß Mitglieder der KPD, die vorher nichts mit der KPO zu tun gehabt hatten, eher durch den Weg der "Gal-misten" noch davon abgeschreckt worden waren, den Weg zu GAP fanden. Allerdings konnte die Gruppe in Offenbach nicht auf Dauer stabilisiert werden; da hier die alten KPO-Mitglieder fehlten, die auch ohne zentrale Anweisung die jeweiligen Aufgaben bestimmen konnten, fiel hier sehr stark ins Gewicht, daß die GAP als Gruppe im nationalen Maßstab über keine ausreichende politische Leitung verfügte, die ein organisiertes Heranführen der Offenbacher Gruppe an die Positionen der GAP hätte leisten können¹¹⁾.

Berichte in der "Arbeiterpolitik" aus Frankfurt und Offenbach tauchten erst 1951 auf und wurden 1952 zahlreicher. Die Berichte vom 1. Mai 1952 zeigten ein eher düsteres Bild des Zustandes der örtlichen Arbeiterbewegung: in beiden Orten waren die Teilnehmerzahlen an den Demonstrationen und Kundgebungen gering, in Offenbach war sie um 2/3 zurückgegangen¹²⁾. Mit diesem Fernbleiben drückten die Arbeiter ihre Enttäuschung über das Verhalten der IG Metall in einem Lohnkampf des

9) Vergl. Th. Bergmann I, S. 3f. - Die AP löste sich Ende 1954 auf; Galm trat dann mit anderen Anhängern der AP in die SPD ein; vergl. Drechsler: SAP, S. 360 f; Arpo 7/20/12 und Arpo 7/21/9. Weber (=Weber II, S. 131) nennt in seiner Galm-Biographie als Auflösungsdatum der AP das Jahr 1957. Hier dürfte die Darstellung Webers wohl unzutreffend sein. Ob Webers Auffassung "Die Arbeiter-Partei war die einzige sozialistische Gruppe außerhalb der SPD und KPD, die nach 1945 in Westdeutschland (lokale) Bedeutung erringen konnte", zutreffend ist, ist wohl eine Frage der Kriterien.

10) Vergl. Th. Bergmann I, S. 3

11) So urteilt Th. Bergmann: "In Offenbach hat sich diese Gruppe allerdings nach dem Kontakt mit der Gruppe Arbeiterpolitik recht bald verflüchtigt. Ich glaube aber nicht, daß das nur an den Offenbachern gelegen hat, es kann auch an dem desolaten Zustand der Gruppe Arbeiterpolitik gelegen haben". Th. Bergmann II, S. 13

12) Vergl. Arpo 5/10/7 und Arpo 5/10/9

Jahres 1951 aus, der für sie nahezu erfolglos geblieben war ¹³⁾. Dieser Streik im August 1951 "war der erste bedeutende Streik, der offiziell von der Industrie - Gewerkschaft Metall ausgerufen, geführt und abgebrochen wurde" ¹⁴⁾, was diesen Streik "der hessischen Metallarbeiter zu dem entscheidenden gewerkschaftlichen Ereignis in der Bundesrepublik" ¹⁵⁾ machte. Die "gründliche Untersuchung der Ursachen und Folgen dieses Streiks" ¹⁶⁾ unternahm die GAP in einer speziellen Broschüre "Der Hessen-Streik und seine Lehren. Die Aufgaben der klassenbewußten Gewerkschafter", die Ende Oktober 1951 erstellt wurde ¹⁷⁾. Der Streik wurde Ende August 1951 nach einer Urabstimmung ausgelöst und zielte auf eine Lohnerhöhung von 12 Pfennig pro Stunde ¹⁸⁾. Mit einem Ergebnis von 3 Pfennig pro Stunde und Zulagen, die sich nach dem Familienstand des Arbeiters richteten ¹⁹⁾, wurde der Streik abgebrochen, wobei die dazu notwendigen Stimmen bei der Urabstimmung nur durch trickreiche Interpretationen der Satzung zusammenkamen ²⁰⁾. Für die GAP war "die wichtigste Lehre des Hessen-Streiks ... die erschütternde Ohnmacht der überwältigenden Masse der kampfgewillten Arbeiter angesichts eines Häufleins Gewerkschaftsbürokraten, die ihnen ihren

13) Vergl. Arpo 5/10/7 und GAP: Hessen-Streik, S. 1 ff

14) Ebenda, S. 1 15) Ebenda 16) Ebenda

17) Vergl. auch Teil 6.2.4. dieser Arbeit

18) Vergl. GAP: Hessen-Streik, S. 15; Arpo 4/17/8. Vergl. zum Streik in Hessen auch Arpo 4/18/2 f; Arpo 4/19/1 ff.

19) Danach erhielt ein Verheirateter einen Zuschlag von 1 Pf. pro Stunde, für jedes Kind unter 18 Jahren gab es 2 Pf. pro Stunde. Außerdem war ein einmaliger Betrag von 20 DM für ledige bzw. von 30 DM für verheiratete Arbeiter vereinbart worden. Für die GAP war "der sogenannte 'Soziallohn', wonach der Familienvater nach der von ihm produzierten Kinderzahl, nicht aber nach der von ihm geleisteten Arbeit entlohnt wird, ... ein Gericht aus der faschistisch-ständestaatlichen Küche, das die Arbeiter schärfstens ablehnen müssen. Die Unternehmer bedienen sich dieser Waffe, um die verheirateten gegen die ledigen - gewöhnlich kampfgewilltesten - Arbeiter auszuspielen... Es ist ein Skandal, daß die IG Metall sich auf derartige gelbe Prozeduren einließ". GAP: Hessen-Streik, S. 22; vergl. auch Arpo 4/19/1.

20) Bezogen auf die abgegebenen Stimmen waren 81 % gegen das vorgelegte Ergebnis, bezogen auf die am Streik beteiligten Gewerkschaftsmitglieder, d.h. incl. derer, die nicht abstimmen wollten oder konnten, waren es nur noch 63 %, wodurch die IG Metall sich beim Streikabbruch formal auf die Satzung berufen konnte, die eine 75 %-Mehrheit für einen Streik bzw. dessen Fortsetzung vorschrieb. Allerdings hatten sich bei der streikauslösenden Abstimmung auch nur 3/4 der Abstimmenden für den Streik ausgesprochen, nicht aber dieser Anteil der Stimmberechtigten. Vergl. GAP: Hessen-Streik, S. 20 f.

Willen aufzwingen können, den Streik abubrechen" ²¹⁾. Das Verhalten der Gewerkschaftsführung hatte für die GAP seinen Grund in der "arbeitsgemeinschaftlichen Grundhaltung der Gewerkschaftsspitzen" ²²⁾, die die GAP erwartet hatte. Lag den "Fehlern" der Führung diese Haltung zu Grunde, so mußte die GAP feststellen, daß "unten... kaum geringere Fehler gemacht worden (sind d. V.). Die Mitglieder haben bisher den Spitzen erlaubt, in ihren Gewerkschaften zu schalten und zu walten, als ob es sich dabei nicht um ihre Lebensfragen gehandelt hätte und tagtäglich handelt" ²³⁾.

Deshalb war für die GAP die nächste Aufgabe "nicht weniger als der Kampf um die Umwandlung der IG Metall aus einer Arbeitsgemeinschaftsmaschine in eine Kampfgemeinschaft der Mitglieder" ²⁴⁾. Ob das möglich sein würde, hing für die GAP davon ab, "ob der klassenbewußte Teil der einfachen Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben fähig ist, die unzufriedenen Gewerkschaftsmitglieder und unorganisierten Arbeiter zu wirklich klassenbewußten Gewerkschaftern umzuformen" ²⁵⁾. Die Vorschläge, die die GAP in dieser Broschüre wie in vielen Artikeln der "Arbeiterpolitik" unterbreitete, blieben weitgehend auf dem Papier. Zwar hatte der Streik und die damit verbundenen Erfahrungen bewirkt, daß in der IG Metall-Ortsverwaltung in Frankfurt auf einer Delegiertenversammlung eine Resolution verabschiedet wurde, in der "der Abbruch des Streiks scharf verurteilt und die Entfernung der dafür Verantwortlichen von ihren Gewerkschaftsposten gefordert (wurde d. V.). Alle, Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose, stimmten für diese Mißtrauensresolution" ²⁶⁾, doch diese Empörung blieb weitgehend folgenlos. Die weitere Entwicklung wie das Verhalten der Arbeiter in Frankfurt und Offenbach am 1. Mai 1952 zeigte, daß der Versuch der Unternehmer, "mit ihrer überlegenden Taktik die Kampfkraft der Mitglieder zu zersetzen" ²⁷⁾, weitgehend geglückt war.

Die GAP versuchte dort, wo sie in Hessen vertreten war, diese Zersetzung der Kampfkraft der Arbeiter aufzuhalten und demgegenüber alle

21) Ebenda, S. 23

22) Ebenda, S. 15

23) Ebenda, S. 23 f

24) Ebenda, S. 25

25) Ebenda, S. 24

26) Ebenda, S. 19

27) Ebenda, S. 1

Ansätze zur Organisation des Widerstandes der Arbeiter auszunutzen, was sie in deutlichen Gegensatz zur Politik der KPD brachte, die Vorschläge wie "Weiterstreiken unter selbstgewählten Streikleitungen!" machte, deren Durchführung bedeutet hätte, "daß günstigstenfalls einzelne Belegschaften oder Abteilungen nach altbekannter ultralinken Manier sich von der Masse der Arbeiterschaft getrennt hätten und dann leicht zusammengehauen worden wären" ²⁸⁾. Solche Vorschläge der KPD nannte die GAP "Luftgymnastik", die nur die Einflußlosigkeit der KPD aufzeigten ²⁹⁾. Die Kritik der GAP am Vorgehen der Gewerkschaftsführung, die die Kampfkraft der Arbeiter nicht entwickeln wollte, und am Vorgehen der KPD, das eher zur Zersetzung als zur Förderung dieser Kampfkraft diene, konnte allerdings wenig daran ändern, daß die Kraft zur Umsetzung der Vorschläge der GAP nur punktuell in der Arbeiterklasse vorhanden war: trotzdem versuchte die GAP, den nächsten Schritt zu zeigen und zu gehen: "Es gilt, nicht erst abzuwarten, bis der nächste Streik beginnt, um dann die entmutigende Feststellung zu machen, daß wir in den Betrieben keine verlässlichen Stützpunkte haben. Es ist vielmehr nötig, durch systematische zähe Kleinarbeit in den Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen alle klassenbewußten Arbeiter in einem linken Gewerkschaftsflügel zu sammeln, der alle Fragen und Probleme rechtzeitig durchdiskutiert und mit einer klaren Stellungnahme vor die Gewerkschaftsöffentlichkeit tritt" ³⁰⁾. Diese Aufgabe stand vor den Gruppen in Offenbach und Frankfurt ebenso wie vor den anderen lokalen Gruppen der GAP in der BRD.

6.4.5. Hamburg

In Hamburg hatte vor 1933 eine KPO-Gruppe mit etwa 100 bis 150 Mitgliedern bestanden ¹⁾, von denen sich allerdings ein Teil 1932 der SAP angeschlossen hatte ²⁾. In Hamburg wurden die KPO und später die GAP durch die "Oktober-Legende" ³⁾ stark beeinträchtigt, weil der Aufstandsversuch in Hamburg für viele Kommunisten am Ort eine wesentliche Rolle

28) Ebenda, S. 18

29) Vergl. ebenda, S. 17 f

30) Ebenda, S. 13

1) Vergl. Tjaden: KPO, S. 120

2) Vergl. ebenda, S. 2 91

3) Vergl. dazu Thalheimer: Eine verpaßte Revolution?

in ihrem Leben gespielt hatte, und weil diese KPD-Mitglieder häufig die offizielle Ideologie der KPD übernommen hatten, die die "Rechten" in der KPD-Führung von 1923 für die damalige Niederlage der Partei wesentlich verantwortlich erklärte⁴⁾. Nach Kriegsende hatten sich die überlebenden Mitglieder der ehemaligen KPD in Hamburg fast alle der KPD angeschlossen, aus der sie seit 1947 ausgeschlossen wurden⁵⁾, wobei allerdings der größere Teil der aus der KPD Ausgeschlossenen weder vorher der KPD angehört hatte noch sich danach der GAP anschloß. In Hamburg nahm die innerparteiliche Auseinandersetzung in der KPD sehr heftige Formen an; dabei kam es häufig zu Angriffen in der KPD-Presse auf die GAP: "Hier in Hamburg ist die ganze Parteipresse voll von diesen Geschichten gegen die Rechten und Renegaten und Brandleristen... Als Brandler hier wohnte und die KPD deshalb hier die Zentrale der Gruppe Arbeiterpolitik vermutete, hat das seinen Niederschlag in der Parteipresse gefunden"⁶⁾.

Bereits im Mai 1946 schrieb das KPD-Organ "Hamburger Volkszeitung" in ihrem Leitartikel: "Wir werden darum jeden Angriff auf die Autorität der Besatzungsmächte wie einen Angriff auf uns selbst abwehren. Denn die Sicherung des friedlichen Charakters des deutschen Aufbaus durch die Besatzungsmächte dient deutschen Interessen"⁷⁾ und wandte sich damit gegen die Argumentation Thalheimers, die inzwischen in der Hamburger KPD bekannt geworden war. Im Laufe der Jahre verschärften sich die Angriffe der KPD auf die GAP in dem Maße, wie die KPD in Hamburg ihren Einfluß einbüßte, wofür sie die GAP verantwortlich zu machen suchte. So hieß es im Juni 1949 in der Hamburger Volkszeitung: "Trotzkistische Agenten, Provokateure, Renegaten und abgewirtschaftete Politiker stehen im Dienste dieser reaktionären Kräfte. Sie haben den Auftrag, durch illegal in die Reihen der KPD getragenes Material, durch Bildung illegaler Gruppen ... die Entfaltung der Kampfkraft der

4) So berichtet ein Mitglied der GAP: "Was hier eine belastende Rolle gespielt hat für die KPD und die Gruppe Arbeiterpolitik, war die Geschichte von 1923, was ja speziell in Hamburg eine große Bedeutung gehabt hat". Interview vom 18. 1. 1975, S. 27

5) Vergl. ebenda, S. 9

6) Ebenda, S. 9 f

7) "Hamburger Volkszeitung" vom 8. 5. 1946, zitiert nach Arpo 2/3/12

KPD zu verhindern und damit ihre Schlagkraft und Festigkeit zu unterminieren. Zu diesem Zwecke werden Unsummen von Geldern ausgegeben, um Tausende von illegalen Schriften, Flugblättern, Geheimbriefen zu verfassen ... Wo kommen die gewaltigen Mittel her? Wer bezahlt z.B. den im Augenblick in Hamburg eifrig tätigen Renegaten und Feind der Arbeiterbewegung Brandler? Wer bezahlt die Reisen dieser Agenten und wer gibt ihnen die Mittel in die Hand? Sie sitzen in der Wall-Street in New York und in der Londoner City!"⁸⁾. Dieser Agentenvorwurf gegen die GAP, den die Gruppe mit den Worten kommentierte "Wer selbst Agent ist, sieht nur Agenten"⁹⁾, nahm bei der KPD in Hamburg die eigentümlichsten Formen an. So berichtete die "Arbeiterpolitik" von einem KPD-Mitglied, das 1951 Heinrich Brandler aufgesucht hatte: "Ohne Umschweife frug er: 'Heinz, bist Du amerikanischer Agent oder nicht? Die Partei behauptet es. Wir wurden beauftragt, Dich zu beobachten. Das haben wir getan. Wir haben weder das amerikanische Auto gesehen, in dem du fahren solltest, noch Verbindungen mit Agenten feststellen können. Jetzt haben sie alte Genossen ausgeschlossen, weil sie kritisierten und gegen die eingerissene Korruption aufgetreten sind. Jetzt bezeichnen sie auch Genossen als Agenten, die ich seit Jahrzehnten kenne!'"¹⁰⁾. Die KPD war demnach dazu übergegangen, Brandler überwachen zu lassen, was bei den daran Beteiligten dazu führte, daß sie das Vertrauen in die "Argumentation" der KPD verloren, zumal wenn sie wie der oben zitierte Otto Heitepriem¹¹⁾ erleben mußten, wie in der KPD dieser Agentenvorwurf als Disziplinierungsmittel eingesetzt wurde; Heitepriem trat nach dieser Erfahrung aus der KPD aus und schloß sich der GAP an¹²⁾.

Wie sich die Zersetzung der KPD in Hamburg vollzog, die die Grundlage für die Angriffe der Partei auf die GAP bildete, soll am Beispiel der

8) "Hamburger Volkszeitung" vom 28.6.1949, zitiert nach Arpo 2/8/14. - Ohne auf die "Argumentation" dieser KPD-Verlautbarungen näher einzugehen, sei hier nur auf ein Detail hingewiesen: die KPD mokierte sich über illegale Schriften, obwohl sie schon selbst die Erfahrung des Verbotes ihrer Publikationen durch die Besatzungsmächte gemacht hatte. Gegen die Illegalität der GAP-Schriften stellte sie sich auf den Boden der Legalität - der Besatzungsmächte.

9) Arpo 2/8/15

10) Arpo 7/14/12

11) Vergl. die Kurzbiographie Otto Heitepriem im Anhang

12) Vergl. Arpo 7/14/12

Hafenarbeiter aufgezeigt werden; in diesem Bereich versuchte auch die GAP einzugreifen, so daß verdeutlicht werden kann, welche Politik beide Organisationen - nach Auffassung der GAP - machten. In der ersten Nachkriegszeit hatte die KPD sowohl in den Hafenbetrieben als auf den Werften großen Einfluß gewinnen können: "Es gab keinen Betrieb im Hafen und keinen großen Metallbetrieb, keine Werft, die nicht einen kommunistischen Betriebsrat gehabt hätte" ¹³⁾. Der erste Bericht in der "Arbeiterpolitik" zu diesem Thema erschien im März 1949: nach einem Warnstreik von 4000 Arbeitern aus dem Hafen, die zum Hamburger Senat marschiert waren, um Auswecharbeiten zu erzwingen, um Entlassungen abzuwenden, leitete die ÖTV, die diese Aktion in keiner Weise unterstützt hatte, gegen alle beteiligten Betriebsräte "ein Verfahren ein, das 5 Betriebsräten einen Verweis einbrachte, dem Sprecher der Delegation sogar Ausschluß aus der Gewerkschaft, Entzug aller Funktionen und Entfernung aus dem Betriebsrat" ¹⁴⁾. Den sich erhebenden Protest der Hafenarbeiter griff die KPD nicht auf: "Die Volkszeitung (KPD) verschwieg die Vorgänge um den Gewerkschaftsausschluß" ¹⁵⁾.

Das Ergebnis der Bundestagswahl 1949 war für die KPD in Hamburg niederschmetternd: "Vor 1933 war die KPD hier gleich stark wie die SPD, jetzt hat sie nicht mehr ein Viertel ihrer Stimmen" ¹⁶⁾. Das Ergebnis von 8,5 % kommentierte "Willi Prinz, der Frankfurter Parteivorstandskommissar... u. a. : 'Wir haben durch unsere Aktivität und Offensivkraft dem Gegner das Gesetz des Handelns aufgezwungen' " ¹⁷⁾, was die Unfähigkeit der KPD, die Ursachen und die Folgen der sich im Wahlergebnis ausdrückenden Entwicklung einzuschätzen, andeutete. Bei der im Oktober 1949 durchgeführten Bürgerschaftswahl verlor die KPD absolut über ein Viertel ihrer Stimmen und sank auf 7,4 % ¹⁸⁾, was die "Arbeiterpolitik" unter der Überschrift "Die KPD wird bolschewisiert und schreitet von Sieg zu Sieg" ¹⁹⁾ berichtete. Diese Arbeiterkorrespondenz enthielt neben

13) Interview vom 18.1.1975, S. 26 14) Arpo 2/3/11

15) Ebenda 16) Arpo 2/9/5 17) Ebenda

18) Vergl. Arpo 2/11/11: danach sank die KPD von 76 747 Stimmen auf 58 128 Stimmen, was bei der gegenüber der Bundestageswahl gesunkenen Wahlbeteiligung 7,4 % waren.

19) Ebenda

einer Kritik am Vorgehen der KPD gegenüber der Sozialdemokratie²⁰⁾ einen Bericht "Lohnkampf der Hafenarbeiter abgewürgt"²¹⁾. Hier hatte die Gewerkschaft einem Schiedsspruch zugestimmt, der "von den Hafenarbeitern als reine Verhöhnung empfunden wird. Allgemeine Empörung löste die Art aus, wie die Gewerkschaftsführung den Schiedsspruch durchdrückte gegen den eindeutigen Willen der überwältigenden Mehrheit der Betroffenen"²²⁾. Der für dieses Verhalten der Gewerkschaften Verantwortliche "dürfte ein Auch-Kommunist sein, der den Posten hat, aber jede revolutionäre Gewerkschaftspolitik ablehnt"²³⁾. Deshalb stand vor den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Aufgabe, "durch organisierte Arbeit ihre Führung, auch ihre kommunistischen Gewerkschaftssekretäre, so unter Druck (zu d. V.) nehmen, daß sie den Willen der Kollegen nicht länger mißachten können"²⁴⁾. Die der KPD angehörenden Gewerkschaftsangestellten konnten nach Auffassung der GAP "keine kommunistische Gewerkschaftsarbeit leisten, weil die KPD keine Gewerkschaftspolitik hat und ... (diese Gewerkschaftssekretäre d. V.) nicht stark genug ... (sind d. V.), selbständig kommunistisch zu handeln"²⁵⁾. Als diese KPD-Mitglieder in Gegensatz zu den Arbeitern gerieten, griff die KPD-Führung in die Auseinandersetzung im Hafen direkt ein, ohne vorher die eigenen Parteimitglieder zu verständigen, was die Verwirrung unter den Hafenarbeitern nur noch vergrößerte. Diese Politik wurde von

20) Vergl. Arpo 2/11/11 f. Auf einer Rede in Hamburg formulierte Reimann für ein Angebot einer "Einheitsfront von oben" an die Sozialdemokratie Ziele, "die die kommunistische Bewegung zu liquidieren bereit" (Arpo 2/11/12) waren. Reimann hatte der SPD einen "Nichtangriffspakt" vorgeschlagen und ihr angeboten, "auf eigene kommunistische Listen in 62 von den 72 Wahlkreisen zu verzichten" (ebenda). Reimann erklärte sich für die KPD bereit, ohne Vorbedingungen einen sozialdemokratischen Bürgermeister zu wählen, "wenn dieser", so Reimann, "durch die Reaktion bedroht wird", was die GAP mit den Worten kommentierte: "So weit sind die Anhänger der Sozialfaschismustheorie gekommen, daß sie bedingungslos Schumacher, Brauer und jeden anderen fortschrittlichen Bürger wählen!" (ebenda). Für die GAP war das "Einheitsfront, wie man sie nicht machen darf: nur von oben, nicht unterstützt durch die breiten Massen, Bereitschaft zum Verzicht auf die Propagierung der eigenen, kommunistischen Auffassungen, Beschränkung des Zusammengehens auf lächerliche Parlamentswahlen und auf Verteidigung der reformistischen Positionen" (ebenda).

21) Arpo 2/11/13 22) Ebenda 23) Ebenda

24) Ebenda

25) Arpo 2/12/15

Angriffen auf die KPD-Mitgliedern begleitet, die vor 1933 zu den Versöhnlern²⁶⁾ gezählt hatten: die KPD konnte zwar diese Gruppe zersetzen, doch die Versöhnlergruppe war diejenige gewesen, über die die KPD noch Einfluß bei den Hafenarbeitern gehabt hatte, so daß der "Erfolg" der KPD zugleich die Einbuße dieses Einflusses bedeutete. Weitere Attacken der KPD-Landesleitung auf KPD-Mitglieder im Hafenbereich führten schließlich dazu, daß sich die Hafenarbeiter gegen diese Politik wandten, die die GAP unter der Überschrift zusammengefaßt hatte: "Die Parteiführung zerschlägt die KPD"²⁷⁾.

Wie "erfolgreich" diese Politik der KPD war, zeigte sich bei den Betriebsratswahlen 1951, als die "Norddeutsche Arbeiterstimme" folgendes berichten mußte: "Nach Verlust der großen Werften bleibt als einzige Betrieb mit kommunistischer Mehrheit noch der Hafen"²⁸⁾, dessen Betriebsratsvorsitzenden die KPD noch kurz vor der Wahl als Opportunisten bezeichnet hatte. Im August dieses Jahres hieß es dann in der "Arbeiterpolitik": "Je schärfer die Gegensätze zwischen den Werktätigen und den herrschenden Klassen Deutschlands werden, desto unfähiger erweisen sich die traditionellen Organisationen der Arbeiter, die proletarischen Interessen zu verteidigen"²⁹⁾, was für die GAP nicht nur in Hamburg galt, wo sie feststellen mußte: "In der einstmals kommunistischen Hochburg Hamburg sind heute die traditionellen revolutionären Positionen zerschlagen. Das geschah so 'mustergültig', daß man versteht, daß heute mancher Parteigenosse sagt, an der Führung säßen englische Agenten. Wir können das nicht beurteilen. Aber wir müssen sagen: besser hätten die ihre Arbeit der Zerschlagung der kommunistischen Betriebsgruppen auch nicht durchführen können. Wenn es heute keine nennenswerten KPD-Betriebsgruppen mehr in Hamburg gibt, so gebührt das Lob dafür nicht der SPD, sondern unseren KPD-Strategen. Jetzt haben sie die letzte Position, den Hafen, zerschlagen"³⁰⁾. Die KPD hatte damals gerade

26) Vergl. ebenda. - Die Versöhnler waren in Hamburg relativ stark vertreten gewesen, was damit zusammenhing, daß viele, die nach 1928 mit der KPD-Linie in Widerspruch gerieten, unter dem Eindruck der Ideologien über die Ereignisse von 1923 in Hamburg den Schritt zur KPD nicht machten. - Zu den Versöhnlern vergl.: Weber I, S. 237, Weber II, S. 340 f

27) Arpo 2/12/14

28) Nd. Arsti 1/4/2

29) Arpo 4/16/9

30) Ebenda

eine Reihe von Betriebsräten im Hafen ausgeschlossen. Da nach der Auffassung der GAP die Bedingungen für eine aktive Politik im Hafen vorhanden waren und demnach die KPD mehr an den eigenen Fehlern als an den objektiven Problemen gescheitert war, erschien der Appell am Ende dieses Artikels nur folgerichtig: "Bei den Ergebnissen der sozialdemokratischen und 'kommunistischen' Tätigkeit seit 1945 mag manchem alten Genossen und Kollegen übel werden. Aber wer noch die Kraft hat mitzuhelfen, aus den Trümmern der alten Arbeiterbewegung und aus der jungen heranwachsenden Arbeitergeneration den Stamm von Funktionären zu schaffen, der fähig ist, unter den gegebenen Bedingungen ... den deutschen Arbeitern Ausweg und Ziel zu zeigen, der kann das heute nur dadurch tun, daß er die schwere Arbeit der 'Arbeiterpolitik' tatkräftiger unterstützt als vorher" ³¹⁾. Wenn es dann weiter hieß: "Die deutschen Arbeiter brauchen die Gruppe 'Arbeiterpolitik' und die Gruppe 'Arbeiterpolitik' braucht die deutschen Arbeiter. Es gilt den Weg zueinander zu finden durch Verbindung der kommunistischen Grundsätze und einer wirklich kommunistischen Politik mit dem Wollen der breiten Arbeitermassen" ³²⁾, so waren damit implizit die Bedingungen dafür genannt, die gegeben sein mußten, um über solche Appelle, die die Gruppe in vielen Artikeln in verschiedenen Orten erhob, hinauszukommen: die ausgearbeitete kommunistische Politik der GAP mußte einerseits auf ein "Wollen", d. h. die Aktivität zumindest von Teilen der Arbeiterklasse stoßen, andererseits mußte diese Politik den gegebenen Bedingungen entsprechen, sowohl hinsichtlich der Kampfkraft der betroffenen Arbeiter als auch hinsichtlich der vorhandenen gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.

Ende 1951 kam es in Hamburg und Bremen zu einem Streik der Hafenarbeiter ³³⁾. Eine Lohnforderung von 23 Pf. pro Stunde war gestellt worden, doch die ÖTV hatte einem Schiedsspruch mit 9 Pf. zugestimmt; die Urabstimmung wurde von der ÖTV so durchgeführt, daß die erforderliche 3/4 Mehrheit zur offiziellen Weiterführung der Lohnauseinandersetzung nicht ganz erreicht wurde. Während bisher in vielen Fällen die

31) Arpo 4/16/10

32) Ebenda

33) Vergl. Arpo 4/21/4 ff

die Gewerkschaftsführung mit solchen Manövern zum Streikabbruch erfolgreich geblieben war, fügten sich diesmal die Hafenarbeiter nicht und traten auch ohne und gegen die ÖTV in den Streik. "Dieser spontan, nicht organisiert zutage tretende Kampfwillen der Hafenarbeiter" ³⁴⁾ reichte zwar aus, um den Streik im Hafen zu organisieren und auch eine Streikleitung zu bilden, doch die Kraft reichte nicht aus, den Streik zu einem Erfolg zu führen. Nach 17 Tagen mußte die Aktion nach einer Abstimmung unter den Streikenden abgebrochen werden, nachdem die Einheit der Streikenden ins Wanken gekommen war ³⁵⁾. Dieser Streik bedeutete "eine höhere Stufe als in allen bisherigen Kämpfen in Westdeutschland" erreicht worden war: "Auf den ersten Anhieb kann kaum mehr erreicht werden" ³⁶⁾. Dieser Streik zeigte nicht nur die Kampfbereitschaft der Hafenarbeiter in Hamburg, sondern auch die Mängel einer solchen spontanen Aktion, die sich in unzureichender Organisation und ungenügender Einsicht in die Kräfteverhältnisse geäußert hatten. Hier rächte es sich, daß "bis heute eine gründliche Fraktionsarbeit aller klassenbewußten Arbeiter innerhalb der Gewerkschaften" ³⁷⁾ fehlte, die zu organisieren die GAP als nächste Aufgabe benannte. Wenn es im Bericht über den Streik hieß: "Eine kommunistische Partei, die den Arbeitern eine wirkliche Anleitung zu klassenbewußter Gewerkschaftsarbeit und Streikführung geben könnte, besteht nicht" ³⁸⁾, so war das nicht nur eine Darstellung der Position der GAP, sondern entsprach den Erfahrungen der am Streik beteiligten Arbeiter. Zwar hatte "die KP... als einzige Partei moralisch und materiell die Streikenden unterstützt" ³⁹⁾, doch "was sie darüber hinaus versuchte, ist von den Streikenden selbst abgelehnt worden. Auch von den Kommunisten in der Streikleitung" ⁴⁰⁾. Die Mitarbeit einzelner KPD-Mitglieder oder von Kommunisten, die der GAP nahestanden, im Streik konnte die unterbliebene systematische Vorbereitung solcher Aktionen durch Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften nicht ersetzen.

34) Arpo 4/21/5

35) Vergl. den Leitartikel "Der Hafenarbeiterkampf diszipliniert abgebrochen", in: Arpo 4/22/ 1 ff.

36) Arpo 4/22/3

37) Arpo 4/22/2 38) Arpo 4/22/3

39) Arpo 4/22/4 40) Arpo 4/22/2

Ansätze für eine längerfristige Arbeit zeigten sich wenig später auf einer Hafenarbeiterbetriebsversammlung, die sich gegen einige Betriebsräte wandte, die sich im Streik gegen diese Aktion gestellt hatten ⁴¹⁾, doch im Gegenzug ⁴²⁾ konnte sich die ÖTV auf einer Vertreterversammlung einer wichtigen Hafenarbeitergruppe durchsetzen und gegen KPD-Mitglieder mit Ausschlußverfahren vorgehen, da diese es nicht verstanden, die spontane Ablehnung der offiziellen Gewerkschaftspolitik, wie sie unter den Hafenarbeitern verbreitet war, längerfristig zu organisieren. "Die Folgen sind katastrophal... Und weil im Hafen die Kraft fehlt, die... in zäher, ausdauernder Gewerkschaftsarbeit gegen die Bürokraten die Arbeiter um sich sammelt,... deshalb (herrscht d. V.) Enttäuschung auf der ganzen Linie" ⁴³⁾, die sich darin äußerte, daß viele Hafenarbeiter durch Sonderschichten versuchten, individuell ihre Lage zu verbessern. Während die ÖTV weiter gegen Hafenarbeiter, die sich am Streik beteiligt hatten, mit Ausschlußverfahren vorging ⁴⁴⁾, plante die KPD eine Hafenarbeiterkonferenz, die die Gewerkschaftsführung zum Anlaß für neue Ausschlußdrohungen nahm ⁴⁵⁾. Für die GAP "waren Kongresse außerhalb der Gewerkschaftsorganisation... das Recht jedes Gewerkschaftsmitgliedes auch der Kommunisten. aber eins ist das Recht und das andere ist die Macht" ⁴⁶⁾, die in den Gewerkschaften aber nahezu vollständig bei den Gegnern der Kommunisten lag. Die GAP kritisierte die KPD deshalb, weil sie durch ihre unter Abstraktion von diesem Kräfteverhältnis konzipierte Politik dem Gegner die Arbeit erleichterte, die Kommunisten aus der Gewerkschaft herauszudrängen.

Da die KPD es nicht verstand, die spontane Kampfbereitschaft der Hafenarbeiter aufzunehmen und ihr Richtung und Halt zu geben, sondern eher der ÖTV noch dabei behilflich war, die eigenen Mitglieder aus der Gewerkschaft zu entfernen, blieb die Aktion vom Oktober/November 1951 nicht nur ohne positiven Folgen, sondern führte zunächst in die Resignation. Ausdruck dieser Entwicklung war das Ergebnis einer Urabstim-

41) Vergl. Arpo 4/24/12

42) Vergl. Arpo 5/1/10 f

43) Arpo 5/1/11

44) Vergl. Nd. Arsti 2/2/1

45) Vergl. ebenda

46) Ebenda. Vergl. auch Teil 6.4.10. dieser Arbeit

mung über einen Tarifvertrag, als weniger Hafenarbeiter als bei der vorhergehenden Urabstimmung das - völlig unzureichende - Ergebnis ablehnten⁴⁷⁾. Diesen "Urabstimmungsversager", wie die GAP das Ergebnis nannte, nahm die Gruppe zum Anlaß, sich mit einem Sonderdruck an die Hafenarbeiter zu wenden, um einen ersten Schritt zu Umsetzung der eigenen Vorschläge für die weitere Arbeit zu machen. Die GAP erinnerte daran, daß "der Hamburger Hafen ... lange eine revolutionäre Hochburg gewesen (war d. V.). Darüber hinaus waren die Hafenarbeiter das Rückrat der Hamburger Arbeiter überhaupt. Nach 1945 war die kommunistische Betriebsgruppe die stärkste in Hamburg ... Um sie sammelten sich die Hafenarbeiter fast ohne Ausnahme. Ihre führenden Genossen ... hatten .. ihr Leben lang in der vordersten Reihe der Kämpfe der Hamburger Arbeiter gestanden und waren vom Vertrauen der einfachen Arbeiter getragen"⁴⁸⁾. Diese Position war durch die KPD-Politik völlig zersetzt worden. Die GAP wandte sich an die "Hunderte von guten revolutionären Kämpfern.., die in der Vergangenheit ihren Mann gestanden haben, die heute, angeekelt von einer unfähigen Parteiführung abseits stehen"⁴⁹⁾, um zusammen mit ihnen "durch eine wirklich kommunistische Politik das Vertrauen der breiten Arbeiterschichten zum Kommunismus wieder herzustellen"⁵⁰⁾. Dabei sagte die GAP aber "ganz offen, daß die Gleichgültigkeit der Arbeitermasse gegenüber dem Geschehen in ihren Organisationen die Ursache"⁵¹⁾ für den Niedergang der Arbeiterbewegung im Hafen war, d.h. sie hatte nicht die Erwartung, mit einer Reorganisation der resignierten ehemaligen KPD-Mitgliedern die Lage im Hafen grundlegend verändern zu können, was nur eine Bewegung in breiten Schichten der Hafenarbeiter vermocht hätte.

In der Folgezeit gelang es der GAP, fest Verbindungen zu den kommunistischen Hafenarbeitern zu gewinnen und die Hafenausgabe der "Arbeiterpolitik" regelmäßig herauszubringen⁵²⁾; später erschien sogar eine eigene Hafenarbeiterzeitung der Gruppe mit dem Namen "Op Utkik"⁵³⁾.

47) Vergl. Arpo, Hamburger Hafenarbeiter-Sonderdruck vom Mai 1952, S.

48) Ebenda, S. 2

49) Ebenda

50) Ebenda

51) Ebenda. - Der gleiche Bericht stand auch in der Arpo 5/10/11 f

52) Vergl. Arpo 5/17/5

53) Vergl. Scholz, S. 1

Die Tätigkeit der GAP war unter den gegebenen Voraussetzungen durchaus erfolgreich, was sich auch darin äußerte, daß die ÖTV in einer ihrer Zeitschriften ⁵⁴⁾ zur Hafenausgabe der "Arbeiterpolitik" Stellung nehmen mußte. In diesem Artikel stellte zunächst die ÖTV fest, "daß die KPD in keiner Weise mehr in der Lage ist, über nennenswerte Positionen sowohl in der ÖTV als auch in den Betriebsratskörpern des Gesamthafenbetriebs und der Hafeneinzelbetriebe zu verfügen und eine selbständige Politik zu betreiben" ⁵⁵⁾, doch zum Leidwesen der ÖTV schienen "einige seit Oktober/November 1951 aus der KPD ausgeschlossene Hafenarbeiter ... auf die Idee gekommen zu sein, das, was sie vermittels der KPD nicht erreichten, jetzt über diese Brandler-Gruppe zu versuchen" ⁵⁶⁾. Der GAP bescheinigte die ÖTV, daß sie "drauf und dran (ist d. V.) zu retten, was zu retten ist an kommunistischem Einfluß in den Gewerkschaften, im öffentlichen Leben und wo es überhaupt um die Politik unserer deutschen Arbeiterbewegung geht... (Man d. V.) versucht, auch in Hamburg die Opfer der KPD-Politik zu sammeln, um mit ihnen fortzusetzen, was der KPD nicht gelang" ⁵⁷⁾. Die Einschätzung im ÖTV-Organ stimmte durchaus mit der überein, die die GAP selbst von der Entwicklung hatte; daß der Verfasser des Artikels der ÖTV die Zielsetzung der GAP so gut kannte, lag auch daran, daß der Zersetzungsprozeß der KPD viele ihrer ehemaligen Mitglieder in die Arme der Gewerkschaftsbürokratie geführt hatte, die die Kenntnisse über die kommunistische Bewegung mitbrachten und so die Politik der "Brandler-Gruppe", wie sie im ÖTV-Artikel genannt wurde, einschätzen konnten.

Bei den Verbindungen, die die GAP unter den Hafenarbeitern aufbauen konnte, handelte es sich nach der Einschätzung eines Mitgliedes der Gruppe Arbeiterpolitik "noch um die Ausläufer der kommunistischen Bewegung von nach 1945 ... Der Hafen war sozusagen die letzte Festung (der KPD d. V.), die (von den Reformisten d. V.) genommen worden ist... Da haben wir uns bemüht, diese Leute zu halten, ihnen in diesem Zerfall der KPD einen Halt zu geben, damit sie nicht mit in den Abgrund gerissen

54) Die GAP druckte diesen Artikel in der "Arbeiterpolitik" nach und nannte als Quelle den Leitartikel der Ausgabe Nr. 13 vom Juli 1952 des Organs der "Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr - Hafenarbeiter, Seeleute, Binnenschiffer". - Vergl. Arpo 5/17/5 f.

55) ÖTV-Artikel in Arpo 5/17/5

56) Ebenda 57) Ebenda

wurden" ⁵⁸⁾. Diese Sammlung derjenigen KPD-Mitglieder, die sich nicht resigniert zurückzogen und die nicht zur Sozialdemokratie gingen, führte zwar zur Bildung eines organisatorischen Kerns, dessen politische Wirksamkeit aber im Wesentlichen von den objektiven Kampfbedingungen und vom subjektiven Kampfwillen der Hafenarbeiter abhing, was in der damaligen Situation hieß, daß dieser Kern zwar kommunistische Arbeiter umfaßte, somit den fortgeschrittensten Teil der Hafenarbeiter, was aber nichts daran änderte, daß auch dieser Teil der Arbeiterklasse - die Hafenarbeiter - dabei war, seinen Frieden mit der bürgerlichen Gesellschaft - vorläufig - zu machen und damit kommunistischer Politik den Boden entzog ⁵⁹⁾.

Insgesamt gelang es der GAP in Hamburg, über den Kreis, der sich bis 1948 in der Auseinandersetzung innerhalb der KPD gebildet hatte, "Verbindung zu den Schichten (zu gewinnen d. V.), die dort standen, wo es noch ein bißchen Auseinandersetzung gab" ⁶⁰⁾, was sich auch darin ausdrückte, daß die Zahl der in Hamburg verkauften Exemplare der "Arbeiterpolitik" von etwa 50 im Jahre 1948 auf 200 bis 250 in den Jahren um 1952 stieg ⁶¹⁾. Ein wichtiges Arbeitsfeld für die GAP in Hamburg war auch die FDJ. Wie sich ein Mitglied der GAP erinnert, war es damals "selbstverständlich, daß alles, was von der Jugend vorwärts wollte, wenn auch dumpf und unbewußt, in die FDJ ging ... Wir waren damals oft bei der FDJ und haben dort gesprochen. Es gibt eine ganze Reihe von uns, die von daher kommen, die also damals über die FDJ mit der Gruppe Arbeiterpolitik in Verbindung gekommen sind" ⁶²⁾.

6.4.6. Mannheim

Die Mannheimer Gruppe der GAP entstand nicht so wie die meisten anderen örtlichen Gruppen dadurch, daß ehemalige Mitglieder der KPO zum Kristallisationspunkt derjenigen wurden, die weder in KPD noch SPD die proletarische Politik realisiert sahen, die sie selbst für richtig hielten. In

⁵⁸⁾ Interview vom 18.1.1975, S. 26

⁵⁹⁾ Vergl. Auch Teil 8. dieser Arbeit

⁶⁰⁾ Interview vom 18.1.1975, S. 27

⁶¹⁾ Vergl. ebenda

⁶²⁾ Ebenda, S. 29

Mannheim entstand eine oppositionelle Gruppierung innerhalb der KPD, die erst anschließend mit der GAP in Verbindung kam, vor allem mit Mitgliedern der Stuttgarter Gruppe, die über einige überörtliche Gewerkschaftspositionen verfügte. Die Gruppe in Mannheim beteiligte sich seit 1950 mit verschiedenen Berichten an der "Arbeiterpolitik" ¹⁾, spielte aber innerhalb der Gesamt-GAP keine bedeutendere Rolle, da sie sich ziemlich ausschließlich mit Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit in Mannheim befaßte, und da ihr auf Grund ihrer Entstehung die gemeinsame Grundlage – die theoretische und praktische Tradition der KPO – mit den übrigen Gruppen fehlte ²⁾. Die Entwicklung einer solchen Gemeinsamkeit mit den übrigen GAP-Gruppen wäre – ausgehend von der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit – nur möglich gewesen, wenn die objektive Voraussetzung für eine überörtliche einheitliche Aktion der Arbeiterklasse und die subjektive Bereitschaft größerer Arbeitergruppen zu solchen Aktionen vorhanden gewesen wäre. Weil das nicht – oder: kaum – der Fall war, blieben die örtlichen Ansätze zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit so stark von den lokalen Bedingungen geprägt, daß von hieraus eine Vereinheitlichung der einzelnen GAP-Gruppen nur schwer möglich war. So blieb die Mannheimer Gruppe immer etwas am Rande der GAP ³⁾; nach Einschätzung von Th. Bergmann war diese Gruppe "vielleicht die Gruppe, die der KPD am nächsten stand" ⁴⁾, was aus ihrer Entstehung heraus erklärlich war.

1) Vergl.: Arpo 3/5/14, Arpo 3/11/15, Arpo 4/8/19, Arpo 4/11/11 f, Arpo 5/3/4, Arpo 5/10/8, Arpo 5/11/4.

2) Vergl. Th. Bergmann, S. 21

3) Daß diese Gruppe zur GAP zu zählen ist, wird neben den Berichten in der "Arbeiterpolitik" aus Mannheim an der Teilnahme der Gruppe an Konferenzen der GAP deutlich: vergl. Arpo 5/12/9. – Einen Hinweis auf die Existenz der Mannheimer Gruppe gibt der Nachruf, der in der Arpo 6/23/12 – Ende 1953 – erschien: "Mannheim. Emil Thiele gestorben. Im besten Mannesalter ... raffte ein Blinddarmdurchbruch am 5. November 1953 unseren Genossen Emil Thiele dahin. Mit ihm verliert unsere Gruppe einen aufrechten und zuverlässigen Kämpfer, der seit 1946 die Falschheit des Kurses der KPD erkannte und in der Partei dagegen auftrat. Der Ausschluß hat ihn nicht entmutigt und passiv werden lassen ... Im Betrieb genoß er die Achtung und das Vertrauen seiner Daimler-Benz-Kollegen."

4) Th. Bergmann I, S. 21

Als Willy Boepple aus der KPD in Mannheim ausgeschlossen worden war⁵⁾, hatte er "eine gewisse Zeit lang in einem losen Kontakt zur Gruppe Arbeiterpolitik gestanden und hat damals in Stuttgart auf einer Reihe von Veranstaltungen gesprochen. Er hat allerdings damals schon sich innerlich von der Gruppe Arbeiterpolitik wieder distanziert... Vorher war er allerdings bei der KP ein nach außen hin führendes Mitglied ... gewesen, so daß... bei uns... seine zeitweise Mitarbeit willkommen erschien" ⁶⁾. Bereits Ende 1950 kam es zu einer Auseinandersetzung um die Politik der UdSSR, die die Differenzen zwischen Boepple und der GAP verdeutlichte⁷⁾.

6.4.7. Nürnberg

In Nürnberg war 1930 eine Gruppe von Betriebsräten entstanden, die sich innerhalb der KPD gegen den RGO-Kurs wandten; als die KPD den Sprecher dieser Gruppe, Karl Grönsfelder, ausschloß, solidarisierten sich über 100 KPD-Mitglieder mit ihm und verließen die KPD. Diese Gruppe näherte sich der KPO an und schloß sich ihr schließlich an; die Mitgliederzahl der KPO in Bayern insgesamt belief sich auf etwa 80 ¹⁾.

Nach 1945 schlossen sich Grönsfelder und andere ehemalige Mitglieder der KPO zunächst der KPD an ²⁾; Grönsfelder wurde sogar in die Bezirksleitung Bayerns der KPD gewählt. Bereits 1946 stellte Th. Bergmann die Verbindung der sich sammelnden GAP nach Nürnberg und einigen anderen Orten in Bayern her ³⁾; diese Verbindung festigte sich schnell, und Nürnberg wurde einer der Orte, an denen die Materialien der späteren GAP vervielfältigt wurden.

Während Grönsfelder und andere ehemalige KPO-Mitglieder noch der KPD angehörten, schloß sich Paul Elflein, der 1948 gezwungenermaßen die SBZ hatte verlassen müssen ⁴⁾, der SPD an, um dort für die Auffassungen der GAP einzutreten, weil er als aus der SED Ausgeschlossener in der KPD keine Wirkungsmöglichkeit mehr hatte ⁵⁾. Diese Situation - nämlich, daß ein Teil der GAP-Mitglieder der KPD angehörte,

5) Vergl. Arpo 3/2/10

6) Th. Bergmann II, S. 10

7) Vergl. Arpo 3/20/3 ff. W. Boepple schloß sich später der UAPD an.

1) -Vergl. Tjaden: KPO, S. 209, -Vergl. auch die Kurzbiographie Karl Grönsfelder im Anhang.

2) Vergl. Arsti 4/1/34; Arpo-Briefe 15/1/6

während andere – wie Elflein – SPD-Mitglieder waren – zeigte deutlich das taktische Verhältnis der GAP zu den von den Alliierten zugelassenen Parteien.

Das politische Ansehen von Grönsfelder war in Nürnberg so groß, daß er – obwohl er die Politik der KPD offen kritisiert hatte – bis 1949 Mitglied dieser Partei blieb. Als er ausgeschlossen wurde und die "Nordbayrische Volkszeitung" Grönsfelder für aus der Arbeiterbewegung ausgeschlossen und zum US-Agenten usw. erklärte, faßte der Betriebsrat des Betriebes, in dem Grönsfelder arbeitete und in dem er Betriebsrat war, mit Zustimmung der KPD-Mitglieder eine Resolution, in der es über Grönsfelder hieß: "Betriebsräte, Vertrauensleute und Belegschaft kennen seine Tätigkeit und wissen sie zu schätzen... Wir wenden uns dagegen, daß die Arbeiterbewegung sich nur aus Mitgliedern der KPD zusammensetzt, wie aus dem Artikel der Nordbayrischen Volkszeitung zu entnehmen ist. Wir nehmen für uns in Anspruch, als Schaffende auch ein Glied der Arbeiterbewegung zu sein und werden Kollegen Grönsfelder nach wie vor das gebührende Vertrauen entgegenbringen" ⁶⁾. Auch in einigen Orten in Franken hatte die KPD Probleme, solche Kommunisten, die wie Grönsfelder die Politik der KPD kritisierten, aus ihren Reihen zu entfernen. Dazu berichtete die "Arbeiterpolitik" Anfang 1950: "In 5 mittleren Industriestädten Oberfrankens hat man die Genossen ausgeschlossen, die die Parteiarbeit trugen... Als Begründung dient dem neugebackenen Parteisekretär die eigene Meinung der Genossen über Oder-Neiße-Linie, Vertreibung der 12 Millionen, Kriegsgefangenenfrage, Demontagen. In Rehau und Weißenburg mußten die Parteisekretäre wieder unverrichteter Dinge abziehen, weil die Mitglieder drohten, mit den oppositionellen Genossen zu gehen" ⁷⁾.

Die Nürnberger Gruppe lieferte regelmäßig Berichte für die "Arbeiterpolitik", wobei es auffällt, daß darunter viele waren, die sich mit Ereignissen in der örtlichen SPD befaßten ⁸⁾. Während gewerkschaftliche Aktivitäten in Nürnberg in der Zeitschrift ihren Niederschlag fanden ⁹⁾,

3) Vergl. Th. Bergmann I, S. 3

4) Vergl. die Kurzbiographie Paul Elflein im Anhang

5) Vergl. Elflein I, S. 1 und Elflein IV, S. 6

6) Arpo 2/12/12 7) Arpo 3/2/10

8) Vergl. Arpo 4/20/11 f, Arpo 5/4/12 und Arpo 5/6/11 f.

9) Vergl. Arpo 4/15/9 f, Arpo 4/19/12, Arpo 5/3/5, Arpo 5/6/11, Arpo 5/8/11 f, Arpo 5/10/9 und Arpo 5/11/4.

gab es keine Berichte über Aktionen in den Betrieben, obwohl die GAP zumindest in den Triumph-Werken mit Karl Grönsfelder einflußreich vertreten war. Nur in einem Bericht aus Nürnberg wurde 1952 von betrieblichen Aktivitäten berichtet: Die Belegschaftsversammlung der Triumph-Werke lehnte "den Schumann-Plan entschieden ab, da dieser ein Instrument der verstärkten Ausbeutung der deutschen Arbeiterschaft ist... In engem Zusammenhang mit dem Schumann-Plan steht die Remilitarisierung Westdeutschlands, die von den Versammelten mit gleicher Entschiedenheit abgelehnt wird. Wir fordern von unserer Organisation (d.h. der Gewerkschaft d. V.), daß sie eindeutig von den Plänen Adenauers und seiner kapitalistischen Hintermänner abrückt und jegliche Verhandlungen mit den Bonner Regierungsvertretern abbricht. Wir verlangen weiter, daß in Zukunft alle Funktionäre aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden, die sich für einen Wehrbeitrag aussprechen" ¹⁰⁾. Zwar reichte der Einfluß der GAP soweit, in einer Betriebsversammlung eine solche Entschliebung durchzusetzen, aber - wie es die GAP in diesem Artikel selbst formulierte - "die Kollegen müssen sich darüber klar sein, daß auch ... einstimmig gefaßte Entschliebungen allein den Karren nicht aus dem Dreck ziehen" ¹¹⁾. Wie wenig aber - auch - in Nürnberg die Kraft der Arbeiterbewegung zu den nächsten Schritten wie Demonstrationen gegen die Remilitarisierung vorhanden war, zeigten die nächsten Berichte aus Nürnberg. Es gelang weder der GAP noch anderen Organisationen, die Ablehnung der Remilitarisierung, wie sie Anfang 1952 auf der Landesbezirkskonferenz des DGB zum Ausdruck gekommen war ¹²⁾ zu organisieren und weiterzuführen; es blieb bei Debatten der Gewerkschaftsgremien in Nürnberg, wo es den leitenden Gewerkschaftsfunktionären leicht gelang, Schritte abzubiegen, die über Resolutionen hinausgingen - weil der Druck der Arbeiter von "unten" fehlte ¹³⁾. Wie sehr die Gewerkschaftsführung noch zum aktiveren Teil der Arbeiterbewegung zählte, zeigten zwei Veranstaltungen im Mai 1952. Am 1. Mai gab es in Nürnberg lediglich eine schlecht besuchte Kundgebung, wobei "die radikalen Gesten der Redner ... bei den Teilnehmern der Kundgebung großen Beifall" ¹⁴⁾ fanden.

10) Arpo 5/3/5 11) Ebenda 12) Vergl. Arpo 5/4/1 ff

13) Vergl. Arpo 5/6/11 und Arpo 5/8/11 f 14) Arpo 5/10/9

Daß die Lage eher so war, daß die Gewerkschaftsführung die Basis aktivieren mußte, als daß die Arbeiter dieser Führung etwas aufzwangen, wurde auch deutlich im Kommentar der GAP zur 1. Mai-Veranstaltung: "Welche Nachwirkung für die Betriebsarbeiter hätte es aber gehabt, wenn die Gewerkschaftsleitung zu mächtigen Demonstrationen aufgerufen hätte" ¹⁵⁾. Als in der Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz die Gewerkschaften einige Wochen später zur Demonstration und zu einer Kundgebung aufriefen, kamen ungefähr 60 000 Teilnehmer. Obwohl die Unternehmer mit Entlassungen drohten, hatten die Teilnehmer dieser Veranstaltung - ganz überwiegend Arbeiter - bereits um 15.00 Uhr die Arbeit niedergelegt (1952 wurde mindestens bis 17.00 Uhr in der Normalschicht gearbeitet d. V.) und waren in geschlossenen Demonstrationssägen vom Betrieb zur Kundgebung marschiert ¹⁶⁾. Wenn es in der "Arbeiterpolitik" hieß: "Die Stimmung war sehr flau" ¹⁷⁾, so hieß das eben auch, daß ein Willen der Arbeiter, über die offiziellen Gewerkschaftsaktionen hinauszugehen, kaum vorhanden war, was der Politik der GAP in Nürnberg sehr enge Grenzen steckte.

Die Gruppe selbst setzte sich hauptsächlich aus ehemaligen KPO-Mitgliedern zusammen, die sich zwar 1945 der KPD angeschlossen hatten, aber bis 1948/50 ausgeschlossen worden waren; GAP-Mitglieder, die aus der KPD zur Gruppe kamen, ohne vorher in der KPO gewesen zusein, gab es in Nürnberg nur wenige ¹⁸⁾. Die Zahl der GAP-Mitglieder für diese Zeit schätzte Paul Elflein auf rund 50 ¹⁹⁾. Nach einem Eindruck Th. Bergmanns war "in Nürnberg ... die Gruppe eigentlich in zwei Teile geteilt. Einer, der sehr stark in der Gewerkschaftsarbeit verankert war wie Karl Grönsfelder und seine Freunde, und ein anderer Teil, der den politischen Dingen, den politischen Auffassungen der Gruppe Arbeiterpolitik sehr aufgeschlossen gegenüber stand, aber eigentlich von den Bewegungen der Arbeiter ein bißchen Abstand hatte oder in ihnen nicht aktiv teilnehmen konnte" ²⁰⁾. Wie weit dieser Eindruck zutreffend war, kann nicht festgestellt werden; für die meisten damaligen Mitglieder der GAP

15) Ebenda

16) Vergl. Arpo 5/11/4

17) Ebenda

18) Vergl. Th. Bergmann I, S. 12 19) Vergl. Elflein I, S. 1

20) Th. Bergmann I, S. 20 f

war die Gruppe in Nürnberg so mit dem Wirken von Karl Grönsfelder und seiner Frau Emma Grönsfelder verbunden, daß eine innere Differenzierung zwischen einem Arbeiterglügel und einem Intellektuellen-Flügel, wie sie Th. Bergmann sah, von ihnen nicht berichtet wird²¹⁾.

6.4.8. Salzgitter

Wie bereits in Teil 4.2.2. dargestellt wurde, hatte in Salzgitter die KPD, in der anfangs viele derjenigen aktiv waren, die später die GAP bildeten, eine starke gewerkschaftliche Position erreicht. Seit Ende 1946 hatten die Treffen stattgefunden, die als Vorstufe zur Bildung der GAP in Salzgitter anzusehen waren. Die weitere Entwicklung dieser Ortsgruppe der GAP war entscheidend von einer Aufgabe geprägt, die vor den Arbeitern in Salzgitter stand: der Kampf gegen die Demontage.

Nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens sollte die deutsche Rüstungsindustrie vernichtet werden, mit der proklamierten Absicht, damit die Grundlagen des deutschen Militarismus zu zerschlagen. Diese Politik, einen Ausdruck der bürgerlichen Gesellschaft von der stofflichen Seite her beseitigen zu wollen, hatte Thalheimer bereits in seiner Arbeit über das Potsdamer Abkommen¹⁾ kritisiert und vorausgesagt, daß die Versuche zur Entindustrialisierung Deutschlands entweder die Arbeiter zur sozialistischen Revolution treiben müßten oder abgebrochen würden, was erneut ein kapitalistisches Deutschland mit allen Attributen wie z.B. Militarismus zur Folge hätte. Während die UdSSR die Demontagen in ihrer Besatzungszone bis Anfang 1947 weitgehend abgeschlossen hatte, da sie auch ein Interesse an der raschen Wiederverwendung der demontierten Anlagen in der UdSSR hatte, erschienen die Demontagenlisten für die Westzonen erst im Oktober 1947²⁾, als sich in den USA bereits eine

21) Vergl. Söchtig, S. 16, Elflein IV, S. 10; Interview vom 18.1.1975, S. 29 f.

1) Vergl. Teil 2.3. dieser Arbeit

2) Vergl. Müller, S. 35 f; vergl. auch Bade, Rolf; Möhlmann, Karl; Schanz Ulrich; Schulze, Ingeborg; Teichmann, Hans-M.; Voß, Norbert; Wittemann, Klaus Peter; Die außen- und innenpolitischen Rahmenbedingungen sozialistischer Politik in Deutschland (vor allem der Westzonen) in der Zeit zwischen der Kapitulation und der Währungsreform in den Westzonen. Arbeitspapier im Rahmen des Seminars von Prof. Euchner "Gesellschaftstheoretische Konzeptionen der SPD nach 1945", Göttingen, 1973, S. 39 ff.

Politik herauskristallisiert hatte, die auf eine offene Stärkung des Kapitalismus in den Westzonen hinzielte. Die Zahl der zu demontierenden Betriebe wurde immer weiter reduziert, allerdings blieben die Anlagen in Salzgitter weiterhin auf der Demontageliste; ohne jetzt auf die verschiedenen Gründe dafür eingehen zu wollen, kann gesagt werden, daß die im März 1950 einsetzenden Demontagen in Salzgitter nicht mehr unverzichtbarer Bestandteil der Politik der Vormacht der Westalliierten, der USA, waren³⁾.

In den meisten Gebieten Westdeutschlands hatten die Demontagen keine einschneidende Bedeutung für die Arbeitsplätze und wurden deshalb von den Arbeitern nicht als Existenzbedrohung aufgefaßt: "Nirgendwo anders hatte die Demontage diese Bedeutung erlangt wie in Salzgitter. Demontiert worden ist woanders auch, und gegen die Demontage waren die Arbeiter in anderen Städten auch; auch in Hamburg haben sie protestiert gegen die Demontage auf den Werften. Aber nirgendwo war die Frage der Demontage so mit der nackten Existenz verbunden wie in Salzgitter: wenn sie dort die Demontage zuließen, hieß das, daß 100 000 verhungern mußten"⁴⁾. Salzgitter war als Stadt als Folge der Reichswerke entstanden die Einwohner waren aus diesem Grunde mehr oder weniger zwangsweise nach Salzgitter gekommen, so daß die Erhaltung der Reichswerke eine überragende Bedeutung für die Arbeiter dieses Gebietes hatte. Die Bereitschaft, gegen die Demontagen einzutreten, wuchs in dem Maße an, wie deutlich wurde, daß nicht nur die Anlagen wie Walzerk und Hochofen demontiert, sondern mit den Fundamenten im wörtlichen Sinne die Grundlagen zerstört werden sollten, was darauf hinauslief, daß ein Neuaufbau der Werke und damit die Schaffung einer Existenzgrundlage für die Arbeiterschaft dieses Gebietes unmöglich gemacht werden sollte.

Die überragende Bedeutung der Demontagefrage fand ihren Niederschlag in den Auseinandersetzungen in der KPD, da die Gruppe um Söchtig davon ausging, daß ein Widerstand gegen die Demontage in Salzgitter nicht möglich war, wenn die Gruppe, die in diesem Widerstand die Führung übernehmen mußte - "Daß dann eine Partei oder eine politische Gruppe...

3) Vergl. zu den verschiedenen Gründen für die Demontage bzw. deren Fortsetzung in Salzgitter: Müller, S. 36 ff

4) Interview vom 18.1.1975, S. 28

eine Führungsrolle zu übernehmen hat, das ist klar" ⁵⁾ -, sich dabei auf das Potsdamer Abkommen stützte, das die Demontage geradezu forderte, und zusätzlich noch die Demontagen in der Ostzone begrüßen oder zumindest verteidigen sollte. Da die Haltung der KPD zur Demontage für die Partei in Salzgitter die entscheidende Frage war, unterschied sich hier die Abspaltung der GAP von der KPD erheblich von Austritten oder Ausschlüssen aus der KPD in anderen Orten, wo sich die Konflikte an abstrakteren Fragen wie der Haltung zu Jugoslawien oder an betrieblichen Fragen entzündeten, die im Grunde nicht die Grundlage für eine selbständige Organisation derer abgeben konnten, die sich von der KPD trennten, zumal viele KPD-Mitglieder nach ihrem Austritt oder Ausschluß resignierten. In Salzgitter war zwar nur ein Betrieb betroffen - die Hütte -, doch es gab im Grunde nur zwei Betriebe, nämlich außer der Hütte den Bergbau, der zumindest mittelbar auch von der drohenden Demontage betroffen war; diejenigen, die sich in Salzgitter von der KPD trennten, taten es deshalb, weil ihnen die Zugehörigkeit zu dieser Organisation zum Hindernis für die Lösung der Aufgabe geworden war, vor die sie sich gestellt sahen, d. h. die Ausgetretenen und Ausgeschlossenen waren bereit, weiterzuarbeiten. Zudem konnten sich diese ehemaligen KPD-Mitglieder um einige Kommunisten sammeln, die es bereits "gewohnt" waren, ohne großen Parteiapparat und Weisungen von oben zu arbeiten, und in der Lage waren, die anstehenden Aufgaben anzupacken. Neben Erich Söchtig war es vor allem Waldemar Bolze ⁶⁾, der diese Funktion als Kristallisationspunkt erfüllen konnte. Der alles entscheidende Punkt, der die Spaltung der KPD in Salzgitter von denen in anderen Orten unterschied, war die Situation in der Arbeiterschaft, die hier nicht die Möglichkeit hatte, sich mit der bestehenden Lage zu arrangieren, sondern die gezwungen war zu kämpfen: es war also latent - und nicht nur im historischen Sinne - die Bewegung in der Arbeiterschaft vorhanden, die einer Führung bedurfte, so daß diejenigen, die sich von der KPD lösten, um diese Führung schaffen zu können, sich auf eine reale Kraft stützen konnten. In vielen anderen Orten, wo die GAP sich von der KPD abspaltete, hatte die von der Gruppe richtig geführte Kritik an der KPD nur wenig Entsprechung in den

5) Söchtig, S. 21

6) Vergl. die Kurzbiographie Waldemar Bolze im Anhang.

breiten Arbeiterschichten, die auch für eine kommunistische Politik, die die schweren Fehler der KPD vermied, nicht mehr zu gewinnen waren, d. h. während an den meisten Orten die KPD zur Sekte herabsank und die GAP über den Status eines Zirkels nicht hinauskam, war in Salzgitter die GAP in der Lage, bewußter Teil einer Aktion der Arbeiterschaft zu werden, diese zu fördern und zu entwickeln.

Die formelle Trennung der GAP von der KPD vollzog sich in Salzgitter im ersten Halbjahr 1948, als Söchtig aus der KPD austrat⁷⁾ und andere ausgeschlossen wurden bzw. ebenfalls austraten, wobei führende lokale und überregionale KPD-Funktionäre versuchten, Söchtig als führendes Mitglied der Gruppe in der KPD zu halten. Söchtig berichtet: "Einer, der mich davon (vom KPD-Austritt d. V.) abhalten wollte, war Hans Hoffmann, dann aber auch Kurt Müller, der stellvertretender Vorsitzender der KPD... war, der zweite Mann nach Reimann, der zu mir in die Wohnung gekommen ist und der mich belatschern wollte, ich sollte also nicht austreten"⁸⁾. Zum harten Kern der GAP gehörten etwa 40, die sich im gleichen Zeitraum wie Söchtig von der KPD trennten⁹⁾, doch wuchs die Zahl derjenigen, die von der KPD zu GAP gingen, im Laufe der Jahre - bis etwa 1951/52 - auf 120 an¹⁰⁾.

7) "Erich Söchtig war ... von 1945 bis 1948 Mitglied der Landesleitung Niedersachsen der KPD, aus der er selbst ausschied" (Nd. Arsti 2/3/2). Auf einer Sitzung der IGM-Ortsverwaltung im September führte Söchtig aus: "Einmal bin ich wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit aus der Partei ausgeschlossen worden, und dieses Mal bin ich selber gegangen." Zitiert nach Müller, S. 66.

8) Söchtig, S. 1 f. - Hans Hoffmann gehörte der KPD an und war für sie Mitglied im Rat der Stadt. 1950 wechselte er zur SPD, deren Ortsverein in Salzgitter-Lebenstedt er lange Jahre leitete. - Müller wurde seine Intervention später von der KPD angekreidet: vergl. Wahrheit, 2. Jg., Nr. 76, S. 4 f.

9) Vergl. Söchtig, S. 5; Kienhorn, S. 6.

10) Die Angaben Söchtigs gegenüber Stoffregen (Stoffregen, S. 107) beziehen sich auf diese Gesamtzahl. - Vock schildert die Entstehung der GAP so: "Sofort nach Beendigung des Krieges hatte das damalige KPD-Mitglied Söchtig eine starke Betriebsorganisation der KPD in der Hütte und im Erzbergbau mit aufgebaut. Aufgrund tiefgreifender parteiinterner Differenzen in grundsätzlichen Fragen der Gewerkschaftspolitik und der Stellung zur Sowjetunion und den sich entwickelnden osteuropäischen Volksdemokratien kam es Ende 1947 zum Bruch mit der KPD. Diesem Bruch folgte die Absplitterung der 'Gruppe Arbeiterpolitik' von der KPD (ca. 10 % ehemalige salzgitterer KPD-Mitglieder)". Vock, S. 48 f.

Diejenigen, die mit Söchtig die KPD verließen, kamen ganz überwiegend aus dem Organisationsbereich der IG Metall, während die Positionen der KPD im Bergbau von der Abspaltung der GAP nicht berührt wurden. Da nach Auskunft W. Wegener ¹¹⁾ die politische Position des wichtigsten KPD-Funktionärs im Bergbau, Alfred Schoch, sich nicht wesentlich von der der GAP unterschied und sich die Betriebsarbeiter der KPD an den verschiedenen Kampagnen der Kreisleitung der Partei gegen Söchtig nicht beteiligten, scheint diese Form der Spaltung entlang der Linie Hütte-Bergbau weniger auf politische Differenzen zurückzuführen zu sein als vielmehr darauf, daß der Bergbau von der Demontage nicht direkt betroffen war und somit hier die Differenz mit der KPD nicht auf organisatorische Konsequenzen hindrängte. Als ab 1950 die KPD auch im Bergbau begann, ihren Einfluß einzubüßen, geschah das durch Austritte von wichtigen Mitgliedern wie W. Wegener und A. Schoch, die sich aber dann der SPD anschlossen und sich de facto auf ihre gewerkschaftlichen und betrieblichen Positionen zurückzogen ¹²⁾.

Im 1947 gewählten Hauptbetriebsrat der Reichswerke gehörten Söchtig, Hein Wegener und Otto Bergmann der GAP an, wobei die beiden übrigen Mitglieder, Schoch (KPD) und Paul Robert (SPD) sich politisch nicht so verhielten, daß es zu einer dauernden Konfrontation zwischen der GAP-Mehrheit und der Minderheit gekommen wäre ¹³⁾. 1948 blieben weiterhin Söchtig und H. Wegener die beiden Vorsitzenden des HBR ¹⁴⁾. Als dann die Unternehmensstruktur der Reichswerke geändert wurde und in der Folge ein Betriebsrat Hütte entstand, der im April 1949 gewählt wurde, ergab sich folgendes Bild: Söchtig wurde mit 35 Stimmen erneut Vorsitzender des Betriebsrates, wobei sein Gegenkandidat Klingelhage lediglich 8 Stimmen erzielte; H. Wegener brachte es auf 41 Stimmen und wurde 2. Vorsitzender. Neben diesen beiden GAP-Mitgliedern gehörten dem Geschäftsführenden Ausschuß (GA) mit Max Müller und Putzki zwei weitere GAP-Anhänger an, so daß Paul Robert als fünftes GA-Mitglied mit seinem distanzierten Verhältnis zur Politik der GAP keine Rolle spielen konnte ¹⁵⁾.

11) Vergl. Wegener, S. 12 f; ähnlich äußerte sich auch Söchtig, S. 9 und Lambrich, S. 2.

12) Vergl. Wegener, S. 12

13) Vergl. Müller, S. 28 f

14) Vergl. ebenda, S. 29

15) Vergl. ebenda, S. 45 ff

Der IG Metall-Ortsverwaltung gehörte Söchtig als 2. Vorsitzender an, während die GAP-Anhänger M. Müller, Otto Bergmann und Karl Sievers Beisitzer waren; zwar hatte die Ortsverwaltung 5 weitere Mitglieder, wobei Paul Robert Vorsitzender war, doch unternahmen diese Mitglieder nie den Versuch, gegen die vom Betriebsrat Hütte vorgezeichnete Politik vorzugehen¹⁶⁾. Da auch dem 12-köpfigen Vorstand des DGB-Kreises mindestens vier GAP-Mitglieder angehörten, so Erich Söchtig als 2. Vorsitzender¹⁷⁾, hatte die GAP nach ihrer Trennung von der KPD sowohl im Betriebsrat Hütte als auch in der IG Metall und im DGB entscheidende Positionen erreicht, von denen aus sich für die GAP die Möglichkeit eröffnete, die eigene Politik umzusetzen, zumal Mitglieder der SPD und der KPD vor allem im Betriebsrat praktisch die Politik der Gruppe unterstützten. Bei der SPD galt das nicht nur für diejenigen, die zugleich der GAP angehörten wie H. Wegener, sondern auch für Sozialdemokraten, die zwar die GAP als kommunistisch ablehnten, aber die praktische Politik, die die Gruppe vorschlug und durchführte, unterstützten¹⁸⁾. Versuche der KPD-Kreisleitung und des SPD-Bezirksvorstandes, ihre Mitglieder gegen die GAP bzw. gegen deren Hauptsprecher Söchtig zu mobilisieren, schlugen völlig fehl¹⁹⁾, da die Mitglieder beider Parteien die Anweisungen ihrer Zentralen nicht befolgten; insbesondere die Angriffe der KPD-Kreisleitung auf Söchtig als Verräter, Agenten etc. schaden der Partei mehr als Söchtig, und das auch in den Reihen der eigenen Organisation²⁰⁾. Die GAP verstand es, über den ursprünglichen Kreis von ehemaligen KPD-Mitgliedern hinaus Einfluß zu gewinnen, vor allem den Funktionärskörper der IG Metall in der Hütte politisch zu beeinflussen und organisatorisch zu einem wirksamen Instrument zu machen, mit dem die Belegschaft der Hütte schnell zu informieren und zu aktivieren war. Eigens zur Schulung der IGM-Funktionäre wurde das GAP-Mitglied Helmerichs von der IG Metall - Ortsverwaltung Salzgitter eingestellt²¹⁾.

16) Vergl. ebenda, S. 51

17) Vergl. ebenda, S. 50 f

18) Vergl. ebenda, S. 46 ff. - Ähnlich äußerten sich auch Söchtig und Kienhorn.

19) Vergl. Müller, S. 67 ff und S. 97

20) Vergl. ebenda, S. 98 ff

21) Vergl. ebenda, S. 34; Interview vom 4. 11. 1974, S. 14. - Helmerichs hatte vor 1933 der SAP angehört; Anfang der 50er Jahre zog er sich von der GAP und der Gewerkschaftsarbeit zurück.

Eine zentrale Bedeutung für die Konsolidierung der GAP in Salzgitter hatte die Arbeit Waldemar Bolzes, der 1948 offiziell nach Salzgitter kam, nachdem er vorher bereits einige Male illegal aus Frankreich eingereist war ²²⁾. Bolze übernahm nicht nur zusammen mit Theo Bergmann die Erstellung der verschiedenen Materialien, die von Salzgitter aus mit Kurieren an die verschiedenen Orte, wo sich GAP-Gruppen sammelten, verschickt wurden ²³⁾, sondern Bolze war auch derjenige in Salzgitter, der auf Grund seiner großen Erfahrungen in der Arbeiterbewegung und auf Grund seines theoretischen Wissens ein Art Gegenwicht zu Erich Söchtig bilden konnte, der - auf Grund seiner Funktion - immer in der Gefahr stand, sich in der täglichen Kleinarbeit aufzureiben. Theo Bergmann, der in dieser Zeit sehr intensiv mit Bolze zusammenarbeitete, beurteilt das Wirken von ihm so: "Waldemar Bolze hatte einen wesentlichen Einfluß auf die politische Richtung (der Gruppe d. V.) insgesamt, auf die Gewerkschaftspolitik, die ein wesentlicher Teil der politischen Aktivität der Gruppe war, auf den Inhalt der Zeitung und auch auf die Tätigkeit der Gruppe in Salzgitter und in anderen Orten. Er war als Referent außerordentlich beliebt, außerordentlich eindrucksvoll, sehr überzeugend und hat auch durch sein ganzes Verhalten einen großen Eindruck gemacht und hinterlassen" ²⁴⁾. Auch ein Mitglied der GAP in Salzgitter kommt zu einer ähnlichen Einschätzung: "Solange er hier war, war er - im Hintergrunde natürlich - der treibende Motor... (Bolze d. V.) hat hier eine ausschlaggebende Rolle gespielt" ²⁵⁾. Seine Rolle als Theoretiker der GAP bestätigen auch W. Wegener ²⁶⁾, und Kienhorn, der berichtet: "Waldemar war mehr der Theoretiker dieser Gruppe, aber seine Theorien stimmten nicht immer mit den tatsächlichen Verhältnissen, die in den Betrieben vorhanden waren, überein, und die Maßnahmen, die er ... entwickelte aus Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, waren nicht immer durchzuführen. Dadurch gab es auch Spannungen zwischen Waldemar und Söchtig" ²⁷⁾.

22) Vergl. auch die Teile 4.2.2., 4.4. und 6.3. dieser Arbeit

23) Vergl. Interview vom 4.11.1974, S. 8 f

24) Th. Bergmann I, S. 16

25) Interview vom 4.11.1974, S. 16 f

26) Vergl. Wegener, S. 15

27) Kienhorn, S. 12

Diese in den Gesprächen mit dem Verfasser dieser Arbeit auch von einigen anderen, so auch von Söchtig,angedeutete Kritik an den politischen Vorstellungen Waldemar Bolzes – er habe bei seinen Vorschlägen zuweilen zuwenig die vorhandenen Kräfteverhältnisse und das Bewußtsein der Masse der Arbeiter berücksichtigt – treten aber auch bei diesen damaligen GAP-Mitgliedern zurück hinter eine sehr positive Bewertung seiner Arbeit²⁸⁾.

Neben der Erstellung des politischen Materials der GAP und später der maßgeblichen Mitarbeit an der Zeitschrift "Arbeiterpolitik" bestand ein großer Teil der politischen Aktivitäten Bolzes in der Schulung und organisatorischen Stabilisierung der Gruppe. Einige Beispiele sollen das verdeutlichen: in der FAMAS, dem Nachfolgebetrieb der Stahlwerke Braunschweig, führte er zusammen mit einem dort arbeitenden GAP-Mitglied Schulungen durch²⁹⁾; in Othfresen bei Salzgitter hielt er in einer Gewerkschaftsgruppe der IG Bergbau ebenfalls Schulungen ab³⁰⁾. Diese Schulungen waren ein Teil des Versuches, den Einfluß der GAP über die Hütte hinaus auszuweiten. Um seine eigenen politischen Erfahrungen weiterzugeben, verfaßte Bolze das Manuskript "Der Weg der Gewerkschaften"³¹⁾, das in den Schulungen der Gruppe benutzt wurde³²⁾.

Durch den Einsatz Bolzes war es möglich, die Gruppe politisch zu festigen, und es gelang ihr auch, neue Mitglieder zu gewinnen, die von ihrem Lebensweg her zunächst keinen Zugang zur kommunistischen Bewegung hatten. Dazu ein Beispiel: nach dem Kriege kam Erich Sewald³³⁾ in die Reichswerke; er war Berufssoldat gewesen und wurde deshalb von einigen KPD-Leuten in der Hauptwerkstatt, wo er als Schlosser arbeitete, angegriffen und abgestempelt. Da er sich von Anfang an sehr aktiv für seine Kollegen einsetzte, traten bei der Betriebsratswahl 1947 einige an ihn heran, die sich von den bisherigen kommunistischen Betriebsräten

28) Vergl. auch das von der GAP verfaßte Vorwort zu: Bolze, S. VII ff.; vergl. auch den Nachruf auf Waldemar Bolze im Anhang dieser Arbeit bei der Kurzbiographie Waldemar Bolze.

29) Vergl. Interview vom 4. 11. 1974, S. 12

30) Vergl. Lambrich, S. 1 f

31) Vergl. Teil 4.4., Fußnote 28

32) Vergl. Th. Bergmann I, S. 16

33) Vergl. Kurzbiographie Erich Sewald im Anhang

nicht vertreten fühlten. Auf ihr Drängen hin stellte er sich zur Wahl und wurde zum Betriebsrat gewählt. Durch intensive Diskussionen mit Waldemar Bolze und durch die Erfahrungen, die er mit der betrieblichen und gewerkschaftlichen Tätigkeit der GAP machte, wurde er nicht - wie es vorprogrammiert schien - zum Vorkämpfer einer anti-kommunistischen Politik, sondern schloß sich der Gruppe Arbeiterpolitik an³⁴⁾. Besonders wichtig war es für die GAP, bereits früh einige jüngere Arbeiter für die Politik der Gruppe zu gewinnen, was ihr den Zugang zu der Generation, die durch die HJ gegangen war, erleichterte³⁵⁾.

In der Hütte bildete die Hauptwerkstatt ein Zentrum der GAP: hier wurden bei 300 Belegschaftsmitgliedern 30 Exemplare der "Arbeiterpolitik" verkauft, im Stahlbau - einer Abteilung der Hauptwerkstatt - kaufte jeder 5. die Zeitschrift. Hier arbeiteten u. a. Erich Sewald, Wilhelm Weber und Herbert Jentsch, die zur GAP zählten. Ein zweiter Schwerpunkt der GAP in der Hütte war die Gießerei, wo u. a. Waldemar Bolze, Peter Müting und Gerhard Werner³⁶⁾ arbeiteten; Werner war dort seit 1947 Betriebsrat.

Während in Salzgitter die organisatorischen Formen für die Anleitung und Entwicklung des zu erwartenden Widerstandes der Arbeiter gegen die Demontage geschaffen wurden, wurde in der "Arbeiterpolitik" laufend über die Demontage, ihre Hintergründe und über die vorhandenen Abwehrmaßnahmen berichtet. Nachdem bereits Thalheimer in seiner Potsdam-Broschüre und die GAP im Artikel "Warum 'Arbeiterpolitik'?" klargelegt hatten, weshalb die revolutionären Kräfte in Deutschland die Demontagen ablehnen mußten, analysierte die Gruppe Anfang 1949 den "Kampf gegen die Demontagen"³⁷⁾. Danach demontierten die Westmächte deshalb, weil die durch den Ausgang des 2. Weltkrieges verursachte "Schrumpfung des Weltmarktes und Verschärfung des Konkurrenzkampfes ... die Vertreter aller kapitalistischen Regierungen (zwingen d. V.), jede bestehende und neu entstehende Konkurrenzgefahr mit allen Mitteln zu bekämpfen"³⁸⁾, wobei sich zwischen den drei Westmächten Unterschiede zeigten: "In den

34) Vergl. Mitteilung von Erich Wittemann am 24. 12. 1974, S. 2; Kienhorn berichtet: "Da kann ich mich noch an eine Erzählung von Sewald erinnern daß er durch eine Diskussion mit Waldemar Bolze dann zur Arpo gestoßen ist". Kienhorn, S. 5.

35) Vergl. Lambrich, S. 1; Befragung von Herbert Jentsch durch Gundula Müller am 22. 9. 1973, S. 1.

kapitalstarken USA treten einflußreiche Gruppen für die Einschränkung der Demontage ein. Im kapitalschwachen Frankreich verlangen alle Kapitalisten ohne Umschweife ihre rücksichtslose Durchführung. England steht in der Mitte" ³⁹⁾. 1949 deutete die Konstellation im Lager der Siegermächte noch auf Fortführung der Demontagen aus Konkurrenzgründen, obwohl die Führungsmacht, die USA, bereits eine andere Politik steuerte - die der Stärkung des Kapitalismus in den Westzonen.

Da sich die Arbeiter gegen die Vernichtung ihrer Existenzgrundlagen zu wehren begannen, wofür die "Arbeiterpolitik" Beispiele nannte ⁴⁰⁾, erließ die britische Militärregierung den Sofortbefehl vom 15. 12. 48 an die IG Metall, in dem dieser befohlen wurde: "Sie werden alle notwendigen Schritte unternehmen, die gewährleisten, daß die Arbeit in allen zu demonstrierenden Betrieben weitergeht" ⁴¹⁾. Als die IG Metall daraufhin erklärte: "Sie sieht sich außerstande, nach Erlaß des Befehls in der Angelegenheit noch tätig zu sein" ⁴²⁾, bestätigte sie damit die Einschätzung der GAP, die in den Gewerkschaften nicht die Klassenorganisation der deutschen Arbeiter sah, sondern ein Instrument, dessen sich die Besatzungsmächte bedienten, "um die deutschen Arbeiter gefügig zu machen" ⁴³⁾. Diese 1945 von Thalheimer vertretene Position wurde auf Grund der bis Ende 48 gewonnenen Erfahrungen mit diesen Gewerkschaften dahingehend modifiziert, daß die Gewerkschaftsführer zwar auf ihre - arbeitsgemeinschaftliche - Art versuchten, für die Arbeiter einzutreten, vor dem Druck der Besatzungsmächte aber zurückwichen, womit sie anfangen, sich selbst aufzugeben. Wenn die GAP schrieb: " Die Kapitulation der Gewerkschaftsführer ist vollständig. Sie gehorchen - wenn auch widerwillig - in der Illusion, damit die Gewerkschaften zu retten. Vor einem eventuellen Verbot durch die Militärregierung können die Gewerkschaften so gerettet werden. Das stimmt - aber um den Preis, daß sie sich selbst umbringen" ⁴⁴⁾, so wurde in dem Augenblick, wo von einer

36) Vergl. Kurzbiographie Gerhard Werner im Anhang

37) Arpo 2/1/2

38) Ebenda

39) Arpo 2/1/4

40) Vergl. Arpo 2/1/3. Es handelte sich um Abwehraktionen im Ruhrgebiet.

41) Arpo 2/1/4

42) Ebenda

43) Ebenda

44) Ebenda

Kapitulation der Gewerkschaftsführer geschrieben wurde, diesen unterstellt, vor dieser Kapitulation einen – wie auch immer gearteten – Gegensatz zu den Interessen der Besatzungsmächte gehabt zu haben, denn sonst wäre es sinnlos, von einer Kapitulation zu sprechen: ein bloßes Instrument kann nicht kapitulieren. Diese Argumentation, den Gewerkschaftsführern vorzuwerfen, die Interessen der Arbeiter aufzugeben, griff die Tatsache auf, daß der DGB der britischen Zone Anfang 1948 im "Bund" geschrieben hatte: "Kollegen und Freunde! Die Gewerkschaft kann keinen von Euch dazu bestimmen, den eigenen Arbeitsplatz zu demontieren. Sie könnte es auch dann nicht, wenn es ihr etwa befohlen werden sollte"⁴⁵⁾, und nach dem Befehl dann doch gehorchte. Diesen Widerspruch zwischen Worten und Taten konnte die GAP gegenüber Gewerkschaftsmitglieder ausnutzen, um diese für den Kampf um die Gewerkschaften zu gewinnen. Und die GAP war gezwungen, um diese Organisationen zu kämpfen, die sie selbst als Instrument der Alliierten – jetzt nur noch der Westalliierten – bezeichnete, denn die Gewerkschaften wurden von der breiten Mehrheit der Arbeiter anders gesehen als von der GAP: von diesen Arbeitern wollte und durfte sich die GAP nicht isolieren. Aus diesem Grunde zeigte sie auf, wie die Politik der Gewerkschaftsführung die Organisation in den Zusammenbruch führen mußte; das zu zeigen war an Hand der Demontagen leicht möglich, weil hier die Gewerkschaften ihre Mitglieder offensichtlich allein ließen.

Von der SPD war im Kampf gegen die Demontage nichts zu erwarten, ihre Minister waren es, die die Demontagebefehle umsetzten. Die KPD war "als verlängerter Arm dieser unseligen und den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus hohnsprechenden Besatzungspolitik (der SU d. V.) ... zur Ohnmacht verurteilt. Wie soll sie gegen den Demontagewahnsinn im Westen kämpfen, wenn die Russen die Demontageliste der Westmächte kritisieren, weil sie statt 1977 nur 681 Betriebe enthalte?"⁴⁶⁾

45) Ebenda

46) Arpo 2/1/5 – Wie die Politik der KPD praktisch aussah, zeigte die GAF mit folgender Meldung: "Der Daily Telegraph berichtet, daß die sowjetische Kommission zur Beobachtung der Demontage der Kruppwerke und des Walzwerkes in Essen-Borbeck noch in der britischen Zone ist. Bis die letzten Teile demontiert und in Kisten verpackt sind, dürften noch Wochen vergehen. Die Demontage von Schieß-Deufries in Düsseldorf und der Stahl- und Eisenwerke Bandeisen AG. in Dinslaken für die SU sind fast abgeschlossen. Ist das der Grund für die Schweigsamkeit der

Die westdeutschen Kapitalisten waren für die GAP beim Kampf gegen die Demontagen ebensowenig Bündnispartner wie beim Kampf für den Abzug der Besatzungstruppen, denn in beiden Fragen bewertete die Bourgeoisie die Sicherung ihrer Stellung als Hilfstruppe der Besatzungsmächte durch diese höher als nationale Unabhängigkeit und uneingeschränkte Verfügung über die eigenen Kapitalien. Zwar hatten die deutschen Kapitalisten ein Interesse an der Beendigung der Demontage, weil dadurch ihre Kontrolle über das nationale Kapital teilweise wieder hergestellt werden konnte, doch stimmte dieses Interesse nur äußerlich mit dem der Arbeiterklasse überein, für die nach Auffassung der GAP der Kampf gegen die Demontagen nur der erste Schritt auf dem Weg zur proletarischen Revolution gegen die deutsche Bourgeoisie und ihrer ausländischen Beschützer sein konnte⁴⁷⁾.

Für die GAP hatten die bisherigen Aktionen gezeigt, daß die Arbeiter Widerstand gegen die Demontage leisten konnten, doch "solange sich nur die einzelne bedrohte Belegschaft zur Wehr setzt und alle anderen warten, bis sie selbst an der Reihe sind, solange kann die Kampfkraft der Klasse nicht eingesetzt werden"⁴⁸⁾. Um einer einheitlichen Aktion näher zu kommen, war es notwendig, die Verbindungen zwischen den betroffenen Betrieben zu stärken und den Kampf um die Gewerkschaften zu führen, zwei Aufgaben, die die GAP zwar nennen und angehen, nicht aber auf sich gestellt lösen konnte.

noch 46) KPD? Die Arbeiter des Bochumer Vereins kämpften wochenlang um ihren Arbeitsplatz und ihre Arbeitsmittel - und die KPD schwieg!" Arpo 2/2/8.

47) Vergl. Arpo 2/1/5; vergl. auch Teil 2. dieser Arbeit. - Wenn es somit in dieser Frage kein Bündnis zwischen deutscher Bourgeoisie und Arbeiterklasse geben konnte, so war damit nicht ausgeschlossen, daß es den Kapitalisten gelingen konnte, die deutschen Arbeiter vor den Karren bürgerlicher Interessen zu spannen. Die Schwäche der Arbeiterbewegung in den Westzonen machte es wahrscheinlich, daß die Bourgeoisie sich ihre Kastanien von den Arbeitern aus dem Feuer holen ließ, zumal eine Gemeinsamkeit in der "technischen" Frage bestand, daß nämlich die von der Demontage bedrohten Anlagen erhalten werden sollten.

48) Arpo 2/1/6

In welche Richtung der Kampf gegen die Demontage zu gehen drohte, wenn es zu keiner einheitlichen Aktion der Arbeiterklasse kam, zeigte ein Beispiel in Bochum, wo die Kapitalisten die Geldstrafen für Demontageverweigerer bezahlten⁴⁹⁾. Wie weit der Weg der Arbeiterbewegung in Deutschland bis zu einer überörtlichen Aktion gegen die Demontage war, verdeutlichte die GAP im Mai 1949, als sie ihre eigene Forderung "Schluß mit allen Demontagen und Reparationen" mit den Worten "Gemessen an der heutigen Depression des deutschen Proletariats mögen diese Forderungen utopisch erscheinen"⁵⁰⁾ kommentierte. Wenn die GAP doch mehr oder weniger Propaganda für diese Forderung und andere wie der nach der Räumung Deutschlands machte, dann aus der Einsicht heraus, daß dem Proletariat, "um aus dem Niedergang herauszukommen, ... kein anderer Weg (bleibt d. V.), als sich eine eigene Führung zu schaffen und den Kampf für ihre Klasseninteressen aufzunehmen"⁵¹⁾

Als es im Sommer 1949 im Ruhrgebiet erneut zu Widerstand gegen Demontagen kam, blieb dieser weitgehend isoliert und erfolglos: "Auf sich allein gestellt, ohne jeden organisatorischen Rückhalt, mußten die Arbeiter von Gelsenkirchen, Castrop-Rauxel, Bergkamen unterliegen, ... Nur wenn die Arbeiter ganz Deutschlands aus dem mutigen, wenn auch besiegten, Widerstandsversuch der Ruhrarbeiter die Lehre ziehen und auch Einzelkämpfe mit ihrer ganzen Solidarität unterstützen, besteht Aussicht auf Erfolg"⁵²⁾. In der "Arbeiterpolitik" erschienen immer wieder Berichte von Aktionen gegen die Demontage"⁵³⁾, die dann im September 1949 zu den "Lehren des Kampfes gegen die Demontagen"⁵⁴⁾ verarbeitet wurden: zwar gab es - vor allem im Ruhrgebiet - Widerstand, doch "die Militärregierung nimmt diesen noch sporadischen und erst entstehenden Widerstand schon sehr ernst, viel ernster als alle Papierproteste der Nölting, Schumacher, Böckler. Sie setzt Militär ein und droht mit schärferen Maßnahmen"⁵⁵⁾. Weiterhin stand fest, daß einige Demontagen trotz Marshallplan durchgeführt wurden; außerdem, daß der "Kampf"

49) Vergl. Arpo 2/3/3f

50) Arpo 2/5/6

51) Ebenda

52) Arpo 2/7/12

53) Vergl. Arpo 2/8/2, Arpo 2/9/2f, Arpo 2/11/12 und Arpo 2/12/11

54) Arpo 2/9/12

55) Arpo 2/9/13

der Bourgeoisie weniger gegen die Demontage als um die "Steuergrößen der Werktätigen" ging, an denen sie sich schadlos halten wollten. Die entscheidenden beiden Punkte der Erfahrungen der bisherigen Anti-Demontage-Aktivitäten war die: "5. Die offiziellen Organisationen lassen die kämpfenden Arbeiter offen und eindeutig im Stich. Da die koordinierende Kraft einer wirklichen revolutionären Partei noch fehlt, bleiben die Solidaritätsaktionen stecken. 6. Die Folge muß sein, daß die mutigen Kampfaktionen an den einzelnen Orten niedergeschlagen werden und anfänglich die Depression der Arbeiter noch verstärkt wird " ⁵⁶⁾. Diese Erfahrungen waren nach Auffassung der GAP der Ausdruck eines unvermeidlichen Durchgangsstadiums, das abgekürzt werden sollte, "in dem die Lehren gezogen werden: Nicht hoffen und warten auf Führungen, mehr eigene Initiative! Wahrung und Stärkung der Solidaritätsaktionen der nicht direkt kämpfenden Arbeiter! Verständigung unter den Kämpfenden in den verschiedenen Gebieten über gemeinsames Vorgehen ... Druck auf die Gewerkschaftsführung, um sie zur Unterstützung zu zwingen oder beiseite zu schieben " ⁵⁷⁾. Wenn auch die GAP aus einigen Aktionen im Ruhrgebiet schloß, daß es dort "wirkliche Kommunisten (gab d. V.), mit denen wir noch keine Verbindung haben, die aber unbedingt hergestellt werden muß" ⁵⁸⁾, so wurde doch mit der Zeit deutlicher, daß die richtig erkannten Aufgaben mit der Kraft der GAP nicht durchzuführen waren.

Auch von Seiten der Arbeiter in den Ländern der Besatzungsmächte gab es nur sehr wenig Unterstützung für den Kampf gegen die Demontagen; statt von Solidarität mußte die GAP davon berichten, wie die KP Frankreichs die französische Regierung nicht deshalb kritisierte, weil sie sich an der Ausplünderung Deutschlands und der Unterdrückung der deutschen Arbeiterklasse beteiligte, sondern weil sie sich nicht genug beteiligte ⁵⁹⁾. Die UdSSR hatte die Demontagen in der Ostzone 1947 weitgehend abgeschlossen und versuchte, den Aufbau in dieser Zone dadurch zu unterstützen, daß sie einige bereits demontierte Anlagen zurückgab, doch da-

56) Ebenda

57) Ebenda

58) Arpo 2/9/12

59) Die GAP zitierte die "Humanité" vom 29. 9. 1949: "Wir sollten die Ruhrkohle eigentlich gratis als Reparationen erhalten. Aber die französischen Regierungen der letzten beiden Jahre haben auf diese, unsere Rechte, verzichtet". Arpo 2/10/16. Vorher, als die Regierung nicht

durch konnte sie die verheerenden Folgen ihrer vorher praktizierten Politik nicht wieder ausgleichen. Die GAP hatte "von Anfang an darauf hingewiesen, daß hier Produktionsmittel der deutschen Arbeiterklasse demontiert wurden – und zugleich demontierte man damit erhebliche Mengen Sympathie für die SU. Man demontierte die Aufbaukraft des kommunistischen Lagers in der Ostzone und die Kampfkraft des kommunistischen Lagers in den Westzonen ... Mit den jetzigen Rückgaben kann die SU nur tropfenweise die Sympathien zurückgewinnen, die sie faßweise abfließen ließ und in Form von Reparationen aus der laufenden Produktion noch täglich abfließen läßt" ⁶⁰⁾. Da zusätzlich die UdSSR teilweise noch auf Demontagen in den Westzonen drängte, konnte die Einstellung und teilweise Korrektur der Demontagen in der Ostzone die Situation der westdeutschen Arbeiter im Kampf gegen die Vernichtung ihrer Existenzgrundlage nicht verbessern.

Die Gewerkschaften als umfassendste Organisation waren nicht bereit die verschiedenen Aktionen gegen die Demontage zusammenzufassen und zu koordinieren, weil eine solche Politik in der Konsequenz auf einen Zusammenstoß mit den Westmächten hinausgelaufen wäre, doch die Möglichkeiten der GAP reichten nicht aus, die Gewerkschaften dazu zu zwingen. Die GAP konnte nur Initiativen unternehmen und Vorschläge machen, nicht aber die Aktivität der Arbeiter ersetzen. Die spontanen Aktionen der Arbeiter an den verschiedenen Orten hatten nicht die Kraft, das Aufbegehren in einem systematischen Kampf zu verwandeln. So wurde es im Laufe des Jahres 1949 immer deutlicher, daß die Arbeiter in Salzgitter auf sich allein gestellt blieben. Von diesen Bedingungen konnten sich die möglichen Aktionen der Arbeiter auch nicht dadurch emanzipieren, daß in Salzgitter eine kommunistische Gruppe – die GAP – die anerkannte Führung der betroffenen Arbeiterschaft erarbeitet hatte und daß diese Gruppe über eine richtige Einschätzung der Situation verfügte. Deshalb mußte sich die GAP immer wieder gegen die KPD wenden, deren Rat gerade "in der abenteuerlichen Illusion (gipfelte d. V.), daß eine einzelne Belegschaft unter heroischer Aufopferung ihrer Funktionäre die Aufgabe

noch 59) verzichtete, hatte die KPF noch mitregiert .

60) Arpo 2/12/10

lösen könne, die nur durch die mobilisierte geschlossen handelnde Massenkraft gelöst werden kann" ⁶¹⁾. Wenn die KPO in ihrer Plattform festgestellt hatte: "Die Kommunisten berücksichtigen in jedem Kampf die vorhandene Kraft der Arbeiterklasse, Anarchisten und Ultralinke tun das nicht. Sie betreiben eine ... Putschtaktik" ⁶²⁾, so galt das auch für die Situation in Salzgitter; für die GAP mußten "die Arbeiter in Salzgitter ... den Kampf gegen die Vernichtung ihrer Lebensgrundlage ... aufnehmen, soweit die Kräfte reichen" ⁶³⁾, und an diesen Kräften mußte sich die GAP orientieren und versuchen, sie zu entwickeln.

Eine Aufgabe bestand darin, die Produktion in der Hütte in Gang zu halten, um einerseits Arbeitsmöglichkeiten für eine möglichst große Zahl von Arbeitern zu schaffen und um andererseits die Arbeiter in der Nähe der von der Demontage bedrohten Anlagen zu halten. Als KPD-Mitglieder demgegenüber mit der Forderung nach einem 24stündigen Generalstreik auftraten, da – so berichtet Erich Söchtig – "habe ich ihnen erklärt, daß sie 24 mal verrückt sind. Wenn hier nicht produziert wird und die Besatzungsmächte das Werk besetzt haben: was heißt dann hier 24-stündiger Generalstreik?" ⁶⁴⁾. Daß diese Ablehnung des KPD-Vorschlages nicht nur auf die GAP beschränkt war, zeigte sich, als die KPD einen entsprechenden Antrag auf einer Funktionärskonferenz der IG Metall stellte, wo er mit 200 bis 300 gegen 5 Stimmen abgelehnt wurde ⁶⁵⁾.

Um die Hütte nicht einfach den Besatzungsmächten zu überlassen, traten die GAP und mit ihr der Betriebsrat dafür ein, daß einzelne Anlagen in Betrieb genommen wurden; zur Sicherung des Absatzes der Produktion unternahm eine Delegation der Betriebsräte der verschiedenen Gesellschaften der Reichswerke unter Leitung Söchtigs eine Reise nach Ost-Berlin zur dortigen "Deutschen Wirtschaftskommission" im Mai 1949, die zum Abschluß von einigen Verträgen mit der Verwaltung der Ostzone führte ⁶⁶⁾; diese Abkommen halfen mit, die Produktion aufrecht zu erhalten und die Löhne für die Belegschaft zu beschaffen. Dieses Vorgehen Söchtigs und anderer Betriebsräte rief bei KPD, SPD und den

61) Arpo 3/3/1

62) KPO-Plattform, S. 60, Frage 164

63) Arpo 3/1/2

64) Söchtig, S. 22

65) Vergl. Müller, S. 89 ff, wo auch die Position der KPD referiert wird.
– Nach dem Abstimmungsergebnis hatten nicht einmal alle KPD-Mitglieder für den Vorschlag der Partei gestimmt.

66) Vergl. zu den Einzelheiten Müller, S. 76 ff; Arpo 2/7/10 f.

Gewerkschaften unterschiedliche Reaktionen hervor, denen gemeinsam war, daß sie sich nicht an den Bedürfnissen des Kampfes gegen die Demontage orientierten, sondern an spezifischen Bedürfnissen der jeweiligen Organisationen. Während die KPD versuchte, die Reise zur DWK als ihren Erfolg darzustellen, was ihr nicht gelang, da sich die acht an der Fahrt beteiligten Betriebsräte, unter ihnen der bekannte KPD-Funktionär Alfred Schoch, in mehreren Flugblättern davon distanzieren, wollte die SPD diese Reise zum Anlaß nehmen, Söchtigs Stellung, die nach außen hin für die der GAP stand, zu schwächen, allerdings auch ohne Erfolg, denn der Betriebsrat Hütte wies mit 42 gegen 1 Stimme die Angriffe der SPD auf Söchtig zurück, wobei eine ganze Reihe in der SPD organisierter Betriebsräte gegen die offizielle Politik der SPD Stellung nahm; auch ein gegen Söchtig im Betriebsrat eingebrachter Mißtrauensantrag blieb ohne Erfolg und wurde mit 22 zu 12 Stimmen abgelehnt, wobei sich ein großer Teil der Kritik an dieser Reise daran festgemacht hatte, daß sie vorher nicht im Betriebsrat besprochen worden war. Der Grund für die Geheimhaltung der Reiseabsicht bis zu Beginn der Reise lag darin, daß so verhindert werden sollte, daß die Gewerkschaftsführung diese Aktion untersagte⁶⁷⁾. Nach der Reise wurde Söchtig, H. Wegener und zwei weitere Teilnehmer der Fahrt von IG Metall-Vorstand für die britische Zone und Bremen gerügt, und in einem Rundschreiben an die Bezirksleitungen, Ortsverwaltungen und Vertrauensleute machte der IG Metall -Vorstand darauf aufmerksam, daß "die Aufgaben für die Betriebsräte ... in den Betriebsrätegesetzen genau festgelegt"⁶⁸⁾ wären, um somit von vornherein weitere Aktivitäten von Betriebsräten dieser Art abzublocken. Da diese Aktion der IG Metall-Führung im deutlichen Kontrast zu ihrem Einsatz für die Belange der Arbeiter stand,

67) Wenn auch die Geheimhaltung nicht völlig gelang und so die Bezirksleitung Hannover der IGM - Bezirksleiter war Otto Brenner - die Betriebsräte darauf aufmerksam machte, daß die Reise gegen die gewerkschaftliche Disziplin verstoße, so konnte doch durch diese Taktik der Betriebsratsspitze vermieden werden, daß die Reise gegen einen expliziten Beschluß der IGM oder des DGB durchgeführt wurde; wäre das der Fall gewesen, so hätte das den Leitungen dieser Organisationen den Vorwand gegeben, die beteiligten Betriebsräte aus der Gewerkschaft auszuschließen. Vergl. Müller, S. 80 ff.

68) Erklärungen des IG Metall-Vorstandes Frankfurt, Petersen, vom 31. 5. 1949, zitiert nach Müller, S. 82

festigte die Reise zur DWK und die Reaktionen darauf noch das Ansehen und den Einfluß des Betriebsrates der Hütte und der GAP auf die Belegschaft dieses Betriebes.

Nachdem der Betriebsrat der Reichswerke schon verschiedentlich Protestschreiben an verschiedene mit der Demontage befaßte Stellen verschickt hatte ⁶⁹⁾, führte er in Zusammenarbeit mit den örtlichen Gewerkschaften am 17. und 18. August 1949 zunächst in den einzelnen Stadtteilen und dann in der Hütte selbst Protestversammlungen durch, wobei an der zuletzt genannten 12 000 bis 15 000 Menschen aus dem Salzgittergebiet teilnahmen. Während auf dieser Kundgebung die IG Metall durch ihren Bezirksleiter Otto Brenner vertreten war und auch die SPD mit einem Bundestagsabgeordneten auftrat, hielt es der DGB trotz Einladung nicht für nötig, einen Vertreter nach Salzgitter zu schicken, was noch einmal verdeutlichte, wie wenig von dieser Organisation für den Kampf gegen die Demontagen zu erwarten war. Als im November 1949 Verhandlungen der inzwischen gebildeten Bundesregierung und den Alliierten keinen Demontagestopp für die Reichswerke brachten, rief auf Vorschlag des Betriebsrates der örtliche DGB-Kreisausschuß zusammen mit den örtlichen Gliederungen von sechs Einzelgewerkschaften und dem BR Hütte erneut zu einer Kundgebung auf, an der noch mehr Menschen teilnahmen als im August, nämlich zwischen 20 000 und 50 000 ⁷⁰⁾. Bei der Vorbereitung dieser Protestkundgebung machte die KPD den bereits oben erwähnten Vorschlag eines Streikes, der jedoch verworfen wurde. Ein solcher Streik hätte nur Protestcharakter haben können und hätte nur dann eine Wirkung gehabt, wenn er nicht nur in Salzgitter, sondern auf großer Stufenleiter, also etwa in der gesamten britischen Besatzungszone durchgeführt worden wäre; einen solchen Streik zu organisieren, reichte die Kraft des Betriebsrates ebensowenig aus wie die der GAP oder die der KPD ⁷¹⁾.

Anfang Februar 1950 konstatierte die "Arbeiterpolitik" "steigendes Elend - abwartende Haltung der Bevölkerung im Salzgittergebiet. Die passive Hinnahme der Demontagefortsetzung in den noch vorgesehenen Betrieben Westdeutschlands (d. h. Nordrhein-Westfalen d. V.) durch die Gewerk-

69) Vergl. Müller, S. 82 ff; Zöllner, S. 47 ff.

70) Vergl. Müller, S. 93 71) Vergl. ebenda, S. 95 ff

schaftsführung, die angekündigten Notstandsmaßnahmen sowie das Ausbleiben wirksamer Solidaritätsaktionen anderer Betriebe machen die abwartende Haltung der Werktätigen nur zu verständlich ... Die zentralen Gewerkschaftsinstanzen verharren trotz dringender und direkter Appelle der Betriebsräte der Reichswerke in stoischer Passivität" ⁷²⁾. Nachdem Anfang Januar 1950 Schumacher in der Hütte gesprochen hatte, womit die Lage in Salzgitter noch einmal eine gewisse Publizität erlangte ⁷³⁾, spitzte sich im Februar die Situation zu, als die ersten Fundamente gesprengt wurden, was eine entscheidende Beeinträchtigung für einen späteren Wiederaufbau der Anlagen bedeutete, wenn dieser nicht sogar unmöglich gemacht wurde.

Als deutlich war, daß auch in dieser Lage von den Gewerkschaftsführungen nicht zu erwarten war, daß sie Solidaritätsaktionen für Salzgitter einleiten würden, wurden im engeren Kreis der GAP in Salzgitter, dem u. a. die einflußreichsten Betriebsräte und Vertrauensleute angehörten, die möglichen Maßnahmen geplant. Einerseits verlangte die Zuspitzung der Lage Maßnahmen, die über die bis dahin praktizierten hinausgingen, andererseits waren die Bedingungen, die die GAP für weiterreichende Aktionen genannt hatte, nicht eingetreten bzw. konnten mit den vorhandenen Kräften nicht geschaffen werden. So konnte eine militante Aktion nicht nur kaum zum Auftakt der revolutionären Bewegung der ganzen deutschen Arbeiterklasse werden, sondern stand eher in der Gefahr, vom britischen Militär im Blut erstickt zu werden. 1950 war allerdings der Kurs der USA, Westdeutschland in den Aufmarsch gegen die UdSSR einzubeziehen, schon so weit Realität, daß dem Vorgehen der Besatzungsmacht gegen die Arbeiter in Salzgitter insoweit Grenzen gesetzt waren, als dieser Kurs dadurch nicht gefährdet werden durfte. Zugespißt gesagt war die Lage für die Kommunisten in Salzgitter so, daß sie in ihre Planungen den Aufmarsch des Imperialismus gegen die UdSSR aufnehmen "durften", nachdem die Auswirkungen der Deutschlandpolitik der Sowjetunion die Kampfbereitschaft weiter Teile der deutschen Arbeiterklasse zersetzt hatten. Dennoch war es unabdingbar, den Kampf gegen die Demontagen auch in dieser Situation aufzunehmen, denn Ausgangspunkt des Wiederaufstiegs der deutschen Arbeiterbewegung konnte nur die Aktion der deutschen Arbeiter

72) Arpo 3/3/1 73) Vergl. Müller, S. 103 f; Söchtig, S. 13

unter den vorhandenen Bedingungen sein.

In dieser Lage entwickelte die GAP ihr Vorgehen, das seit dem 2. März 1950 in die Tat umgesetzt wurde, wobei die GAP in der Lage war, mit Hilfe des aufgebauten Vertrauensleuteapparates der IGM in der Hütte die Belegschaft zu mobilisieren und zu zielgerichteten Aktionen zu führen, in denen die Belegschaft der Hauptwerkstatt als am besten organisierter Betrieb mit großem GAP-Einfluß eine entscheidende Rolle spielte. Am 2. März wurden von den Arbeitern zunächst die Sprengvorrichtungen an der Kokerei entfernt und anschließend zusammen mit anderen Demontagegeräten vernichtet. Nach Belegschaftsversammlungen am Freitag, den 3. 3., war die Mobilisierung der Arbeiter soweit fortgeschritten, daß am Montag, dem 6. 3., erneut gegen die Sprengungen an der Kokerei vorgegangen werden konnte. Wie sehr der auch offiziell von der GAP verwandte Begriff "spontane Aktionen" unzutreffend war, zeigte sich nicht nur daran, daß die Belegschaft der Gießerei, die über vier Kilometer vom Ort der Aktionen entfernt war, termingerecht geschlossen anmarschiert kam, sondern vor allem dadurch, daß die Aktionen sehr durchdacht ausgeführt wurden: nachdem die Sprengungen verhindert waren, zogen die Arbeiter zum Hochofen V weiter, wo die dort zu Demontearbeiten umfunktionierten Montagemasten an ihren Verspannseilen an Motorwinden angeschlossen und umgerissen wurden; danach zog der eine Teil zum "Brassert-Haus"⁷⁴⁾ und vernichtete die dort lagernden Pläne der Demontagefirmen, während ein anderer Teil die Zufahrtswege dorthin blockierte, um den Einsatz von Polizei bzw. britischen Truppen zu behindern. Als es am nächsten Tag bei erneuten Aktionen gegen die Sprengungen zur Konfrontation mit englischen Truppen kam, die inzwischen die deutsche Polizei, die nicht gegen die Arbeiter vorgegangen war, abgelöst hatten, zeigte es sich, daß die Belegschaft zum größten Teil militärische Erfahrungen hatte und so die Situation, in der die britischen Soldaten auf die Arbeiter anlegten, ohne Panik überstand⁷⁵⁾.

Zum Abschluß der Aktionen fand am 8. März eine Belegschaftsversammlung statt, zu der auch der Arbeitsminister Storch (CDU) aus Bonn angereist

74) Der Name "Brassert-Haus" erinnerte daran, daß ein Ingenieurbüro aus den USA die Reichswerke geplant und beim Bau die Aufsicht geführt hatte.

75) Vergl. Müller, S. 111

war ⁷⁶⁾, wo Söchtig als Betriebsratsvorsitzender die Belegschaft auf- forderte, die Arbeit wieder aufzunehmen, obwohl die Sprengungen in der Kokerei wieder fortgesetzt wurden. Die Anwesenheit eines Mitgliedes der Bundesregierung signalisierte jedoch, daß die Aktion in dem Sinne einen Erfolg gehabt hatte, daß die Bundesregierung einem Wiederaufbau der Hütte zusicherte. Drei Tage später fand dann auch der DGB-Vor- sitzende Böckler den Weg nach Salzgitter ⁷⁷⁾.

Die "Arbeiterpolitik" veröffentlichte einen längeren Bericht über die Aktion in Salzgitter, wobei die GAP versuchte, neben einer Schilderung der Ereignisse, die Lehren zu ziehen: "Die Sturmtage von Salzgitter haben ... ausgereicht, um den eisernen Vorhang des Schweigens über dem Hungergebiet zu zerreißen und die himmelschreiende Not ins Blick- feld der Arbeiterschaft Deutschlands und darüberhinaus zu stellen. Die Kampfkraft dieses Teils (der Arbeiterklasse d. V.) hat dem Gegner die Grenzen seiner Macht erst angedeutet. Mehr noch nicht. - Aber anderer- seits hat der Kampf den Arbeitern das Bewußtsein ihrer eigenen Kraft" ⁷⁸⁾ vermittelt, doch dieser Erfolg war nur von begrenzter Tragweite, "denn ein noch so opferbereiter Teil der Arbeiterklasse kann die notwendige Kraft zum Siege über die zusammengeballte Kraft kapitalistischen Irrsinns nicht aufbringen. Die ganze Arbeiterklasse mit all ihren Bundesgenossen muß mobilisiert und eingesetzt werden" ⁷⁹⁾. Die Kritik an den Gewerk- schaften ⁸⁰⁾ wurde an Hand der Vorgänge in Salzgitter ebenso erneuert wie die an KPD und SPD, zu denen es hieß: "Heute versagen die Führer der Arbeiterparteien genau wie vor 1933" ⁸¹⁾, doch für die GAP zeigte "das Gesamtergebnis des Kampfes im Salzgittergebiet ... , daß die Masser mehr gelernt haben als ihre Führer. Das berechtigt zu der Hoffnung, daß in der deutschen Arbeiterklasse trotz aller Hindernisse die Erkenntnis des richtigen Weges wächst" ⁸²⁾. Bezogen auf die GAP als Gruppe war

76) Vergl. ebenda, S. 113; Söchtig, S. 23; Arpo 3/6/2

77) Vergl. Müller, S. 113

78) Arpo 3/6/15 79) Ebenda

80) "Der DGB-Vorsitzende Böckler rät als logische Folge seiner sonder- baren Gewerkschaftspolitik vom Kampfe ab. Es ist der Verzicht auf den Kampf für die Verteidigung der proletarischen Klasseninteressen und Ze störung der Basis einer wirklichen Gewerkschaftseinheit". Arpo 3/6/16.

81) Ebenda

82) Ebenda

das Ergebnis der Aktionen, daß sich ihr Einfluß gefestigt und sich das Ansehen ihres bekanntesten Mitgliedes, Erich Söchtig, weiter erhöht hat während der Einfluß der KPD und der SPD weiter zurückgegangen war. Das Konzept der GAP – getragen vom Betriebsrat – hatte sich als erfolgreich erwiesen, wohingegen KPD und SPD kaum einen sichtbaren Beitrag im Kampf der Belegschaft geleistet hatten, im Gegenteil, sie hatten noch versucht, sich durch Angriffe auf Söchtig und die in den Augen der Arbeiter der Hütte von ihm repräsentierten GAP zu profilieren⁸³⁾. Durch die enge Verflechtung zwischen Betriebsrat und örtlicher IG Metall hatte die insgesamt negativ wirkende Rolle der Gewerkschaftsleitungen keine abträgliche Wirkung auf das Ansehen der Gewerkschaften, zumal gerade die GAP und damit der Betriebsrat immer wieder dafür eintraten, daß möglichst viele Belegschaftsmitglieder der IGM beitraten. Allerdings war die Stellung des Betriebsrates und vor allem Erich Söchtigs, des 2. Vorsitzenden Hein Wegener und Betriebsräten wie Erich Sewald, Gerhard Werner, Otto Bergmann und Wilhelm Weber, die alle zur GAP zählten bei der Belegschaft stärker als die der Gewerkschaft, was sich bestätigte, als die IGM-Spitze versuchte, gegen Söchtig vorzugehen. Bei allem Ansehen und Einfluß, den die GAP gewonnen hatte, war es doch so, daß die Gruppe in Salzgitter nicht das erreichen konnte, was die KPO die Eroberung der Arbeiterschaft für die Ziele und Grundsätze des Kommunismus genannt hatte⁸⁴⁾; so urteilt Erich Söchtig: "Für die Leute, die alle mitgerannt sind mit uns, die 30 000 ..., für die waren nicht die Thesen und die Parolen der Gruppe Arbeiterpolitik entscheidend, sondern für sie war entscheidend die Erhaltung des Arbeitsplatzes, damit sie war zu fressen hatten, und daß die Engländer ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen wollten und die Fundamente wegsprengen wollten"⁸⁵⁾. Für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze waren die Arbeiter bereit zu kämpfen, und die GAP verstand es, diesem Kampf eine Ausrichtung zu geben: "In diesem Sinne ist Salzgitter ... so etwas wie ein Musterbeispiel dafür, eine Situation richtig einzuschätzen, zu erkennen und auch den politisch richtigen Zeitpunkt abzapassen"⁸⁶⁾, doch damit war es noch lange nicht möglich, die objektive

83) Vergl. Müller, S. 112 und S. 114 f.

84) Vergl. KPO-Plattform, S. 32, Frage 82

85) Söchtig, S. 21

86) Söchtig, S. 21 f

Begrenztheit dieser Aktion zu überwinden, die allerdings erst im Nachhinein deutlich wurde. Die Kämpfe in Salzgitter wurden nicht – wie die GAP es damals noch erwartete – der Auftakt für einen neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung, weil sich die ökonomische Situation nicht so entwickelte, daß sie dem Proletariat keine Möglichkeit bot, sich in der bürgerlichen Gesellschaft einzurichten, sondern eher in die gegenteilige Richtung lief. Durch diese Entwicklung trat die für eine revolutionäre Entwicklung notwendige Voraussetzung – die tiefe Erschütterung der gesamten Klassenverhältnisse, wie es die KPO genannt hatte⁸⁷⁾ – nicht ein, und wo die Voraussetzung fehlte, konnte sie auch nicht genutzt werden. Die Vorstellung, wie sie die KPO entwickelt und die GAP aufgenommen hatte, über den Übergang von Tageskämpfen zum Kampf um die Macht, setzte die Gruppe politisch in die Lage, den Kampf in Salzgitter zu organisieren und sich bei den Arbeitern fest zu verankern, doch weil die von der Gruppe selbst benannten objektiven Voraussetzungen für den Übergang fehlten, war es auch in Salzgitter nicht möglich, den Rahmen von Aktionen für Tagesforderungen, für Verbesserungen im Kapitalismus, zu überschreiten. Die GAP in Salzgitter hatte sich allerdings die Position erarbeitet, die es ihr erlaubte, diesen Tageskampf zu führen, eine Position, die keine andere Gruppe der GAP erreichte. Die Situation – eine kommunistische Gruppe hat eine starke Position in der Arbeiterschaft es fehlen aber die Bedingungen, über Tageskämpfe hinauszugehen – trat in Salzgitter besonders deutlich hervor und betonte die Schwierigkeiten kommunistischer Politik unter nicht-revolutionären Bedingungen. Auf diese Schwierigkeiten wird noch in Teil 8. einzugehen sein.

Nach dem Abschluß der Aktionen gegen die Demontage begann die GAP in Salzgitter, das bei den Kämpfen gewonnene Ansehen in der Belegschaft politisch umzusetzen. Als die Auseinandersetzungen in der Hütte noch in vollem Gange waren, gelang es der GAP, Versuche der von ihr als neofaschistisch eingeschätzten DRP, in Salzgitter größeren Einfluß zu gewinnen, zu verhindern. Unter dem Druck der Belegschaft mußte eine Konzerngesellschaft der Reichswerke der DRP einen Kundengebungssaal verweigern, eine Veranstaltung der DRP wurde gesprengt und eine zweite mußte unter Polizeischutz stattfinden und abgebrochen werden, "weil vor

⁸⁷⁾ Vergl. KPO-Plattform, S. 32, Frage 80

dem Lokal Salzgitters Werktätige und Jugend protestierten, deren Zahl auf 4 000 geschätzt wurde ... Die Richter und Genossen (von der DRP d. V.) haben erfahren, daß im Salzgittergebiet ein anderer Wind weht als in ihrem Wolfsburg, wo leider noch keine bewußte Kraft gegen die heraufziehende Nazipest wirkt" ⁸⁸⁾. Während es der GAP gelang, größere Teile der Arbeiterschaft gegen die DRP zu mobilisieren, arbeitete die KPD in ihrem "Verteidigungskomitee zur Rettung der Reichswerke" mit dieser Partei zusammen ⁸⁹⁾ und sah ihren Hauptfeind in der GAP, deren Versammlungen sie einige Male vergeblich zu sprengen versuchte ⁹⁰⁾.

Die GAP führte in den folgenden Jahren in den verschiedenen Stadtteilen Salzgitters eine ganze Reihe von Vorträgen und anderen Veranstaltungen durch, über die sowohl die "Arbeiterpolitik" als auch die "Norddeutsche Arbeiterstimme" berichteten. Ende November 1950 referierte Heinrich Brandler auf der "ersten öffentlichen Versammlung im Salzgittergebiet" ⁹¹⁾ vor rund 200 Teilnehmern über den "Ausweg aus der Krise der internationalen Arbeiterbewegung", wobei der Bericht über diese Veranstaltung vermerkte: "Tags zuvor hatte die SPD rund 70 Zuhörer im selben Lokal" ⁹²⁾. Anfang 1951 sprach Waldemar Bolze über die Auseinandersetzungen um die Mitbestimmung; im Februar und März fanden zwei Veranstaltungen in Salzgitter-Bad und je eine in Salzgitter-Heerte, -Steterburg und -Watenstedt statt, die jeweils aktuelle Fragen behandelten ⁹³⁾. Neben Veranstaltungen dieser Art führte die GAP auch einen Kulturabend ⁹⁴⁾, eine "Lenin-Liebknecht-Luxemburg"-Feier ⁹⁵⁾ und eine Mai-Feier ⁹⁶⁾ durch. Die Aktivitäten der GAP in diese Richtung setzten sich fort und halfen dabei, interessierte Arbeiter an die Gruppe heranzuführen und die Stadtteilgruppen der GAP zu stabilisieren, die in Salzgitter-Bad, -Lebenstedt, -Gebhardshagen, -Steterburg und -Watenstedt bestanden ⁹⁷⁾.

88) Arpo 3/6/2 - DRP: Deutsche Reichspartei.

89) Vergl. Zöllner, Dokumente, S. 42; vergl. auch Arpo 3/6/16.

90) Vergl. Arpo 5/2/11 f

91) Arpo 3/23/11

92) Ebenda

93) Nd. Arsti 1/2/2

94) Vergl. Arpo 3/16/7

95) Vergl. Nd. Arsti 1/1/2 f; Arpo 4/2/10; Arpo 4/3/3

96) Vergl. Nd. Arsti 1/3/4

97) Vergl. Elflein IV, S. 3 f; Söchtig, S. 9.

Die Hauptarbeit leistete die GAP allerdings im Betrieb und in den Gewerkschaften, wobei der betriebliche Schwerpunkt der Gruppe in der Hütte lag und sie feste Verbindungen zur FAMAS – den ehemaligen Stahlwerken Braunschweigs – und zur SMG – einer Maschinenbaufirma – hatte; für die gewerkschaftliche Arbeit war die IG Metall und in zweiter Linie der DGB das Aktionsfeld der Gruppe. Der GAP gelang es allerdings nicht, über den Metallbereich hinaus Einfluß oder auch nur nennenswert Anhänger zu gewinnen ⁹⁸⁾. In der IG Metall entwickelte sich Dank der Initiativen der Mitglieder der GAP ein reges Organisationsleben, über das die Gruppe in ihren Publikationen ausführlich berichtete; die in den Gewerkschaftsversammlungen behandelten Themen reichten von den Tarifverhandlungen bis zum Kampf gegen die Remilitarisierung, wo sich die IGM in Salzgitter gegen den "Fette-Kurs" aussprach, der auf eine Förderung der Wiederbewaffnung durch den DGB hinauslief ⁹⁹⁾.

Eine wichtige Rolle in der Gewerkschaftsarbeit in Salzgitter spielte der Versuch der IG Metall-Führung, gegen Söchtig mit administrativen Mitteln vorzugehen. Auf einer Tagung in der Gewerkschaftsschule Rummenohl hatte "gar zu offen ... der IG Metall-Vorsitzende W. Petersen im April d. J. (=1950 d. V.) erklärt, daß der Zigeuner Söchtig fliegen müßte, auch wenn dabei ein paar tausend Mitgliedsbücher hinterhergingen" ¹⁰⁰⁾.

Den ersten Anlauf zur Verwirklichung dieses Vorhabens unternahm der Vorstand der IGM, als es zwischen dem BR Hütte und dem IGM-Vorstand zu Meinungsverschiedenheiten über die Besetzung des Postens des Arbeitsdirektors der Hütte kam. Als der IGM-Vorstand auf das Drängen des Betriebsrates, die Streitfrage zu klären, nicht einging und versuchte, den Betriebsrat vor vollendete Tatsachen zu stellen, brachten Söchtig und H. Wegener als Vorsitzende des Betriebsrates dem Aufsichtsrat des Unternehmens die Haltung der Betriebsräte zur Kenntnis ¹⁰¹⁾. Der IGM-

98) Vergl. Elflein I, S. 2; Söchtig, S. 9. – Diese Angaben wurden in allen Interviews in Salzgitter bestätigt.

99) So berichtete "Arbeiterpolitik": "Die Funktionäre der Hütte Watenstedt-Salzgitter ... haben in einer Versammlung gegen den Kurs des DGB-Führung in der Frage der Remilitarisierung, des Schumanplanes und der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit mit Adenauer protestiert ... Protestiert überall gegen den Fette-Kurs der Remilitarisierung, der Zusammenarbeit mit der Reaktion und der verschärften Ausbeutung".

Arpo 4/19/6. – Fette war der damalige DGB-Vorsitzende.

100) Arpo 3/13/1. Vergl. auch Müller, S. 124. Petersen hatte diese

Vorstand beantragte daraufhin gegen Söchtig und Wegener den Gewerkschaftsausschluß, doch hatte die zuständige Feststellungskommission auf Funktionsverbot für die beiden Betriebsräte für ein Jahr entschieden. Der Vorstand hatte sich dem angeschlossen ¹⁰²⁾. Die Maßregelung Söchtigs und Wegeners führte in Salzgitter zu heftigen Protesten ¹⁰³⁾ – außer bei der KPD, die diesen Schritt der IGM-Spitze begrüßte ¹⁰⁴⁾. Diese Proteste, die verdeutlichten, daß die Arbeiter in "Salzgitter die Demontage der Gewerkschaften" ¹⁰⁵⁾ – wie die GAP diesen Vorgang nannte – nicht hinnahmen, führten dazu, daß der Ausschuß – eine Art gewerkschaftsinternes Gericht – beim Vorstand beantragte, das Funktionsverbot in eine Rüge umzuwandeln, was der Vorstand jedoch ablehnte. Als der Streitfall zwischen Vorstand und Ausschuß dem IGM-Gewerkschaftstag im September 1950 zur Entscheidung vorgelegt wurde, beschloß das höchste Gremium der IGM – trotz persönlicher Intervention von Petersen – die Umwandlung des Funktionsverbotes in eine Rüge ¹⁰⁶⁾, was die GAP wie folgt kommentierte: der IGM-Vorstand "hat also seinen sturen Willen, Söchtig und Wegener um jeden Preis auszuschließen, nicht durchsetzen können. Deshalb nicht, weil die Belegschaft geschlossen hinter ihren gewählten Betriebsfunktionären stand und steht" ¹⁰⁷⁾. Noch vor dem IGM-Gewerkschaftstag hatte der Vorstand zu einem zweiten Verfahren ausgeholt: Söchtig wurde nun vorgeworfen, er habe auf einer Veranstaltung der GAP Fragen behandelt, "die nur auf eine gewerkschaftliche

noch 100) Äußerung getan, ohne zu wissen, daß sich unter den Anwesenden mit G. Werner und W. Kienhorn zwei Betriebsräte aus Salzgitter und GAP-Mitglieder befanden.

101) Vergl. Arpo 3/13/1 f; vergl. auch die abweichende Darstellung in: Niederschrift der Verhandlungen des 1. ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland (im Gewerkschaftshaus Hamburg vom 18. bis 22. September 1950), S. 174. Im folgenden zitiert als: Protokoll des 1. Gewerkschaftstages der IG Metall.

102) Vergl. ebenda. Die von Söchtig und Wegener gestellten Beisitzer in der Feststellungskommission hatten dem Funktionsverbot zunächst zugestimmt, um in der Kommission einen einstimmigen Beschluß zu erreichen, der keinen Ausschluß vorsah. Nachdem so die weitere IGM-Mitgliedschaft der beiden GAP-Mitglieder gewahrt war, konnte der innergewerkschaftliche Kampf gegen das Funktionsverbot aufgenommen werden.

103) Vergl. Arpo 3/13/2 f

104) Vergl. Arpo 3/12/1; Arpo 3/12/5; Arpo 3/13/3

105) Arpo 3/13/1

106) Vergl. Protokoll des 1. Gewerkschaftstages der IG Metall, S. 174 ff

107) Arpo 3/20/7

Versammlung gehören" ¹⁰⁸⁾, und er habe sich nicht gegen ein gewerkschaftsschädigendes Einladungsschreiben zu dieser Versammlung in Bremen gewandt ¹⁰⁹⁾. Dieses Verfahren führte zu einem einjährigen Funktionsverbot für Söchtig von Ende 1950 bis Ende 1951 ¹¹⁰⁾. Die Vertreterversammlung der IGM Salzgitter forderte in einer Resolution "vom Hauptvorstand die sofortige Wiedereinsetzung des Kol. Söchtig in seine Funktionen " ¹¹¹⁾; auch die nächste Vertreterversammlung zeigte, daß die große Mehrheit der örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre Söchtig unterstützte: es "wurde vorgeschlagen, Kol. Söchtig als 2. Bevollmächtigten zu wählen, damit er nach seiner Rehabilitierung Mitglied der Ortsverwaltung sei. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen und der Kollege mit großer Mehrheit gewählt ... Zum Schluß wurde ein Antrag eingebracht und einstimmig angenommen, wonach der Vorstand ersucht wird, den Kollegen Söchtig wieder in seine Funktionen einzusetzen" ¹¹²⁾; zwar bestätigte der IGM-Vorstand die Wahl Söchtigs zum 2. Bevollmächtigten nicht ¹¹³⁾, doch zeigte es sich, daß es dem Vorstand nicht gelungen war, durch die Funktionsenthebung Söchtigs die oppositionelle Haltung der örtlichen IGM zu beseitigen, nicht zuletzt deshalb, weil sich die GAP nicht zu formalen Fehlern hinreißen ließ, die dem Gegner den Vorwand für Ausschlußverfahren hätten geben können. Auch auf der nächsten Tagung der Vertreterversammlung wurde gegen das Funktionsverbot für Söchtig protestiert ¹¹⁴⁾; nach Ablauf des Funktionsverbotes wurde Söchtig wieder zum 2. Bevollmächtigten gewählt ¹¹⁵⁾.

Ohne auf alle Aktivitäten der GAP in Salzgitter eingehen zu können, kann gesagt werden, daß sie seit 1948 und noch mehr seit den Anti-Demontage-Aktionen vom März 1950 die einflußreichste politische Gruppe in der Hütte und in der IG Metall in Salzgitter war. Die KPD war in diesem Bereich nahezu völlig einflußlos und verlor zunehmend ihre noch verbliebenen Mitglieder, die die Politik der Partei, die sich in Salzgitter im wesentlichen

108) Schreiben des IGM-Vorstandes vom 15. 12. 1950 an Söchtig, zitiert nach Müller, S. 123

109) Vergl. Arpo 3/21/9; Müller, S. 123 f

110) Vergl. ebenda, S. 123

111) Arpo 4/2/10

112) Arpo 4/6/11

113) Vergl. Arpo 4/14/10

114) Vergl. Nd. Arsti 1/ 9/1

115) Vergl. dagegen die Entwicklung in Stuttgart: siehe Teil 6.4.10. dieser Arbeit.

auf Angriffe auf die GAP und insbesondere auf Söchtig beschränkte, im Betrieb nicht vertreten konnten; allerdings gingen einige ehemalige KPD-Mitglieder zur Sozialdemokratie über und schlossen sich nicht der GAP an. Die SPD war in der Hütte und der IGM ebenfalls fast ohne Einfluß und hatte vor allem der Politik der GAP nichts entgegenzusetzen, was sie – wenn auch nicht in dem Ausmaße wie die KPD – durch Angriffe auf Söchtig zu kompensieren suchte ¹¹⁶⁾, ohne damit allerdings das Ansehen Söchtigs und der anderen GAP-Mitglieder schmälern zu können.

Auch innerhalb der Gesamt-GAP hatte die Gruppe in Salzgitter ein großes Gewicht. In Salzgitter wurden rund 500 Exemplare der "Arbeiterpolitik" verkauft, und die Gruppe hatte hier 120 Mitglieder, die fast alle Gewerkschaftsfunktionäre waren ¹¹⁷⁾. Allerdings verfügte die Gruppe nur über eine geringe Zahl von Mitgliedern, die bereits längere Zeit der Strömung der deutschen Arbeiterbewegung angehörten, die sich in der KPO ausgedrückt hatte ¹¹⁸⁾. Soweit in Erfahrung gebracht werden konnte, gehörten lediglich Waldemar Bolze, Walter Kienhorn und Erich Söchtig vor 1933 der KPO an, dazu kam nach 1952 Paul Elflein, der nach dem Tode Waldemar Bolzes von Nürnberg nach Salzgitter zog, um dort zu helfen, die Lücke, die Bolze hinterlassen hatte, zu schließen. Karl Sievers und ein zweites Mitglied der Gruppe in Salzgitter hatten in der Weimarer Republik der SAP angehört. Weil die GAP in Salzgitter nur über wenige Mitglieder mit der für diese Gruppe insgesamt prägenden KPO-Tradition verfügte, ruhten die meisten allgemeinen politischen Aufgaben auf den Schultern von wenigen, während ein großer Teil der Gruppe in der täglichen Arbeit, vor allem in der Hütte und der IG Metall, aufging und nicht in dem Maße politisch-theoretisch qualifiziert werden konnte, wie es für die KPO typisch gewesen war. Wenn Paul Elflein davon spricht, daß die Gruppe Salzgitter eher den Charakter eines Lesezirkels als den einer politischen Gruppe hatte ¹¹⁹⁾, dann bezieht sich das auf die eher lockere Struktur in der allgemeinen politischen Arbeit, während die Gruppe zur Bewältigung ihrer gewerkschaftlichen Arbeit sehr straff und funk-

116) Vergl. Nd. Arsti 2/4/2

117) Vergl. Elflein I, S. 1

118) Vergl. Th. Bergmann I, S. 11

119) Vergl. Elflein I, S. 1

tional organisiert war. Der Aufbau dieser Organisation war zum großen Teil das - von keinem Angehörigen der damaligen GAP in Frage gestellte - Verdienst Erich Söchtigs, der sich aber nicht in dieser Arbeit verlor, sondern in der Lage war, die Politik der Gruppe entsprechend den örtlichen Bedingungen zu entwickeln und zu vertreten. Neben der Arbeit Söchtigs ragte besonders das Wirken Waldemar Bolzes heraus, der sich vor allem um die politisch-theoretische Qualifikation der Mitglieder der Gruppe in Salzgitter bemüht hatte.

6.4.9. Solingen

Im Gebiet des späteren Landes Nordrhein-Westfalen war die KPO vor 1933 nur schwach vertreten und verfügte dort nur über 200 bis 250 Mitglieder ¹⁾, die sich vor allem im Bergischen Land um Solingen konzentrierten ²⁾. Die Gruppe in Solingen war nach dem Sieg des Faschismus sehr aktiv im Widerstand; 1934 wurden Willi Rahm ³⁾ und wahrscheinlich 12 weitere Angehörige der KPO in Solingen verhaftet und zu Strafen zwischen 1 1/2 und 4 Jahren verurteilt ⁴⁾. 1938 kam es erneut zu Verhaftungen, die wahrscheinlich 11 KPO-Mitglieder erfaßten ⁵⁾. Während ein Teil nach einigen Wochen "Schutzhaft" wieder entlassen wurden, wurde z. B. Fritz Knepper ⁶⁾ zu 16 Monaten Gefängnis wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt. Auch nach den Verhaftungswellen hielten die KPO-Mitglieder die Verbindungen untereinander aufrecht, so daß 1945 Willi Rahm die Gruppe sehr schnell wieder sammeln konnte ⁷⁾. Nach einer Diskussion wurde beschlossen, "um nicht in einer Isolierung zu stehen und um politisch arbeiten zu können, in die KPD einzutreten" ⁸⁾; lediglich zwei ehemalige KPO-Mitglieder schlossen sich direkt nach 1945 der SPD an ⁹⁾.

Ende 1945 oder Anfang 1946 bekam die Gruppe um Willi Rahm Kontakt zu

1) Vergl. Tjaden: KPO, S. 121

2) Vergl. ebenda

3) Vergl. Kurzbiographie Willi Rahm im Anhang

4) Vergl. Rahm I, S. 1

5) Vergl. Mitteilung von Fritz Knepper vom 10.3.1975, S. 1; im folgenden zitiert als: Knepper II.

6) Vergl. Kurzbiographie Fritz Knepper im Anhang

7) Vergl. Rahm I, S. 1 8) Rahm II, S. 1

9) Vergl. ebenda

Brandler und Thalheimer, als der dänische Journalist Mogens Boserup Deutschland bereiste, um die ehemaligen KPO-Gruppen aufzusuchen, wozu er auch nach Solingen kam ¹⁰⁾. Es entwickelte sich hier dann sehr schnell eine Gruppe der GAP; Mitglieder der Gruppe aus Solingen nahmen bereits an der Konferenz in Rieseberg teil ¹¹⁾ und vervielfältigten die Materialien der GAP für den westdeutschen Raum ¹²⁾. In Solingen fand ein Mal ein größeren Treffen verschiedener GAP-Gruppen statt, an dem Mitglieder aus Hamburg, Bremen, Salzgitter, Nürnberg, Stuttgart, Köln, Gevelsberg und Hagen teilnahmen ¹³⁾.

Die Solinger Gruppe hatte etwa 25 Mitglieder, die fast alle gewerkschaftlich tätig waren und Parteiämter in der KPD inne hatten, bis sie ab 1948 aus der Partei ausgeschlossen wurden ¹⁴⁾. Mitglieder der Gruppe waren in der ÖTV, der IG Metall, der IG Bau und in der IG Textil tätig und bekleideten Betriebsratsposten beim Arbeitsamt, beim Landesarbeitsamt und in Metallbetrieben ¹⁵⁾. Fritz Knepper gehörte seit 1947 dem Zonenvorstand und dann dem Bundesvorstand der IG Textil an ¹⁶⁾. Die Außenwirkung der Gruppe in Solingen war relativ gering, so wurden in Solingen lediglich 40 Exemplare der "Arbeiterpolitik" verkauft ¹⁷⁾. Nach einer Einschätzung Theodor Bergmanns war "das politische Niveau ... sicher sehr hoch bei den Genossen in Solingen und im Bergischen Land; ihre politische Aktivität war dagegen sehr mäßig, was zusammenhängt zum Beispiel mit dem Alter, aber auch mit der großen Zahl von Genossen, die dort im KZ gesessen hatten und die da natürlich viel von ihrer natürlichen Spannkraft verloren hatten" ¹⁸⁾. Zusätzliche Hindernisse für eine breitere Wirkung der Gruppe in Solingen lagen nach Meinung Erich Söchtigs auch darin, daß die Sozialdemokratie in Solingen auch in den Betrieben stark verankert war ¹⁹⁾, so daß es für die GAP schwer wurde, dort Einfluß zu gewinnen, zumal Solingen auch eine relativ starke KPD hatte. Da es zu keinen größeren Aktionen der Arbeiter in Solingen kam, konnten

10) Vergl. Rahm I, S. 1

11) Vergl. ebenda; vergl. auch Teil 4.4. dieser Arbeit

12) Vergl. Interview vom 4.11.1974, S. 9

13) Vergl. Rahm I, S. 1

14) Vergl. ebenda, Anhang. Vergl. auch Mitteilung von Fritz Knepper vom Oktober 1974, S. 3; im folgenden zitiert als: Knepper I.

15) Vergl. Rahm I, S. 2

16) Vergl. Knepper I, S. 1; Knepper II, S. 1

17) Vergl. Rahm I, S. 2 18) Th. Bergmann I, S. 20 19) Vergl. Söchtig, S. 16

die Sozialdemokraten sich leicht behaupten und sogar noch von den Fehlern der KPD profitieren, während es der GAP nicht gelang, diejenigen anzusprechen, die sich von der KPD abwandten.

Gerade in Solingen war der Verfall der KPD sehr augenfällig. Nach dem 1. Weltkrieg gehörte Solingen zu den Hochburgen der KPD, die auch in den Gewerkschaften größten Einfluß hatte, bis sie diese Position durch die Gründung von Verbänden der RGO völlig verlor. "Bei den Wahlen war bis 1933 ein starkes Übergewicht der kommunistischen Stimmen zu verzeichnen. Aber die Unfähigkeit der KPD vor 1933 und nach 1945, wirkliche Arbeiterpolitik zu betreiben, hat der guten Tradition der Solinger Arbeiter ein Ende gesetzt: Die SPD konnte bei den letzten Wahlen die KPD schlagen²⁰⁾, mußte die GAP Anfang 1950 aus Solingen berichten. Seit dem Kriege hatte es keine gewerkschaftlichen Kämpfe gegeben, was sich so ausdrückte, daß "das gewerkschaftliche Leben ... so abgestumpft (ist d. V.), daß die Branchenversammlungen nicht mehr besucht werden und selbst die Ortsvorstände der Verbände mangels Masse nicht mehr tagen können"²¹⁾. Die Demoralisierung führte dazu, daß die von KPD-Mitgliedern geleitete IG Metall-Ortsverwaltung mit den Unternehmern der Stahlwarenindustrie einen Tarifvertrag abschließen konnte, der den Heimarbeitern bis zu 25 % Lohnverlust einbrachte - "ohne daß es zu Kampfhandlungen kam"²²⁾. Im Juni 1950 berichtete die "Arbeiterpolitik", daß die wirtschaftliche Lage für die Arbeiter immer bedrohlicher wurde, als 150 Betriebe zahlungsunfähig wurden, doch "noch herrscht keine Kampfstimmung ... Die Arbeiter drängen sich noch nach Überstunden, weil sie glauben, als einzelne dem Angriff auf die Lebenshaltung der gesamten Klasse entgehen zu können"²³⁾. Als 1950 in Solingen bei der Landtagswahl die SPD doppelt so viele Stimmen erhielt wie die KPD²⁴⁾, wurde der Zerfall dieser Partei noch einmal verdeutlicht: bereits vor der Wahl konnte die SPD ein Angebot der KPD, gemeinsame Kandidaten gegen den CDU-FDP-Block aufzustellen, leicht ablehnen, da die KPD es nicht schaffte, zu diesem Vorschlag Diskussionen in den Betrieben zu organisieren, um die SPD unter Druck zu setzen²⁵⁾. Hatte der Ruin des Einflusses der KPD

20) Arpo 3/5/16

21) Ebenda

22) Ebenda

23) Arpo 3/11/16

24) Vergl. Arpo 3/15/6

25) Vergl. ebenda

in Solingen mit ultra-linker Politik begonnen, so setzte er sich 1950 mit einem typischen Fall einer "Einheitsfront nur von oben" fort.

Weil in Solingen zeitgleich mit dem Verfall der KPD eine Phase der Apathie in der Arbeiterbewegung auftrat, konnten die Mitglieder der GAP kaum KPD-Mitgliedern, die an der Politik ihrer Partei verzweifelt waren, einen Halt geben oder jüngere Kräfte an die Gruppe heranzuführen. Während in anderen Orten das Dahinsiechen der Reste der aus der Weimarer Republik übrig gebliebenen Arbeiterbewegung auf Ansätze einer neuen Bewegung unter den Arbeiter traf – wie bei Borgward in Bremen oder bei den Hamburger Hafenarbeitern –, fehlte dieses zweite Moment in Solingen völlig²⁶⁾. Diese schon schwierige Situation der Gruppe, die auch ein Rest der alten Arbeiterbewegung war und ohne größere Verbindung zu den aktuellen Klassenauseinandersetzungen geblieben war, was die Gefahr in sich trug, zum eigenen Traditionszirkel zu werden, wurde – nach dem Urteil von Willi Rahm jr. – noch dadurch verschärft, als Rudi Hanke – "von Brandler sehr gepriesen"²⁷⁾ – wahrscheinlich 1949/50 von Frankreich nach Solingen kam, wo er eingebürgert wurde²⁸⁾. "Hanke arbeitete zeitweise in einem Metallbetrieb, wurde sehr schnell Betriebsrat, verlor aber sehr schnell dann das Vertrauen (der Kollegen d. V.) und ging dann keiner geregelten Arbeit mehr nach ... die Gruppe Solingen war doch sehr aufgelöst"²⁹⁾ angesichts dieser Entwicklung: daß die Enttäuschung über ein Mitglied der Gruppe diese in eine ernste Krise stürzen konnte, zeigte noch einmal, wie wenig die GAP in Solingen Ausdruck oder auch nur Kristallisationspunkt einer realen Strömung in der Arbeiterschaft des Ortes war, sondern wie sehr sie aus der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik entstammte und von daher ihren Zusammenhang wahrte.

Andere Verbindungen der GAP nach Köln, Hagen, Wattenscheid, Gevels-

26) Wenn es heißt: "das zweite Moment fehlte völlig", so bedeutet das gemäß des Anspruches der Arbeit lediglich, daß die Interpretation der Lage durch die GAP in Solingen zu diesem Ergebnis führte.

27) Rahm I, S. 2

28) Vergl. ebenda

29) ebenda

berg, Witten, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf und Essen konnten nicht längerfristig stabilisiert werden, auch wenn es immer wieder persönliche Kontakte von GAP-Mitgliedern zu ehemaligen Anhängern der KPO in diesen Orten gab.³⁰⁾

6.4.10. Stuttgart

Die Herausbildung der Gruppe Arbeiterpolitik in Stuttgart wurde bereits im Teil 4.2.1. dargestellt. Nach dem Beginn der Herausgabe der Zeitschrift "Arbeiterpolitik" konsolidierte sich die Gruppe und konnte durch ihre politische Aktivität auch jüngere Arbeiter gewinnen. "Bis zum Jahre 1953 nahm die Gruppe langsam zu und hatte auch eine Anzahl aktiver junger Genossen"¹⁾, wobei es der Gruppe gelang, ein kontinuierliches Organisationsleben zu entwickeln: "Es fanden regelmäßig Mitgliederversammlungen statt mit Vorträgen zur politischen Lage. Organisatorische Probleme wurden in Gruppenleitungssitzungen behandelt. Es gab auch Schulungskurse. Die Beteiligung war gut"²⁾. Diese Schulungen behandelten sowohl den Marxismus und die Geschichte der Arbeiterbewegung wie auch aktuelle politische Fragen; Referenten waren u. a. Heinrich Brandler, Waldemar Bolze, Georg Stetter, Theodor Bergmann, Rudi Hanke, Gustav Mößner und Willy Boepple³⁾. Eine größere Bedeutung für die Arbeit der Stuttgarter Gruppe hatte der Umstand, daß die Leitung der Gesamt-GAP und die damit verbundene Redaktion der "Arbeiterpolitik" an diesem Ort ihren Sitz hatte; so bestand eine enge Verflechtung zwischen der Ortsleitung der GAP und der Gesamtleitung. Emma Kümmerle, Theodor Bergmann, Karl Wörner und Rudi Hanke gehörten wahrscheinlich beiden Gremien an; zur Stuttgarter Leitung zählten außerdem Fritz Sautter und Bertha Thalheimer⁴⁾. Wieviele Mitglieder die Gruppe in Stuttgart hatte, konnte nicht festgestellt werden. Von der "Arbeiterpolitik" wurden etwa 300 Exemplare verkauft⁵⁾; zusätzlich wurde eine "Südwestdeutsche Beilage" seit 1952 herausgegeben, die hauptsächlich lokale Ereignisse be-

30) Davon zeugen einige Reisen von GAP-Mitgliedern nach Köln und vereinzelte Berichte in der "Arbeiterpolitik".

1) Burkhardt I, S. 2

2) Ebenda, S. 3

3) Vergl. ebenda

4) Vergl. ebenda

5) Vergl. ebenda

handelte. Da diese Beilage, die nach dem Bericht von Otto Burkhardt die Aktivitäten der Gruppe wiedergab, ⁶⁾ nicht vom Verfasser beschafft werden konnte, war es nur begrenzt möglich, einen Einblick in die Außenwirkung der Gruppe zu gewinnen.

Nach dem Bericht Otto Burkhardts war "der politische Einfluß der Gruppe in den Betrieben ... bemerkenswert" ⁷⁾, so in den beiden Bosch-Betrieben Feuerbach und Stuttgart, bei Daimler-Benz in Untertürkheim, bei Fortuna in Cannstatt, bei Norma in Stuttgart und bei Kodak in Wangen, dazu im Betrieb der "Stuttgarter Zeitung" und einigen anderen Druckerei-Betrieben. In der IG Metall, der IG Druck und Papier, der ÖTV und den Gewerkschaften Leder und Holz gehörten Mitglieder der GAP den Ortsverwaltungen an ⁸⁾. Dabei hatte die Position in der IG Metall die breiteste Basis, wobei die GAP an die starke Stellung der KPD in der Ortsverwaltung des DMV von vor 1933 anknüpfen konnte.

Die IG Metall-Ortsverwaltung hatte Ende 1950 eine KPD-Mehrheit, doch zeigte sich zu diesem Zeitpunkt, daß diese Mehrheit in Gefahr geriet, da die KPD deutlich Auflösungstendenzen zeigte ⁹⁾. So war bereits der Betriebsratsvorsitzende des Stuttgarter Boschbetriebes von der KPD ins Lager ihrer offenen Gegner übergelaufen, wobei es ihm gelungen war, seinen Einfluß in der Belegschaft zu behaupten. Auf den Vertreterversammlungen der IG Metall zeigte sich die KPD nicht in der Lage, die unmittelbaren Interessen der Mitglieder zu vertreten, denn als es z.B. auf einer Versammlung darum ging, wie ein ungünstiger Tarifvertrag in der Metallindustrie zu Fall gebracht werden konnte, hatte die KPD nichts anderes zu tun, als allgemeine Friedensresolutionen einzubringen und Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Teilstaaten zu fordern. Wie weit die KPD bereits zersetzt war, zeigte sich nicht nur an solchen funktionslosen Anträgen, sondern auch daran, daß die Resolution vom Versammlungsleiter, der ebenfalls KPD-Mitglied war, nicht zur Abstimmung gestellt wurde. Die GAP sah in dieser Versammlung "ein trauriges Zeichen des Zerfalls der KPD. Aber die revolutionären Metallarbeiter

6) Vergl. ebenda

7) Ebenda, S. 2

8) Ebenda, S. 3

9) Vergl. Arpo 3/23/11 f

dürfen sich damit nicht abfinden. Es gilt zu verhindern, daß die Stuttgarter Ortsverwaltung am Ende durch die Treibereien der KPD den Reformisten zufällt" ¹⁰⁾.

Was bereits Ende 1950 in der "Arbeiterpolitik" aufgezeigt wurde, mußte im Laufe der Jahre 1951 und 1952 oft wiederholt werden: durch Vernachlässigung der Interessen der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder, so wie sie waren, nicht: wie sie nach Meinung der KPD hätten sein müssen, und durch Resolutionspolitik, hinter der nicht die Kampfentschlossenheit der Arbeiter stand, arbeitete die KPD den Sozialdemokraten in die Hände. Allerdings betonte die GAP auch, daß "alle bisherigen Aktionen ... an der Vertrauensseligkeit der Massen zu den Führungen, die nicht kämpfen wollen und nicht kämpfen können" ¹¹⁾, gescheitert waren. Es war in der Arbeiterschaft Stuttgart nicht die Kraft vorhanden, die im Niedergang der KPD den neuen Aufstieg der kommunistischen Bewegung die Bahn hätte brechen können; vielmehr war es so, daß die von der GAP immer wieder vorgeschlagenen Aktionen kaum Rückhalt in Aktivitäten größerer Arbeiterkreise fanden. Diese Situation bestimmte die Kritik, die die GAP in der KPD übte. Nach dieser Kritik trug die KPD nichts zur Entwicklung der Kampfkraft der Stuttgarter Arbeiterschaft bei, da sie auf der einen Seite eine von den realen Möglichkeiten abgehobene Politik machte, wenn sie z.B. eine Unterschriftensammlung gegen die Remilitarisierung durchführte, um mit diesen Unterschriften die Bundesregierung zu beeinflussen, und auf der anderen Seite eine schlicht opportunistische Politik betrieb, wenn sich die KPD darauf einließ, den "Kampf" für die Wiedereinstellung von entlassenen Betriebsräten vor den Arbeitsgerichten zu führen oder in Verhandlungen um Abfindungen umzuwandeln ¹²⁾.

Im Februar 1951 kandidierte bei der Neuwahl des 1. Bevollmächtigten der IG Metall in Stuttgart Eugen Eberle, KPD-Mitglied und Betriebsratsvorsitzender im Bosch-Werk Feuerbach, gegen das ehemalige KPD-Mitglied Karl Mößner (SPD), den bisherigen 1. Bevollmächtigten, wobei sich Mößner mit 174 gegen 148 Stimmen durchsetzen konnte ¹³⁾. 2. Bevollmächtigter wurde erneut Körner (KPD). Hatte ein auf der Sitzung an-

10) Arpo 3/23/12

11) Arpo 4/2/11

12) Vergl. ebenda

13) Vergl. Arpo 4/5/10 - Karl Mößner ist nicht mit dem GAP-Mitglied Gustav Mößner von der Gewerkschaft Leder zu verwechseln!

wesendes Mitglied des IG Metall-Vorstandes schon damit gedroht, daß der Vorstand Eberle im Falle seiner Wahl nicht bestätigen würde, was nach der Gewerkschaftssatzung erforderlich war ¹⁴⁾, so nahm der IG Metall-Vorstand die Kandidatur Eberles, der selbst Mitglied des IGM-Vorstandes war, zum Anlaß, laut darüber nachzudenken, ob "Mitglieder der KP oder ihr verwandter Organisationen noch weiterhin Funktionäre der Gewerkschaften sein" ¹⁵⁾ können. Eberle wurde vorgeworfen, daß er durch seine Kandidatur gegen Mößner, den die KPD wegen gewerkschaftsschädigendem(!) Verhalten ausgeschlossen hatte, sich mit dem Verhalten der KPD solidarisiert hätte. Für die GAP drückte der Angriff auf Eberle den Versuch aus, oppositionelle Gewerkschaftler aus der Organisation hinauszudrängen oder ihre Mitwirkungsrechte auf bloßes Beitragszahlen zu reduzieren ¹⁶⁾. Um gegen diese Tendenz anzugehen, mußten die revolutionären Gewerkschaftler "von den CDU- und SPD-Fraktionen in den Gewerkschaften lernen, daß sie nur organisiert ihrem Willen Gehör verschaffen und den Klassenkampfgedanken propagieren können" ¹⁷⁾.

Wie weit die KPD davon entfernt war, zusammen mit der GAP gegen den Kurs der Gewerkschaftsführung vorzugehen, verdeutlichte der Landesparteitag der KPD in Baden-Württemberg, wo der GAP - wieder einmal - der schärfste Kampf angesagt wurde ¹⁸⁾, nachdem die KPD Ende 49/Anfang 50 ihren Mitgliedern Reverse vorgelegt hatte, in denen sie sich verpflichten mußten, jeden Kontakt mit den "Brandleristen" zu meiden ¹⁹⁾.

Nach dem "Münchner Parteitag" der KPD im März 1951 intensivierte die IG Metall ihre Versuche, Mitglieder der KPD aus der Gewerkschaft zu drängen: in einem Schreiben an die hauptamtlichen und nebenamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre, die mutmaßlich der KPD angehörten, verlangte der IGM-Vorstand die Unterschrift unter ein Revers, das nicht weniger enthielt als eine Distanzierung von der Gewerkschaftspolitik der KPD als gewerkschaftsfeindlich. Für die GAP war "dieses neueste Machwerk ... ein Versuch, die kommunistischen Metallarbeiter zu Mitgliedern zweiter Klasse zu erklären und sich eine formale Handhabe zu schaffen, sie ihrer Funktionen zu entheben, wenn sie irgendwo und irgendwann gegen die Vorstandspolitik aufzutreten wagen" ²⁰⁾. Hauptpunkt dieses Revers war die

14) Vergl. ebenda

15) Arpo 4/6/10

16) Vergl. Arpo 4/6/10 f

17) Arpo 4/6/11

18) Vergl. Arpo 4/8/9 f

19) Vergl. Arpo 3/2/10

20) Arpo 4/13/10

"These 37" des KPD-Parteitages, die Teilen der Gewerkschaftsführung, so dem DGB-Vorsitzenden Fette, vorwarf, die Gewerkschaften in den Dienst der Kriegsvorbereitung stellen zu wollen²¹⁾. Dazu bemerkte die GAP: "Wenn sich die Gewerkschaftsführung der amerikanischen Kriegspolitik verschreibt und die Kommunistenjagd nach amerikanischen Muster organisiert, müssen die Arbeiter die proletarische Demokratie in den Arbeiterorganisationen verteidigen gegen diesen neuesten reformistischen Uebergriff"²²⁾. Als im August 1951 bekannt wurde, daß die IG Metall alle Funktionäre, die den Revers nicht unterschrieben hatten²³⁾, entlassen wollte, wandte sich die GAP gegen dieses Vorgehen und nannte es "eine reine Gewerkschaftsspaltung aus Kriecherei vor den Amerikanern"²⁴⁾; ihre eigene Position faßte sie noch einmal so zusammen: "Wir haben von 1945 an alle Revolutionäre in den Gewerkschaften zur organisierten Gegenwehr gegen eine übermütige reformistisch-christliche Bürokratie aufgefordert und vor den Folgen der Kapitulationspolitik der KPD-Genossen gewarnt ... Dasselbe unterstreichen wir heute: Alle klassenbewußten Gewerkschaftler müssen sich sammeln und organisiert gegen die amerikanisch-christlich-demokratische Gleichschaltung der Gewerkschaften ankämpfen"²⁵⁾.

Im September 1951 wurden in Stuttgart 4 KPD-Mitglieder aus Anlaß ihrer Teilnahme an einer KPD-Veranstaltung namens "Arbeiterkonferenz gegen die Remilitarisierung" aus der IG Metall ausgeschlossen, und das, nachdem eine vom Vorstand eingesetzte Kommission an dieser Veranstaltung nichts Gewerkschaftsschädigendes hatte finden können: "Aber der Hauptvorstand wollte gerade in Stuttgart ein Exempel statuieren und feststellen, wieviel die traditionell revolutionären Stuttgarter Metallarbeiter widerstandslos hinnehmen"²⁶⁾; die GAP fügte hinzu: "Erhält er (der Vorstand d. V.) auf diesen Anfang der Gewerkschaftsspaltung nicht die schärfste Mißbilligung der Kollegen, wird er auf diesem gefährlichen Weg weitergehen"²⁷⁾. Den ersten Protest erhoben die Vertrauensleute der IGM bei

21) Vergl. Fichter; Bosch, S. 117 22) Arpo 4/13/10

23) Im Artikel in der Arpo 4/13/10 hatte die GAP noch selbst dazu aufgefordert, die Unterschrift zu verweigern, eine Position, die sie aufgab, als sie die Tragweite des Vorstoßes der Gewerkschaftsführung erkannt hatte.

24) Arpo 4/16/10 25) Ebenda 26) Arpo 4/19/11 27) Ebenda

Bosch-Feuerbach, als sie einstimmig in einer Resolution die Aufhebung des Vorstandsbeschlusses verlangten²⁸⁾. Von dem Ausschluß waren drei Mitglieder der Ortsverwaltung der IGM betroffen, wodurch die Mehrheit der KPD in diesem wichtigen Gremium verloren ging. Das nutzte der 1. Bevollmächtigte Karl Mößner gleich dazu, um den mit der KPD sympathisierenden Jugendausschuß auflösen zu lassen. Kurz vor der Vertreterversammlung der IG Metall enthub der Bundesvorstand sein eigenes Mitglied Eugen Eberle aller gewerkschaftlichen Funktionen²⁹⁾. Während die KPD vorschlug, die Durchführung der Beschlüsse des IGM-Vorstandes zu unterbinden, was satzungsmäßig garnicht möglich war, wollte die GAP durchsetzen, daß die vakanten Sitze in der Ortsverwaltung wieder besetzt wurden, um dort die kommunistische Mehrheit zurückzugewinnen, nicht zuletzt deshalb, um den Kampf für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen führen zu können. Als sich die beiden Bevollmächtigten auf der Vertreterversammlung der IGM weigerten, die satzungswidrigen Anträge der KPD abstimmen zu lassen, kam es zu Tumulten, in deren Verlauf Mößner von einem aufgebrachten KPD-Mitglied geohrfeigt wurde, was zum Abbruch der Vertreterversammlung führte. So mußte die GAP schließlich feststellen: "Die Provokation des Metall-Vorstandes glückt in Stuttgart"³⁰⁾. Die KPD stand jetzt "vor den Scherben ihrer glorreichen Gewerkschaftstaktik. Zwar wollte sie gewiß keine Prügelei oder die Auflösung der Versammlung, aber ihre Führung trägt die Verantwortung für diese Ereignisse"³¹⁾, weil die von ihr beabsichtigte Taktik von der Vertreterversammlung Beschlüsse verlangte, die diese nicht fassen konnte, während sie "der wirklich entscheidenden Frage der Ortsverwaltungs-mehrheit"³²⁾ auswich. Damit behinderte sie die Aufgabe, langfristig die Kraft für die Auseinandersetzung mit dem Vorstand der IG Metall zu entwickeln. In dem die KPD den Schwerpunkt auf die Frage legte, ob das Vorgehen des Vorstandes satzungsgemäß war oder nicht, verkannte sie – im Effekt – den Charakter dieser Auseinandersetzung als Machtfrage; die KPD-Mitglieder sahen nicht, "daß der Vorstand – satzungswidrig oder

28) Vergl. ebenda

29) Vergl. Arpo 4/21/8; vergl. auch Eberle: Bosch, S. 185 f

30) Arpo 4/21/8

31) Ebenda

32) Ebenda

satzungsgemäß – bei der heutigen Lage in der Gewerkschaft stark genug ist, die kommunistischen Gewerkschaftler zu provozieren und eventuell hinauszufeuern ... Jetzt eine Kraftprobe gegen den Vorstand zu erzwingen, bedeutet die sichere Niederlage und die Maßregelung der besten, ergebnsten, kampfgewilltesten oppositionellen Gewerkschaftler" ³³⁾. Nach dem Hinweis, daß der Konflikt mit dem Vorstand "reinstes Maulheldentum" wäre, wenn man nicht die Kraft hat, den Vorstand zu zwingen, schlug die GAP erneut die organisierte Zusammenarbeit der kommunistischen Gewerkschaftler vor. Der nächste Schritt müßte darin bestehen, die drei Sitze in der Ortsverwaltung wieder zu besetzen, wobei auch die Reverse zu unterschreiben in Kauf genommen werden müßte, denn "wer kommunistisch handeln will, der läßt sich aus den Gewerkschaften nicht durch ein Stück Papier verjagen!" ³⁴⁾

Nach der abgebrochenen Vertreterversammlung wurden zunächst zwei weitere KPD-Mitglieder aus der IGM ausgeschlossen ³⁵⁾; bei der Wiederholung dieser Versammlung mußte die inzwischen mehrheitlich vorstandstreue Ortsverwaltung 2 Abstimmungsniederlagen hinnehmen, konnte aber wiederum verhindern, daß der erneut von Mitgliedern der GAP eingebrachte Antrag auf Neuwahl von drei Mitgliedern der Ortsverwaltung abgestimmt wurde. Somit hatte sich der Vorstand in dieser entscheidenden Frage durchgesetzt. Die Mitglieder der GAP erläuterten in verschiedenen Beiträgen die allgemeinen gewerkschaftspolitischen Aufgaben und die nächsten Schritte, wobei sie – nach ihrer eigenen Einschätzung – zunehmend Gehör fanden, und konnten sich gegen die Angriffe Mößners erfolgreich zur Wehr setzen. Die KPD hatte aus der vorangegangenen gescheiterten Versammlung gelernt, hatte ihre Taktik aufgegeben und ließ sich diesmal nicht provozieren. "Aber daß sie praktisch überhaupt schwiegen zu den Ausschlüssen und den oppositionellen Kommunisten der Gruppe Arbeiterpolitik die Verteidigung der Ausgeschlossenen überließ, ist Ausdruck der Depression und Verwirrung in der KPD" ³⁶⁾. Die Verfassung der KPD verhinderte, daß die zu Beginn vorhandene Mehrheit gegen die

33) Arpo 4/21/9

34) Ebenda

35) Vergl. Arpo 4/22/11

36) Arpo 4/22/12

Vorstandslinie ausgenutzt werden konnte. Die GAP konnte nur erneut die KPD-Mitglieder auffordern, gemeinsam die nächsten Schritte vorzubereiten.

Während die KPD offiziell auf ihre Pleite zunächst dadurch reagierte, daß sie einige ihrer Mitglieder dafür verantwortlich machte, und den 2. Bevollmächtigten der IGM, Ernst Körner, aus der Partei ausschloß ³⁷⁾, kam es auf der Vertreterversammlung im Februar 1952 zum ersten Ansatz einer Zusammenarbeit der KPD mit der GAP, als der Antrag des GAP-Mitgliedes Gremminger, die inzwischen acht freien Posten in der Ortsverwaltung, die insgesamt 17 gewählte Mitglieder hatte, neu zu besetzen, von der KPD unterstützt wurde. Zwar scheiterte dieser Antrag mit 124 zu 128 Stimmen, doch "von größter Bedeutung ... (war d.V.), daß die klassenbewußten Gewerkschaftler sich endlich zu einheitlichem Handeln zusammengefunden hatten" ³⁸⁾. Ähnlich knapp scheiterte ein zweiter Antrag der GAP, der auf eine gewerkschaftliche Protestdemonstration gegen die Remilitarisierung hinzielte ³⁹⁾. Als allerdings bei der Nachwahl eines Kassierers ein eher dem linken Flügel der Vertreterversammlung zuzurechnender Kandidat gegen einen Anhänger der Politik Mößners auftrat, enthielt sich ein Teil der KPD-Mitglieder der Stimme, weil der erstgenannte Kandidat ein ehemaliges KPD-Mitglied war ⁴⁰⁾. Als die Wahl der Vertreter der IGM für das Stuttgarter Ortskartell des DGB anstand, gingen GAP und der größte Teil der KPD-Mitglieder wieder zusammen und brachten 9 von 12 Kandidaten durch, während Mößner als Exponent des IGM-Bundesvorstandes gar nicht gewählt wurde. Allerdings war dieser Erfolg auch dadurch bedingt, daß einige Mitglieder der IGM-Vertreterversammlung, die Mößner nahestanden, anderen DGB-Ortskartellen angehörten und deshalb in dieser Frage nicht mitstimmen durften ⁴¹⁾. Dieser Wahlerfolg, durch den auch zwei GAP-Mitglieder und ein Sympathisant der Gruppe für die IGM ins DGB-Ortskartell einziehen konnten, hatte für die GAP einen bedeutenden Stellenwert; sie interpretierte das so: "Hier hat unsere geduldige Arbeit einen verdienten Erfolg davon getragen. Der proletarische Instinkt der KPD-Vertreter bewährte sich,

37) Vergl. Arpo 5/1/8 38) Arpo 5/4/10

39) Vergl. Arpo 5/4/11 40) Vergl. ebenda

41) Vergl. ebenda

sobald sie das Joch der bornierten Linienbefehle abgeworfen hatten" ⁴²⁾. Wie weit sich die KPD-Mitglieder in den Betrieben isoliert hatten, zeigte sich, als im Feuerbacher Boschwerk 3 Betriebsräte, die der KPD angehörten, unter ihnen der Betriebsratsvorsitzende Eugen Eberle, entlassen wurden. Zwar forderte die KPD zum Streik auf, doch "es geschah nichts, und die Arbeit ging ohne Störungen weiter" ⁴³⁾. Für die GAP bestand kein Zweifel darüber, daß die IGM "durch ihre Ausschlußpraxis dem Unternehmertum den Weg geebnet (hat d. V.), um auch seinerseits mit aller Rücksichtslosigkeit (gegen unliebsame Betriebsräte d. V.) vorzugehen, nachdem man die Betriebsräte des gewerkschaftlichen Schutzes beraubt hatte" ⁴⁴⁾. Daß die Gewerkschaftsbürokratie so vorgehen konnte, zeigte der GAP den "vollständigen Bankrott der Gewerkschaftspolitik der KP-Strategen" ⁴⁵⁾, deren Politik diesem vorhersehbaren Verhalten der Gewerkschaftsleitungen nicht begegnen konnte, zumal sie einer organisierten Arbeit in den Gewerkschaften auswichen und sich statt dessen auf "Arbeiterkonferenzen" und "Kampfkomitees" außerhalb der Gewerkschaften stützen wollten, doch "die Vorgänge bei Bosch zeigen aber auch eindringlich, daß durch die Vernachlässigung der Arbeit in den Gewerkschaften durch die KPD die kommunistischen Funktionäre von den Arbeitermassen isoliert werden" ⁴⁶⁾.

Wenn die GAP aus der Entlassung der drei Betriebsräte Eberle, Graf und Flogaus das Resümee zog: "Die reformistische Arbeitsgemeinschaft (der Gewerkschaften d. V.) mit den Unternehmern und die bankrotte Gewerkschaftspolitik der KPD haben erreicht, daß die deutschen Arbeiter sieben Jahre nach Ende des Hitler-Regimes noch immer gelähmt und aktionsunfähig sind" ⁴⁷⁾, so hieß das zugleich, daß die Kräfte innerhalb der Arbeiterschaft, die diese Politik hätten überwinden können, nicht stark genug waren; das drückte sich auch darin aus, daß die GAP immer wieder versuchen mußte, die Mitglieder der KPD für die angemessenen nächsten Schritte kommunistischer Politik zu gewinnen, ohne daß sich die Gruppe dabei auf größere Aktivitäten in den Betrieben stützen konnte. Zwar genossen die GAP-Mitglieder im Metallbereich wie Franz Gremminger und Karl Wörner großes persönliches Ansehen und wurden auch immer wieder als Betriebsräte und IGM-Vertreter gewählt, doch damit konnten sie keine

42) Ebenda 43) Arpo 5/5/40 44) Arpo 5/5/11 45) Ebenda 46) Ebenda 47) Ebenda

Schritte unternehmen, hinter denen mehr hätte stehen müssen als sie selbst und der kleine Kreis der Anhänger der GAP. Das Fehlen einer Initiative aus der Arbeiterschaft trug dazu bei, daß die Niederlage der KPD-Politik zu fortschreitender Konfusion innerhalb der Partei führte, weil der korrigierende Druck der Arbeiter aus den Betrieben auf die leitenden KPD-Funktionäre immer schwächer wurde, und diesen Druck konnte auch eine noch so zutreffende Argumentation der GAP nicht ersetzen. Während sich ein Teil der KPD-Mitglieder aus der Politik zurückzog, oder andere wie Mößner zu glühenden Anti-Kommunisten wurden, lehnten sich dritte, je mehr die Passivität in der Arbeiterschaft um sich griff, nur um so stärker an die vermeintliche "Kraft" KPD an, da ihnen der Versuch, sich von der KPD zu lösen und einen neuen Anfang zu machen, immer aussichtsloser erschien.

Die KPD-Politik wurde zunehmend unklarer: so wurden die beiden Betriebsräte Flogaus und Graf zu Verrätern erklärt, weil sie –nachdem die Arbeiter ihrer Entlassung ohne Widerstand zugesehen hatten – ein Abkommen mit Bosch angenommen hatten, das ihnen eine neue Arbeitsstelle sicherte⁴⁸⁾. In Stuttgart hatte die KPD den 2. Bevollmächtigten der IGM, Körner, ausgeschlossen, weil er den Revers unterschrieben hatte, während in Mannheim die KPD-Presse die gleiche Verhaltensweise billigte⁴⁹⁾. Wie groß die Verwirrung der KPD war, zeigte sich in Göppingen, wo die offizielle KPD-Linie darin bestand, bei der Wahl des IGM-Bevollmächtigten einen bekannten Reformisten gegen Willi Bleicher, der inzwischen aus der KPD ausgetreten war, zu unterstützen, ohne damit allerdings in Göppingen Anklang zu finden⁵⁰⁾. Als im März 1952 die drei durch Ausschluß vakanten Sitze in der IGM-Ortsverwaltung Stuttgart neu besetzt wurden, war die KPD nicht bereit, mit der GAP zusammenzuarbeiten, so daß zwei Sitze an Mitglieder des Mößner-Flügels gingen⁵¹⁾. Das Zusammengehen von KPD und GAP, das auf der vorhergehenden Vertreterversammlung Erfolge gebracht hatte, wurde nicht fortgesetzt, im Gegenteil, die KPD-Zeitung "Volksstimme" versuchte, den "Brandier-Agenten" die Schuld am Desaster der KPD-Politik zuzuschreiben⁵²⁾. Dabei hatte die KPD keine Hemmungen,

48) Vergl. ebenda 49) Vergl. ebenda 50) Vergl. ebenda

51) Vergl. Arpo 5/7/11 52) Vergl. Arpo 5/7/11 f

z.B. Karl Mößner der GAP zuzuschlagen, obwohl Karl Mößner - im Gegensatz zu seinem Bruder Gustav Mößner - nach 1945 Mitglied der KPD geworden war und deren Politik noch Ende 1950 gegen die GAP vertreten hatte und sich gerade auf den letzten Vertreterversammlungen als Kämpfer gegen die GAP profiliert hatte ⁵³⁾; das Verfahren, diejenigen, die die KPD verließen, nicht, um die richtige kommunistische Politik - wie sie die GAP verstand - zu machen, sondern um sich vom Kommunismus abzuwenden, als Mitglieder der GAP auszugeben, erfreute sich im übrigen in der KPD großer Beliebtheit ⁵⁴⁾.

In der weiteren Entwicklung in der IGM-Ortsverwaltung Stuttgart versuchte die GAP immer wieder, ein gemeinsames Vorgehen mit der KPD zu erreichen, doch diese Bemühungen blieben erfolglos ⁵⁵⁾. Als Anfang 1953 die neugewählte Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle Stuttgart der IGM zusammentrat, konnte die GAP zwar melden, daß alle Vertreter, die der GAP angehörten, wiedergewählt und sogar einige zusätzlich gewählt worden waren, doch die Verluste der KPD zugunsten der SPD waren so erheblich, daß die Sozialdemokraten nun rund die Hälfte der Vertreter stellten. Da die KPD sich auch diesmal weigerte, mit der GAP zusammenzugehen, setzten die Neuwahlen zur Ortsverwaltung "den Schlußstrich unter eine lange Epoche, in der die Stuttgarter Ortsverwaltung der Metallarbeiter oppositionell geführt war, und wählte eine überwiegend reformistische Führung ... Metall-Stuttgart, eine der letzten KP-Positionen, wurde durch die fehlerhaften Direktiven der KPD-Führung systematisch den Reformisten ausgeliefert" ⁵⁶⁾. Die Kette der Niederlagen setzte sich bei Bosch-Feuerbach fort ⁵⁷⁾, wo sich 1953 bei der Betriebsratswahl 19 Sozialdemokraten gegen 6 Kommunisten durchsetzten, nachdem bei der Wahl vorher das Verhältnis noch umgekehrt war. Zwar wurde Wörner (GAP) wiedergewählt, zwar hatten sich einige KPD - Mitglieder der GAP angenähert und wurden trotz wüster Beschimpfungen durch die KPD wiedergewählt, doch konnte die GAP nur ein Teil derer auffangen und reorganisieren, die von der Politik der KPD enttäuscht worden waren.

In den anderen Gewerkschaften Stuttgarts waren die GAP-Mitglieder mehr noch als in der IG Metall auf sich allein gestellt, so daß ihr Einfluß begrenzt blieb, wenn auch Funktionäre wie Gustav Mößner, Bezirksleiter der Gewerkschaft Leder,

⁵³⁾ Vergl. Arpo 4/22/12 und Arpo 5/7/12

⁵⁴⁾ Dieses Verfahren wandte die KPD auch in Niedersachsen und Hamburg an; vergl. z.B. die "Stellungnahme des Sekretariats

oder Georg Stetter im Bereich der IG Druck und Papier ein großes Ansehen hatten. Bei den Naturfreunden gewannen Mitglieder der GAP Einfluß ⁵⁸⁾, so daß sich die KPD-Presse beklagte:

"So kann es passieren, daß Brandleristen und anderes parteifeindliches Geschmeiß in Württemberg-Baden ganz besonders in der Naturfreundebewegung tätig sein können. Sie können es sich leisten, als Referenten auf Gruppenabenden dieser Organisation aufzutreten, obwohl unsere Genossen in den Leitungen dort sitzen" ⁵⁹⁾.

In Stuttgart hatte die GAP eine günstige Ausgangslage vorgefunden, als sie hier an die starke KPO-Tradition anknüpfen konnte. Die Gruppe verfügte hier über eine große Zahl angesehener und politisch qualifizierter Funktionäre, die argumentativ in der Lage waren, im Kampf gegen den Klassenfeind sowohl den dabei hinderlichen Auffassungen der Sozialdemokratie entgegenzutreten als auch die verfehlte Politik der KPD zu kritisieren. Dennoch konnte die Arbeit der Gruppe kaum Breitenwirkung erzielen, weil dazu die Voraussetzung fehlte: die Aktivität breiter Teile der Arbeiterschaft. Weil diese fehlte, lag das große Potential der Stuttgarter Gruppe weitgehend brach; auch die Stuttgarter Gruppe war eher ein Überrest der "alten" Arbeiterbewegung als der Ausdruck aktueller Klassenkämpfe, und das nicht deshalb, weil die Mitglieder der GAP Sektierer gewesen wären, sondern weil eine revolutionäre Strömung unter den Arbeitern kaum vorhanden war, und weil sogar die Aufnahmebereitschaft bei den Arbeitern für kommunistisches Denken immer schwächer wurde.

noch 54) des Landesvorstandes (Hamburg d.V.) der KPD: Über die Tätigkeit der parteifeindlichen, fraktionellen Gruppe in Hamburg" vom 1.2.1950. In: Hamburger Volkszeitung vom 2.2.1950.

55) Vergl. Arpo 5/10/12 f und Arpo 5/15/11

56) Arpo 6/5/10 F

57) Vergl. Arpo 6/10/12 f

58) Vergl. Burkhardt I, Anhang

59) Arpo 4/8/10, die die "Sozialistische Volkszeitung" zitierte.

6.4.11. Exkurs: Die GAP in der Ostzone ¹⁾

Während in den westlichen Besatzungszonen die Kritik der GAP an der Besatzungspolitik der UdSSR nur vom Apparat der KPD bekämpft wurde, ging in der Ostzone die Besatzungsmacht selbst mit administrativen Mitteln gegen ihre kommunistischen Kritiker vor, so daß die Organisation der GAP in diesem Gebiet verdeckt arbeiten mußte; aus diesem Grund kann über die organisatorische Entwicklung der Gruppe in diesem Gebiet nichts gesagt werden.

Daß der politische Weg der ehemaligen KPO-Mitglieder in der Ostzone nicht für alle gleich war, läßt sich an Robert Siewert und Alfred Schmidt veranschaulichen. Robert Siewert ²⁾ hatte vor 1933 der Bezirksleitung Westsachsen der KPO angehört und war in der Illegalität Mitglied der KPO-Inlandsleitung, bis er 1935 verhaftet wurde. Nach drei Jahren Zuchthaus war er bis Kriegsende im KZ Buchenwald inhaftiert, wo er bei der Organisation des Widerstandes führend beteiligt war. Nach 1945 schloß er sich - wie fast alle ehemaligen Mitglieder der KPO in der Ostzone - der KPD an. Er wurde zunächst 1. Vizepräsident der Provinzialverwaltung Sachsen-Anhalt, dann Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, ehe er 1950 wegen seiner früheren KPO-Mitgliedschaft seine Funktionen verlor ³⁾. Während Siewert keine Alternative dazu sah, die Besatzungspolitik der SU trotz vieler Vorbehalte zu unterstützen, da sie die ökonomischen Grundlagen der herrschenden Klassen zerstörte, und er keine Möglichkeit sah, die schädlichen Folgen der Erscheinungsformen dieser Politik abzuwenden, versuchte Alfred Schmidt ⁴⁾, die von Thalheimer formulierte Kritik an der Übertragung der russischen Methoden auf die Ostzone und am Sozialismus qua Eroberung vorzutragen. Schmidt hatte vor 1933 der Bezirksleitung Thüringen und der Reichsleitung der KPO angehört. Nach dem Sieg des Faschismus war er mehrfach inhaftiert: während des Krieges gehörte er zur Widerstandsgruppe Schumann-Engert. 1945 schloß er sich der KPD und dann der SED an; er wurde Landesleiter der IG Nahrung, Genuß, Gast-

1) Die Bezeichnung Ostzone wurde entsprechend dem damals in der GAP herrschenden Sprachgebrauch gewählt.

2) Vergl. die Kurzbiographie Robert Siewert im Anhang

3) Vergl. Arpo-Briefe 14/5/17 f; Tjaden: KPO, II, S. 10; Weber II, S. 279

4) Vergl. die Kurzbiographie Alfred Schmidt im Anhang. - Vergl. auch die Kurzbiographie Paul Elflein im Anhang.

stättengewerbe für Thüringen. Seine offen geäußerte Kritik an der Politik der UdSSR und der SED führte 1947 zum Ausschluß aus der SED; im Juli 1948 wurde er verhaftet und im Dezember desselben Jahres von einem Militärgericht der Besatzungsmacht zum Tode verurteilt; später wurde dieses Urteil in eine 25-jährige Haftstrafe umgewandelt⁵⁾. Die Stellung der GAP zur Ostzone war bereits von Thalheimer 1945/46 allgemein umrissen worden⁶⁾ und wurde 1948, nachdem die von Thalheimer vorhergesehene Auseinanderentwicklung der beiden Besatzungsgebiete weitgehend eingetreten war, im Artikel "Warum 'Arbeiterpolitik'?"⁷⁾ so zusammengefaßt:

"1. Scharfes Abgrenzen von den gegenrevolutionären Gegnern der Besatzungsmacht, worunter auch die SPD, deren Ziel die Wiedereinsetzung der alten, enteigneten herrschenden Klassen sein muß, gehört.

2. Hier sind die klassenmäßigen Voraussetzungen für den Sozialismus gegeben. Es gilt durch Kampf für proletarische Demokratie und gegen den bürokratischen Zentralismus die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen der Werktätigen zu verteidigen. Dazu gehört die Organisation der Produktion und Verteilung durch die Arbeiterschaft bzw. ihre Organe.

3. Schärfster Kampf gegen die SED-Hanswurst, deren Satrapenrolle und Quislingspolitik der Arbeitersache womöglich noch abträglicher ist als die ihrer westlichen Kollegen"⁸⁾.

In einem Artikel im Mai 1950 stellte die GAP fest, daß "die Kommunisten in der Ostzone ... aus den Erfahrungen der Verhaftung Alfred Schmidts die richtige Lehre gezogen (haben d.V.), daß die Diskussion mit Besatzungsmacht und SED-Bürokraten gegenwärtig Selbstaufgabe bedeutet. Erst die Entwicklung eigener Klassenkräfte und die erfolgreiche Führung des Klassenkampfes kann die sowjetische Besatzungsmacht von der Schädlichkeit ihrer Politik überzeugen und die Voraussetzungen für die Auseinandersetzung mit den SED-Bürokraten schaffen"⁹⁾.

Wenn die GAP betonte: "Je schneller die Arbeiter Westdeutschlands den Kampf um ihre Befreiung aufnehmen, verstärken und zu ersten Erfolgen führen, um so mehr erleichtern sie den schweren Kampf unserer Genossen in der Ostzone"¹⁰⁾, so waren

5) Vergl. Tjaden: KPO, II, S. 9; Weber II, S. 279

6) Vergl. Teil 2.3. und 2.4. dieser Arbeit

7) Vergl. auch Teil 5.1. dieser Arbeit

8) Arpo 1/2/8 9) Arpo 2/7/10

10) Ebenda

damit zugleich die Probleme genannt, die die weitere Entwicklung aufwarf: je mehr in Westdeutschland die Arbeiterbewegung zurückging und sich zunehmend widerstandsloser den Reformisten unterordnete, desto stärker wurde die Gefahr, daß die konterrevolutionäre Kritik an der Entwicklung in der Ostzone an Boden gewann, während der Kritik, wie sie die GAP übte und die gerade darauf zielte, die revolutionären Kräfte zu entwickeln, immer mehr der Boden bei den westdeutschen Arbeitern entzogen wurde.

Als die GAP auf ihrer Jahreskonferenz 1951/52 "Thesen über unsere Stellung zur Ostzone" verabschiedete, war der Ausgangspunkt für die Überlegungen der Gruppe die damalige Deutschlandpolitik der UdSSR, die die GAP so charakterisierte: "In dem Bestreben, die Atempause bis zum Ausbruch des nächsten Weltkrieges zu verlängern, versuchen die Sowjetpolitiker mit den Westmächten zu einem Kompromiß zu gelangen, der für eine bestimmte Periode die Einheit der Besatzungsherrschaft ermöglicht. Sie sind bereit, die kapitalistische Restauration in der Ostzone zuzulassen, um den Preis des Verzichts auf die Remilitarisierung der Westzone" ¹¹⁾. 1952 war die Lage so, daß die westdeutsche Arbeiterbewegung nicht fähig war, positiv die Entwicklung revolutionärer Kräfte in der Ostzone durch eigene Aktionen zu unterstützen, sondern im Gegenteil dadurch, daß sie keinen wirksamen Kampf gegen die Remilitarisierung der Westzone entwickelte, sehr negativ auf die Situation der Ostzone einwirkte, weil sich die UdSSR nun daran zu machen drohte, durch Diplomatie auf Kosten der Ostzone die Remilitarisierung in der Westzone zu verhindern. Die Situation, daß nicht mehr die deutsche Arbeiterklasse die Sowjetunion schützte, sondern die Sowjetunion versuchte, sich durch Kompromisse, die sich objektiv gegen die deutsche Arbeiterklasse richten mußten, zu verteidigen, ging nicht zuletzt auf die verfehlte Politik der UdSSR selbst zurück, die - wie Thalheimer es 1946 bereits formuliert hatte - nur enden konnte "mit einer Katastrophe fuer das erobernde Land und einer tiefgehenden und lange andauernden Schwaechung des Sozialismus und Kommunismus" ¹²⁾, was 1952 Tatsache geworden war und den Ausgangspunkt aller wei-

¹¹⁾ Arpo 5/4/7

¹²⁾ Thalheimer: Weltpolitik, S. 21; vergl. auch Teil 2.3. dieser Arbeit.

teren Politik bildete.

In ihren "Thesen" erinnerte die GAP daran, "daß der Umsturz (in der Ostzone d.V.) nicht von der Arbeiterklasse, sondern von oben und außen durch die Sowjetbesatzung vollzogen wurde.. Die SU (liquidierte d.V.) den Großgrundbesitz als Klasse, entmachtete das Monopolkapital ökonomisch und die Gesamtbourgeoisie politisch und errichtete ihre eigene Besatzungsherrschaft. Die Arbeiterklasse blieb Objekt dieser Entwicklung" ¹³⁾. Der- nach einer bis 1948 dauernden Phase der Ausplünderung der Ostzone durch die UdSSR-einsetzende Auf- und Ausbau der Wirtschaft wurde mit Methoden betrieben, die in der SU erfolgreich gewesen waren, die aber bei den andersartigen Verhältnissen in der Ostzone scheitern mußten: "Ging es in der SU um die Schaffung und Qualifizierung einer modernen Industriearbeiterschaft, so muß in der Ostzone die vorhandene Arbeiterklasse mit ihrer hohen technischen Qualifikation zu einer gesellschaftlichen Kraft zur Führung und Planung der Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt werden" ¹⁴⁾. Hieran scheiterten die in der UdSSR erfolgreichen Methoden: "Während die Bürokratie in der SU eine historisch fortschrittliche Rolle spielte indem sie die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus schuf, wirkt die Ostzonenbürokratie reaktionär... (Sie d.V.) verlängert die Entbehrungsperiode, weil ihr Herrschaftssystem die Freilegung der Masseninitiative für den Wirtschaftsaufbau verhindert" ¹⁵⁾. Gegen diese Methoden wehrten sich die Arbeiter, vorherrschend mit passivem Widerstand. "Die Massen empfinden die gegenwärtigen Verhältnisse als unerträglich, besitzen aber keine Klarheit, in welcher Richtung sich die Veränderungen bewegen sollen" ¹⁶⁾, so daß die Gefahr bestand, daß die Arbeiter in der Ostzone einer Wiedervereinigung unter kapitalistischen Vorzeichen keinen Widerstand entgegensetzen würden. Weil für die GAP klar war, daß die Überwindung der hemmenden Rolle der Ostzonenbürokratie nur möglich sein würde, "indem die Arbeiterklasse besser und reibungsloser selbständig plant und aufbaut" ¹⁷⁾, sah sie ihre Aufgabe darin, "alle Teilkämpfe der Arbeiterklasse auf das Ziel der demokratischen

¹³⁾ Arpo 5/4/7

¹⁴⁾ Arpo 5/4/8

¹⁵⁾ Ebenda

¹⁶⁾ Ebenda

¹⁷⁾ Ebenda

Selbstverwaltung der Werktätigen in Räten aus(zu)richten und ein sozialistisches Bewußtsein in diese Kämpfe hinein(zu)tragen. Die Unterstützung einer solchen Entwicklung verlangt von uns sowohl die scharfe Kritik an den Trägern des sterilen Bürokratensystems, wie auch positive Kritik an der Arbeiterklasse die die Opfer ihrer Befreiung von der bürokratischen Bevormundung noch scheut" ¹⁸⁾. Nur eine solche Politik konnte helfen, daß sich die Arbeiter der Ostzone aus der Objektrolle befreien, in der sie "keinerlei ernsthaften Beitrag für den Sieg des Sozialismus leisten" ¹⁹⁾ konnten, auch nicht als Tauschobjekt der Sowjetdiplomatie, die auf eine Auslieferung der Ostzone an die Westmächte hinauszulaufen drohte. In aller Schärfe wandte sich die GAP gegen die Haltung der Sozialdemokratie zur Ostzone, denn "die Politik der kleinbürgerlich-demokratischen SPD läuft ebenfalls auf die Restauration des Kapitalismus in der Ostzone hinaus" ²⁰⁾.

Im Laufe der Jahre mußte eine Reihe von GAP-Angehörigen die Ostzone verlassen, so daß die Arbeitsmöglichkeiten der Gruppe rückläufig waren. Die Haltung der Gruppe zur Ostzone entwickelte sich in den Jahren nach 1952 zu einem Streitpunkt innerhalb der GAP, worauf in Teil 8. noch eingegangen wird.

18) Ebenda

19) Ebenda

20) Ebenda